blätter des iz3w

nr. 34 april 74

Hrsg: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, F. Bammel, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckamt Basel Nr. 40-35899. Jahresabonnement bei zehn Nummern im In- und Ausland DM 18,- / öS 135,- / Sfr. 20,-. Luftpostgebühren auf Anfrage. Einzelpreis dieser Einzelnummer DM 1,90 / öS 14,- / Sfr. 2,10.

VERHAFTUNG VON TÜRKEN IN DER BRD

Die Verdächtigungen, Bespitzelungen und Verfolgungen von Ausländern in der BRD nehmen in der letzten Zeit zu. Ein neues Beispiel dafür ist die Verhaftung von vier Türken in Saarbrücken. Das Initiativkomitee gegen das Ausländergesetz, dem die Gruppen ATÖF, CISNU, EDG, GUPS, SVI, VDS und VGS angehören berichtet darüber:

Die Polizei setzte sich bei diesen Verhaftungen über Recht und Gesetz hinweg: Die Verhaftung fand ohne richterlichen Haftbefehl statt. Die Vorführung vor den Richter, die mindestens innerhalb von 2 Stunden stattzufinden hat, fand erst nach 2 Tagen statt. Sie wurden behandelt wie Kriminelle, obwohl völlig unhaltbare Verdächtigungen gegen sie vorlagen. Nicht umsonst mußten drei von den vier verhafteten Türken gleich wieder freigelassen werden. Erkennungsdienstliche Behandlung, Bewachung der Türken durch Polizisten und Polizeihunde, Fesselung mit Handschellen - die Behörden scheinen den Eindruck erwecken zu wollen, es handele sich bei den Ausländern um besonders gefährliche Menschen. Diese Modalitäten sind ein Teil der Kriminalisierungsversuche der Behörden. Sie sollen dazu dienen, Solidarität von Deutschen und Ausländern zu erschweren.

Diese Maßnahmen beweisen wieder einmal die Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit über die Ausländerverfolgung und ihre Hintergründe zu verstärken. Das Initiativkomitee plant, zu diesem Zweck ein Seminar durchzuführen, auf dem die Situation von Türken, Iranern und Griechen in der BRD im Mittelpunkt stehen soll und die praktische Vorbereitung der Öffentlichkeitsarbeit in den verschiedenen Städten. Als Termin ist der 17.-19.5.74 vorgesehen.

Auf dem Seminar werden Filme, Platten, eventuell Dia-Reihen und ähnliches vorgestellt werden, damit die Öffentlichkeitsarbeit konkret vorbereitet werden kann. Das Initiativkomitee bittet gleichzeitig um Hinweise auf entsprechende Filme etc., da es wahrscheinlich nicht alle selbst kennt.
Adressen der Gruppen im Initiativkomitee gegen das Ausländergesetz:

ATÖF - Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V., 7 Stuttgart 1, Keplerstr. 17

CISNU - Confoederation Iranischer Studenten, 6 Frankfurt/Main, Postfach 16247, Tel. 0611/74 59 36

ESG - Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Berlin (West), 7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29, Tel. 0711/ 28 10 34-35

GUPS - Generalunion Palästinensischer Studenten

SVI - Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in der BRD und Berlin (West), 56 Wuppertal-Barmen, Friedrich-Engels-Allee 164 A, Tel. 02121/83 040

VDS - Verband Deutscher Studentenschaften, 53 Bonn, Kaiserstr. 71, Tel. 02221/63 16 26-28

VGS - Verband Griechischer Studentenschaften

Die Koordination des Initiativkomitees wird von der ESG, Stuttgart, geleistet. Dort können auch Informationen über geplante Seminare eingeholt werden.



DAYANISMA, Türkei-Info Nr. 1 des Türkei-Komitees Zürich ist erschienen.

Inhalt: Politische Entwicklung der letzten Jahre
Emigration
Türkei-Tourismus usw.

Die Dokumentation kann gegen Einsendung von DM 2,-- (in Briefmarken) bezogen werden bei:
Türkei-Komitee Zürich, Postfach 299, CH-8035 Zürich.

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT

MITTE FEBRUAR BIS MITTE MÄRZ

Afrika

20.2.1974
Um einen von der OAU betreffs der Ölimporte der OAU-Staaten abgeschlossenen Beratervertrag mit dem in England registrierten Unternehmensverband Lonrho, der sich in den letzten Jahren z zu einem der in Schwarzafrika mächtigsten Konzerne entwickelt hat (Gesamtkapital annähernd 1 Mrd. DM), ist es zu einer scharfen Kontroverse zwischen dem Generalsekretär der OAU, Nzo Ekangaki, und einer Anzahl schwarzafrikanischer Staaten gekommen (insbesondere Tanzania, Kenia und Uganda). Letztere zeigen sich entrüstet darüber, daß der genannte Beratervertrag ausgerechnet mit einer Firma abgeschlossen worden ist, die "allgemein als führendes imperialistisches Unternehmen mit tiefen Wurzeln im südlichen Afrika bekannt ist" (General Amin). Bisher noch unterschwellig wird von genannter Seite Korruptionsverdacht gegen den Generalsekretär der OAU erhoben. (SZ/NZZ)

22.2.1974
In einer Rekordhöhe von rund 1,2 Mill. DM hat der Weltkirchenrat 29 Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika (weitere) finanzielle Unterstützung bewilligt. Die höchsten Beträge sollen weiterhin afrikanischen Befreiungsbewegungen zugute kommen. So will der Weltkirchenrat die PAIGC in Guinea-Bissau mit 250 000 DM unterstützen, die Frelimo in Mozambique mit 150 000 DM, die Swapo in Namibia mit ca. 85 000 DM und die MPLA mit über 60 000 DM. (AP)

4.3.1974
Die Wirtschaft der schwarzafrikanischen Staaten gerät immer stärker unter den Druck der Erdölimportkosten und der steigenden Preise für Industriegüter. Nach Angaben der OAU werden die der OAU angehörenden Staaten in diesem Jahr für Erdölimporte gegenüber dem vorangegangenen Jahr etwa das Dreifache an finanziellen Aufwendungen leisten müssen, nämlich ca. 1 Mrd. gegenüber 350 Mill. Dollar. In der Frage der Gewährung von Erdöl-Sonderpreisen für die Staaten Schwarzafrikas verhalten sich die arabischen Länder noch abwartend. Auf arabischer Seite scheint man die Lieferung von verbilligtem Erdöl an Schwarzafrika von dem Bemühen dieser Länder um mehr wirtschaftliche Autonomie gegenüber den kapitalistischen Industrienationen (beispielsweise im Aufbau von ähnlichen Rohstoffkartellen, wie es das Erdölkartell der Opec-Länder darstellt) abhängig machen zu wollen. Dies letzte geht aus einer Entschließung hervor, die auf der afro-arabischen Konferenz in Tripolis von arabischer Seite eingebracht wurde, in der es u.a. heißt, die OAU-Staaten mögen sich um eine engere Kooperation in Rohstofffragen bemühen. (SZ/NZZ)

5.3.1974
Die internationale Rote Kreuz-Konferenz, die in Genf über eine Neufassung des humanitären Völkerrechtes berät, hat 13 afrikanische Befreiungsbewegungen und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als allerdings nicht stimmberechtigte Teilnehmer zugelassen. Auf der Konferenz geht es u.a. auch um die Erarbeitung von Mindestschutzbedingungen für Mitglieder von Befreiungsbewegungen. (dpa)

Eine große Anzahl von Abonnenten hat bis jetzt leider noch nicht die ausstehenden Abonnementsgebühren bezahlt. Soweit sie nicht erst in neuerer Zeit abonniert haben, erhalten sie mit dieser Nummer Mahnpostkarten mit der Bitte, möglichst bald die ausstehenden Beträge zu überweisen. Mit Rücksicht auf unsere angespannte Finanzlage können wir leider allen gemahnten Lesern die nächste Nummer der "blätter" erst nach Eingang der Zahlung zuschicken.

Wiederum erhielten wir eine Reihe Überweisungen mit unklarer oder überhaupt keiner Absenderangabe. Deshalb bitten wir alle, die zu Unrecht gemahnt zu sein glauben, uns das Überweisungsdatum und die Adresse des Absenders mitzuteilen, die auf dem Briefumschlag gedruckt ist.

Unser Schweizer Konto hat jetzt die Bezeichnung "Aktion Dritte Welt" (früher: "G. Stingl").

Für unsere österreichischen Abonnenten haben wir eine eigene Bankverbindung eröffnet, um beiden Teilen Spesen zu ersparen. Alle Überweisungen erbitten wir deshalb nur noch auf die folgenden Konten der Aktion Dritte Welt:

Postscheckkonto Karlsruhe
Nr. 1482 39 - 755
Österreichische Postsparkasse
Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel
Nr. 40-35899

Die entsprechenden Einzahlungsscheine sind dieser Ausgabe beigelegt.

Äthiopien

24.2. - 22.3.1974
Der äthiopische Feudalismus scheint in eine Existenzkrise geraten zu sein: Unter dem aktuellen Druck rapide gestiegener Lebenshaltungskosten (gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 100 %) haben in Äthiopien anhaltende Demonstrationen von Studenten, Lehrern sowie Transportarbeitern, eine Meuterei von Militär und Polizei und schließlich ein Generalstreik der organisierten Arbeiterschaft zu einer Regierungsumbildung und darüber hinaus zu gewissen verfassungsrechtlichen Zugeständnissen seitens des äthiopischen Kaisers Haile Selassie an die feudalismus-feindlichen Kräfte im Lande geführt. Am Anfang der genannten Ereignisse steht ein gegen die Schulpolitik der Regierung gerichteter Streik äthiopischer Lehrer. Mit dem Streik der Lehrer solidarisieren sich die Studenten der Universität von Addis Abeba und mit den Lehrern und Studenten solidarisieren sich die Transportarbeiter und Taxifahrer von Addis Abeba. In den Mittelpunkt dieser Streikbewegung gerät nun mehr und mehr die Lohn- und Preispolitik sowie die reformfeindliche Agrarpolitik der Regierung. Nachdem das Militär und die Polizei anfänglich noch mit brutaler Härte Straßendemonstrationen der streikenden Gruppen "aufgelöst" hat, greift plötzlich der Protest auch auf Einheiten des Militärs über und löst eine Meuterei aus, die, ausgehend von Einheiten in der Provinzstadt Asmara, die gesamte Armee und dann auch die Polizei erfaßt. Gefordert wird eine drastische Solderhöhung, darüber hinaus aber auch einschneidende anti-feudalistische Reformen (Verteilung des ländlichen Feudalbesitzes an die Pächter, eine demokratische Reform des Regierungssystems, Pressefreiheit u.ä.). Kaum nachdem nun Kaiser Haile Selassie durch eine eilige Regierungsneubildung (neuer Premierminister, der, wie ihn die NZZ charakterisiert, junge und dynamische ehemalige Postminister E. Makonnen) und mit weitreichenden finanziellen und politischen Versprechungen die Meuterei von Militär und Polizei zum Abebben bringen konnte, rufen die Gewerkschaften des Landes zu einem Generalstreik auf. Neben höheren Löhnen wird eine Reform des Arbeitsrechtes und eine Nationalisierung der in Äthiopien tätigen ausländischen Unternehmen gefordert. Aus Teilen der Studentenschaft, die sich mit den streikenden Arbeitern in erneuten Straßendemonstrationen solidarisieren, wird zum ersten Mal die Forderung nach der Absetzung des Kaisers laut.

Inzwischen hat sich die Lage in Äthiopien äußerlich wieder insoweit normalisiert, als die Regierung Makonnen in Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine Aussetzung des Generalstreiks erreichen konnte und das Militär und die Polizei wieder mit Waffengewalt gegen die noch immer rebellierenden Studenten vorgeht. Allerdings hat die Regierung nun auch ein Gremium von, wie es heißt, Vertretern aus allen Schichten des Landes ernannt, das eine neue Verfassung ausarbeiten soll. (NZZ/SZ/AP/dpa)



Gabun

Innerhalb der nächsten Monate soll in Gabun mit dem Bau einer Eisenbahnlinie begonnen werden, die als eines der größten Investitionsprojekte in Schwarzafrika gilt (geschätzte Baukosten: knapp 700 Mill. DM). Die Eisenbahnlinie soll die Hafenstadt Libreville mit der an der Grenze nach Kongo-Brazzaville gelegenen Provinzstadt Mekambo verbinden (Distanz: 560 km). Nachdem die Weltbank mit der Begründung, der geplante Eisenbahnbau würde den ohnehin schon unverantwortlichen Raubbau an gabunesischen Urwald-Holzbeständen noch erheblich beschleunigen, eine Finanzierung des Projektes abgelehnt hatte, fand sich nun die französische Regierung im Verein mit der BRD, Südafrika, der USA und Kanada bereit, die nötigen Kredite für den Bau der Eisenbahnlinie zur Verfügung zu stellen (für den ersten Bauabschnitt: Frankreich ca. 80 Mill., die BRD ca. 50 Mill., die Südafrikanische Republik ca. 60 Mill.). Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß die Holzschlagrechte in den durch den Eisenbahnbau zu erschließenden Urwaldgebieten zum überwiegenden Teil in den Händen französischer Unternehmer liegen. Das Interesse der BRD an dem Eisenbahnbau erklärt sich vermutlich aus den bislang noch nicht erschlossenen "riesigen" (NZZ) Eisenerzlagern in Belinga (Kongo-Brazzaville), die durch eine Hinüberführung der Eisenbahnlinie nach Kongo-Brazzaville abbaufähig würden. Die Firma Krupp teilt sich mit einer Reihe internationaler Konzerne die Schürfrechte über die Belinga-Erze. (NZZ vom 13.2.74)

Ghana

14.2.1974
In Reaktion auf anhaltende Studentenkundgebungen in Ghana (über die Ursachen der Unruhen ist aus der Presse nichts zu entnehmen) hat die Militärregierung bis auf weiteres die 3 Universitäten des Landes geschlossen. (Reuter)

Guinea-Bissau (vormals Portugiesisch Guinea)

18.3.1974
UNO-Generalsekretär Waldheim hat einem Antrag der PAIGC zugestimmt, eine offizielle Beobachtermission bei der UNO in New York zu errichten. (ddp)

Kenia

27.2.1974
In Kenia verschärft sich der Druck auf die indischen Geschäftsleute. Alle ausländischen Geschäftsleute, denen in den letzten Jahren die Arbeitsgenehmigung entzogen worden ist, sind jetzt von der Regierung angewiesen worden, das Land zu verlassen. Die Regierung begründet diesen Schritt mit dem Hinweis darauf, daß eine Reihe enteigneter indischer Kaufleute ihre Geschäfte über Einheimische als Strohmänner weiterlaufen ließen. (ddp)

28.2.1974
Ein von offiziellen Stellen als universitätsintern bezeichneter Konflikt hat an der bislang als ausnehmend "ruhig" geltenden Universität von Nairobi zu blutigen Zusammenstößen von Studenten und Polizei geführt. (dpa)

4.3.1974
Insbesondere deutsche Touristen seien es, die in dem Badeort Malindi meistbietend an den "Sex-Versteigerungen" von afrikanischen Mädchen zwischen neun und zwölf Jahren teilnähmen, so berichtet die allgemein als seriös geltende interafrikanische Zeitschrift "Drum". Von deutschen Touristen werde zur Zeit im Schnitt 80 DM für einen nächtlichen Beischlaf mit einem minderjährigen afrikanischen Mädchen geboten. (dpa)

Lesotho

Die Verfolgung von Sympathisanten der oppositionellen Kongreßpartei, der von der Regierung Jonathan ein Umsturzversuch zur Last gelegt wird, dauert an. Beobachter berichten von zahllosen Ermordungen, die auf das Konto der Privatmiliz Premierminister Jonathans gehen sollen. (dpa)

Namibia

12.2.1974
In einer großangelegten Verhaftungsaktion sollen inzwischen 10 führende Mitglieder der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO, unter ihnen auch der Führer der SWAPO, David H. Meroro, von der südafrikanischen Polizei verhaftet worden sein. Einer AP-Meldung nach soll damit die SWAPO quasi ohne Führung sein. (NZZ)



Portugiesische Kolonien / Portugal

12.2.1974
Nach Angaben des Weltkirchenrates verlassen 16 000 bis 20 000 junge Portugiesen jährlich Portugal, um dadurch der Einberufung zum Militär und dem militärischen Einsatz im Kampf gegen die Freiheitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zu entgehen. (upi)

28.2. - 22.3.1974
Eine Buchveröffentlichung des stellvertretenden Generalstabschefs der portugiesischen Armee und ehemaligen Oberbefehlshabers von Portugiesisch Guinea, General Antonio de Spinola, hat Unfrieden in das Offizierskorps der portugiesischen Armee getragen. Spinola, der nach seiner Rückkehr aus Guinea-Bissau von der Regierungspropaganda als portugiesischer Nationalheld aufgebaut worden war, hat unter dem Eindruck der Fortschritte, die insbesondere die PAIGC in Guinea-Bissau und die Frelimo in Mozambique in den vergangenen Jahren erzielen konnte, in einem Buch mit dem Titel "Portugal und seine Zukunft" die These

vertreten, daß eine "militärische Lösung" in dem Krieg, den Portugal in seinen Kolonialgebieten in Afrika führt, "ausgeschlossen" ist. Die wirtschaftlichen Kräfte und das Menschenpotential Portugals, so Spinola, reiche nicht aus, um den Krieg gegen die in Mozambique, Guinea-Bissau und Angola kämpfenden Befreiungsbewegungen zu gewinnen. Portugal solle deshalb aufhören, in Afrika "die Interessen des Westens"zu verteidigen und erkennen, daß "diese westlichen Interessen" nicht mehr mit denen Portugals übereinstimmen. Die spezifisch portugiesischen Interessen sieht Spinola nur noch in einer sog. politischen Lösung verwirklichbar. Dazu schlägt Spinola vor, den sog. Übersee-Provinzen einen, wie er sagt, "föderativen Status bei vollständiger Autonomie" anzubieten. Über diesen Lösungsvorschlag sollte von den Beteiligten selbst in einem Referendum abgestimmt werden. Erwartungsgemäß schuf sich Spinola mit diesen Äußerungen in höheren Rängen der portugiesischen Armee erbitterte Gegner - Gegner, die zudem über genug politischen Einfluß verfügten, um schon kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Spinola-Buches über Ministerpräsident Caetano die "unehrenhafte" Entlassung Spinolas aus der Armee zu erwirken. Auf die Entlassung des ehemaligen "Volkshelden" Spinola reagierten nun Teile des unteren Offizierskorps mit spontanem Protest. Spinola selbst schien es dann gewesen zu sein, der durch mäßigende Appelle an seine Sympathisanten eine offene Meuterei breiter Armeeteile verhinderte. Beobachter vermuten, daß Spinola sehr wohl die Folgen der genannten Buchäußerungen vorausgesehen hatte; damit zunächst aber nur eine öffentliche Diskussion über einen militärischen Rückzug Portugals aus seinen afrikanischen Kolonien in Gang bringen wollte. (NZZ/SZ)

14.2.1974
Von portugiesischer Seite wird inzwischen offen eingestanden, daß es der Befreiungsbewegung Frelimo in Mozambique gelungen ist, auch in dem sog. "Weißen Kernland" (die Gebiete um die Städte Vila Pery und Vila de Manica) Fuß zu fassen. In dieser Region seien in den letzten Wochen eine Reihe von weißen Farmen zerstört und mehrere Portugiesen getötet worden. (Brit. Guardian)

Laut der englischen Zeitung "Guardian" gewähre die portugiesische Regierung in Mozambique einer sog. "Dritten politischen Kraft" geheime Unterstützung. Es soll sich dabei um eine 300 Personen starke Gruppe von "Afrikanischen Nationalisten" handeln, die sich vornehmlich aus afrikanischen Verwaltungsbeamten rekrutiert. Die Gruppe, die sich "Grupo Unido de Mocambique" (GUM) nennt, strebe eine mit den Portugiesen auf politischem Wege auszuhandelnde Unabhängigkeit Mozambiques (also die sog. neokoloniale Lösung nach dem Vorbild von Ländern wie Kenia, Ghana, Elfenbeinküste u.a.) an. (Guardian vom 14.2.74)

19.2.1974
Der Frelimo sind weitere Anschläge auf 2 Eisenbahnlinien in Mozambique gelungen. Betroffen war wiederum die für Rhodesien außerordentlich wichtige Eisenbahnverbindung Beira-Umtali. (AP)

22.2.1974
Die Kämpfe zwischen portugiesischen Truppen und Einheiten der Frelimo entlang der für die Materialversorgung des Cabora Bassa-Staudamm-Projekts bedeutsamen Fernstraße zwischen Beira und Tete haben portugiesischen Quellen zufolge an Schärfe zugenommen. (AP)

Rhodesien/Zimbabwe

15.2.1974
In Reaktion auf den wachsenden militärischen Widerstand der afrikanischen Bevölkerung im Norden Rhodesiens strebt das Smith-Regime jetzt eine Vergrößerung der Armee an. Zukünftig sollen weiße Jugendliche ausnahmslos sofort nach der Beendigung der Schulzeit, das ist vom 18. Lebensjahr an, zum Militärdienst eingezogen werden. Weiter sollen auch alle über 25jährigen Männer in mehrmonatigen Pflichtübungen Wehrdienst leisten. Geplant ist außerdem die Aufstellung eines zweiten afrikanischen Bataillons. Weitere von der Regierung erlassene "Antiguerillamaßnahmen" sehen eine Ausweitung der Polizeibefugnisse gegenüber der afrikanischen Bevölkerung und die erneute Einführung von staatlich organisierter Zwangsarbeit für Afrikaner im Nordosten Rhodesiens vor. (NZZ)

Sahel-Zone

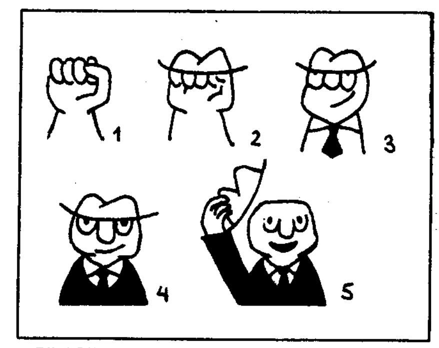
28.2.1974
Nach Angaben der FAO hat sich die Lage in der Sahel-Zone, insbesondere in Niger, Mali und Tschad gegenüber dem vergangenen Jahr noch weiter verschlechtert. Man befinde sich inzwischen im sechsten fortlaufenden Jahr unzureichender Niederschläge. Die bislang aus Europa und anderen Teilen der Welt eingetroffenen Geld- und Nahrungsmittelspenden erwiesen sich bislang noch als unzureichend, um mit den Ernährungsproblemen fertig zu werden. (NZZ)

Südafrikanische Republik

12.2.1974
Die SAR vermochte 1973 den Gelderlös aus dem Export von Schmuck- und Industriediamanten gegenüber dem Vorjahr um über 40 % auf die Summe von 3,6 Mrd. DM zu steigern. (SZ)

7.3.1974
Die Stammes-Aristokratie der 8 südafrikanischen Großstämme, die sog. Führer der schwarzen Stammländer (Bantustans), sind gemeinschaftlich in Verhandlungen mit dem Vorster-Regime eingetreten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen Landforderungen der Stammeshäuptlinge, die Ausweitung der "Entwicklungshilfe" seitens der südafrikanischen Regierung an die Bantustans, und eine Ausweitung der politischen Autonomie der schwarzen Stammländer. Die Forderungen, die von schwarzer Seite zu genannten Verhandlungspunkten erhoben werden, machen deutlich, daß die südafrikanischen Stammeshäuptlinge, unter ihnen Leute wie Matanzima (Xhosa), Buthelezi (Zulu), Mangope (Tswana), ganz und gar auf die geo-politische Rassentrennungspolitik Vorsters (Schwarze zurück in ihre "homelands", von wo aus sie nach Bedarf als industrielles Wanderproletariat angefordert werden können) eingeschwenkt sind. So stellen die Landforderungen der Stammeshäuptlinge nicht mehr länger die Bodenbesitzverhältnisse in Südafrika, die 87 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in weißer Hand zeigen, prinzipiell in Frage. Sie haben stattdessen nur noch gewisse Grenzerweiterungen und Grenzbereinigungen zum Inhalt. (NZZ)

22.3.1974
Die englische Regierung hat beschlossen, ihre Waffenlieferungen an die SAR einzustellen. (ddp)



Rückläufige Kaderentwicklung - oder wie es einem beim Marsch durch die Institutionen ergehen kann.

Uganda

12.3.1974
Wie aus Äußerungen General Amins hervorgeht, erhält Uganda in verstärktem Maße Waffenlieferungen aus der Sowjetunion und neuerdings auch aus Lybien. Die Sowjetunion und Lybien dürften damit vollständig die Rolle eingenommen haben, die einst England als Hauptwaffenlieferant für Uganda inne hatte. Auch die militärische Ausbildung scheint inzwischen ganz aus den Händen englischer und israelischer Offiziere in die russischer und lybischer übergegangen zu sein. General Amin versprach mit der Waffenhilfe aus der Sowjetunion, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen. (SZ)

Arabische Länder und Vorderasien

22.2.1974
In der pakistanischen Hauptstadt Lahore findet eine Art von pan-islamischer Gipfelkonferenz statt. An der Konferenz nehmen die Staatschefs und Außenminister von 37 Ländern teil, in denen der Islam Staatsreligion ist. Zu den wichtigsten Tagungsthemen gehört der Nahost-Konflikt und die arabische Ölpolitik. In Zusammenhang mit der arabischen Ölpolitik sprach der algerische Ministerpräsident Boumedienne von einer "Ölschlacht", die als Teil des Kampfes um die Kontrolle der Bodenschätze der Erde verstanden werden sollte. Alle Entwicklungsländer müßten nach dem Vorbild der arabischen Staaten zusammenarbeiten, um diese Schlacht zu gewinnen.

4.3.1974
Die EG beschließt auf ihrer Konsultationskonferenz in Brüssel, einen, wie es heißt, "europäisch-arabischen Dialog" in die Wege zu leiten, der zu einer engeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem sowie auf politischem und kulturellem Gebiet führen soll.

15.3.1974
Auf einer Ministerkonferenz der Organisation Arabischer Ölexportierender Staaten (OAPEC) in Tripolis wurde (gegen die Stimme Syriens, Algeriens und Lybiens) beschlossen, das Ölembargo gegen die USA aufzuheben. Gegenüber Dänemark und der Niederlande soll der arabische Ölboykott weiterhin aufrecht erhalten werden. (SZ)

Ägypten

14.2.1974
Ägypten und der Sudan wollen ihre Zusammenarbeit "aktivieren". Minister beider Länder sollen turnusmäßig zu Konsultationen zusammentreffen. Darüber hinaus soll ein ständiger Ausschuß von Vertretern beider Staaten gebildet werden. (SZ)

Irak

22.2.1974
Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen im Grenzstreit zwischen Irak und Iran waren zum Teil erfolgreich. Mit beiderseitiger Zustimmung soll ein Sonderbeauftragter in das Krisengebiet reisen, in dem es in letzter Zeit mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Persien und dem Irak gekommen war. (SZ)

5.3.1974
Die irakische Regierung sichert den Kurden im Norden des Landes eine Teilautonomie zu. Das an die Türkei und Persien grenzende Kurdistan wird eine Verwaltungseinheit im Rahmen der ir-

kischen Republik mit Abril als Hauptstadt. Kurdisch soll neben Arabisch als offizielle Sprache gelten.

14.3.1974
Frankreich schließt ein Abkommen über eine französische Beteiligung an der industriellen Entwicklung des Iraks ab, wobei von französischer Seite für die Finanzierung irakischer Industrieprojekte zinsgünstige Kredite in Höhe von 500 Mio. Dollar gewähren werden.

Iran

Frankreich und der Iran beschließen einen Vertrag über industrielle und technische Zusammenarbeit. Frankreich wird danach an den Iran Industrieausrüstungen im Wert von 15 Mrd. Franc liefern. Vorgesehen ist der Bau mehrerer Atomkraftwerke, einer Fabrik zur Verflüssigung von Erdgas, eines erdölchemischen Werkes und eines Hüttenwerkes. In Gegenleistung dazu verpflichtet sich der Iran zu vermehrten Öl- und Gaslieferungen an Frankreich. Weitere Projekte sind im Gespräch. (SZ)

Israel

4.3.1974
Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir hat auf der Basis einer Minderheitskoalition aus Arbeiterpartei und Unabhängigen Liberalen (58 von 120 Sitzen in der Knesseth) gebildet. (SZ)

Libyen

9.2.1974
Die "Occidental Petroleum Corp." hat ein neues Ölexplorationsabkommen mit der libyschen Regierung abgeschlossen, das sich auf ein Areal im Sirte-Bekken bezieht. Die Gesellschaft wird abgabe- und steuerfrei über 19 % der Gesamtproduktion verfügen können. Libyen beansprucht 31 %.

13.2.1974
Als Antwort auf die, wie es hieß, "provokatorische" Energiekonferenz in Washington verstaatlicht Libyen den Besitz dreier amerikanischer Ölfirmen, der Texaco-Oil, der Asia-California Oil Company und der Libyan-American Oil Company. (SZ/Le Monde)

28.2.1974
Libyen und Italien wollen ihren Handel verstärken. Italien soll jährlich 30 Mio. t Rohöl erhalten und dafür Industrieausrüstungen liefern.

Die staatliche italienische Energieholding Gesellschaft ENI hat neue Bohrkonzessionen in Libyen erworben. Es handelt sich um Gebiete von insgesamt 144 000 qm. Die ENI-Tochter AGIP wird die Bohrkosten übernahmen. Bei positivem Ergebnis will sich die libysche "National Oil Company" an der Ausbeutung der Ölvorkommen beteiligen. (SZ)

Marokko

5.3.1974
König Hassan II. kündigt Neuwahlen in Marokko an. Gleichzeitig sicherte er den Studenten des Landes eine Hochschulreform zu. (SZ)

Syrien

22.3.1974
Die USA und die Sowjetunion bemühen sich gleichermaßen um ein Zustandekommen von Disengagementverhandlungen (Auseinanderrücken der israelischen und syrischen Truppen auf den Golanhöhen) zwischen Israel und Syrien. Während die UdSSR Syrien zu einer nachgiebigen Haltung zu bewegen sucht, bemüht sich die USA, der israelischen Seite Konzessionen abzuringen. Die syrische Regierung hat inzwischen die



von Israel geforderte Liste über israelische Soldaten, die sich in syrischer Gefangenschaft befinden, an die israelische Regierung ausgehändigt und damit eine wesentliche Forderung Israels für ein Zustandekommen von Disengagementverhandlungen erfüllt. Eine Freilassung der israelischen Gefangenen macht Syrien aber weiterhin von der israelischen Räumung der Golanhöhen abhängig. (SZ)

Tunesien

13.3.1974
Die geplante Union zwischen Tunesien und Libyen wird inzwischen von tunesischer Seite mit Skepsis beurteilt. Eine Volksabstimmung über die Union ist auf den Sommer verschoben worden, nachdem sie ursprünglich schon im Januar stattfinden sollte. (SZ)

Palästinensische Befreiungsbewegungen

1.3.1974
Zwischen dem linken und rechten Flügel innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung droht jetzt ein Bruch, nachdem der Chef der "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP), Georg Habasch, zu einem Zusammenschluß aller der Organisationen aufgerufen hat, die mit dem politischen Kurs des Vorsitzenden der PLO und Al-Fatah Chef Jasser Arafat nicht einverstanden sind. (SZ)

4.3.1974
Die 5 palästinensischen Guerillas, die im Dezember vergangenen Jahres den Anschlag auf dem römischen Flughafen verübten, sind von kuwaitischen Behörden an die PLO ausgeliefert worden. (SZ)



Gemeinsames Vorgehen der westlichen Industrieländer.

ASIEN (außer Vorderasien)

Bangla Desh

Die Organisation Amnesty International appelliert an den bengalischen Ministerpräsidenten, die Freilassung von Gefangenen zu beschleunigen, die der Kollaboration mit der pakistanischen Armee beschuldigt werden. Von 33 000 politischen Häftlingen, die bis zum 16. Dezember 1973 hätten freigelassen werden sollen, sind bisher nur ein Drittel auf freien Fuß gesetzt worden. Völlig ungeklärt ist nach wie vor das Schicksal von 400 000 Biharis, die immer noch auf eine Repatrisierung nach Pakistan warten.

Burma

4.3.1974
Bei den Parlaments- und Kommunalwahlen in Burma wurde der vor 12 Jahren über einen Putsch an die Macht gekommene General Ne Win in seinem Amt als Staatspräsident bestätigt. (NZZ)

Diego Garcia

14.3.1974
Aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium sind Pläne über den militärischen Ausbau der in britischem Kolonialbesitz befindlichen Insel Diego Garcia (Indischer Ozean) bekannt geworden. Vorgesehen ist der Bau eines Militärflughafens für Fernbomber des Typs B-52 und der Bau von Hafenanlagen, der es Flugzeugträgern erlauben soll, in Diego Garcia festzumachen. Die indische Regierung hat gegen die Pläne des Pentagons Protest eingelegt. (SZ)

Indien

11.2.1974
Die von der Kongreßpartei Indira Gandhis getragene Regierung der Provinz Gujerat ist unter dem Druck von Lehrer-, Arbeiter- und Studentendemonstrationen zurückgetreten. Der Gliedstaat ist jetzt der direkten Aufsicht seitens der indischen Zentralregierung unterstellt ("President 's Rule").

8.3.1974
Nach Prognosen der Weltbank wird Indien in den nächsten 5 Jahren über die von der indischen Regierung zunächst veranschlagten 5 Mrd. Dollar hinaus weitere 7,1 Mrd. Dollar Kapitalhilfe benötigen und mindestens 2 Mio. Tonnen Getreide pro Jahr einführen müssen. Als Grund dafür werden die sprunghaft gestiegenen Preise für Erdöl, Weizen und Kunstdünger angegeben. (NZZ)

Indonesien

7.2.1974
Im Rahmen eines neu zu errichtenden Industriekomplexes der Krakatau Steel in Cilegon auf Java hat das deutsche Unternehmen "Klöckner & Co." den Auftrag zum Bau eines Hafens (einschließlich bestimmter Zusatzanlagen) erhalten. In dem geplanten Hafen sollen Schiffe mit bis zu 50 000 t anlegen können (Investitionssumme 135 Mill. DM). (SZ)



20.2.1974
Bis Ende 1975 will Indonesien mit einer Rohölförderung von 2 Mill. Barrels täglich die derzeitige Förderungsleistung Algeriens und Lybiens erreicht haben. Die indonesischen Erdölreserven werden gegenwärtig auf 10 bis 15 Mrd. Barrel geschätzt. Vermutlich aber liegen sie noch wesentlich höher. Die zur Zeit in Indonesien tätigen Ölkonzerne befinden sich ihrer überwiegenden Zahl nach in amerikanischem Besitz. Auf Druck der indonesischen Regierung hin haben die ausländischen Erdölfirmen mit dem in Staatsbesitz befindlichen indonesischen Erdölkonzern Pertamian Produktionsbeteiligungsverträge abgeschlossen - Verträge, die ihnen allerdings dazu verhelfen, 40 % ihrer Verkaufserlöse aus der Erdölförderung steuerlich als "Unkosten" abschreiben zu können. Von den restlichen Nettobeträgen aus der Ölförderung gehen 65 % an die Pertamian und 35 % bleiben bei den Firmen.

Die Vermarktung des indonesischen Öls im Ausland liegt gänzlich in der Hand ausländischer Konzerne. 70 % des in Indonesien geförderten Öls geht an Japan, das heute schon 12 % seiner Öleinfuhren aus Indonesien bezieht und über längerfristige Lieferverträge

künftig den Großteil seiner Erdölimporte aus indonesischem Öl bestreiten will. Zog die indonesische Regierung 1966 erst 215 Mill. Dollar an jährlichen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, so hat sie diese Summe inzwischen bereits auf 1,4 Mrd. Dollar (1973) steigern können. Für das Jahr 1975 erwartet man Einnahmen von ca. 6 Mrd. Dollar. (SZ)

3.3.1974
Nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung sei es dem Suharto-Regime in Indonesien mittlerweile gelungen, die letzten auf indonesischem Boden operierenden kommunistischen Guerilla-Einheiten in West-Kalimantan "völlig aufzureiben". (NZZ)

Kambodscha

Die Kämpfe um die Hauptstadt Pnom Penh gehen weiter. Das Regierungsviertel der Stadt liegt wiederholt unter dem Artilleriefeuer des Roten Khmer. Die Versorgung der Stadt gestaltet sich immer schwieriger, da inzwischen auch die Versorgung über den Mekongfluß durch Beschuß der Versorgungsschiffe von seiten des Roten Khmer spürbar gestört wird.

21.3.1974
Truppen des Roten Khmer erobern die alte Königsstadt Oudong. Beobachter nehmen an, daß der Rote Khmer hier seinen Regierungssitz errichten will. Die Angehörigen der vom Roten Khmer gestützten Exilregierung König Sihanouks sind inzwischen zum größten Teil von Peking wieder nach Kambodscha übergesiedelt.

Pakistan

23.2.1974
Pakistan erkennt Bangla Desh völkerrechtlich an. Damit wurde kurz vor Beginn der Gipfelkonferenz der islamischen Staaten in Lahore auch die Teilnahme Bangla Desh's an dieser Konferenz möglich (SZ)

Phillipinen

27.2.1974
Der Krieg der phillipinischen Zentralregierung gegen die moslimische Sezessionsbewegung im Süden des Landes hat einen neuen Höhepunkt erreicht. In tagelangen Bombardements hat die Luftwaffe der Marcos-Regierung die Inselhauptstadt Jolo in Schutt und Asche gelegt. Angeblich soll sich mit Wissen des Bürgermeisters moslimische Guerillaverbände in der genannten Stadt festgesetzt haben. Diese und andere militärische Operationen in Aufständigengebieten sollen inzwischen mehr als 1000 Menschenleben gekostet haben. Aus Gerüchten geht hervor, daß sich auf seiten des Marcos-Regimes auch amerikanische Spezialeinheiten ("Green Berets") im Einsatz befinden. (NZZ)

Nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung soll es der Marcos-Regierung über Zwangsumsiedlungen gelungen sein, die maoistische Befreiungsbewegung im Norden Luzons zu zerschlagen. (NZZ)

Thailand

Infolge der mit dem amerikanischen Disengagement in Vietnam zusammenhängenden Reduzierung der amerikanischen Truppen in Thailand und infolge einer schlechten Reisernte (Reis ist wichtigstes Exportgut Thailands) hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes spürbar verschlechtert. Unter dem Druck, das ohnehin schon hohe Außenhandelsdefizit nicht ins Uferlose steigen zu lassen (ein Defizit, das übrigens wesentlich auch durch den Import von Luxusgütern bedingt ist), hatte die thailändische Regierung trotz wachsender Reisknappheit auf dem Inlandsmarkt 800 000 t Reis für den Export freigegeben und damit notwendigerweise den Preis für Reis im Inland enorm in die Höhe getrieben. Die Bevölkerung reagiert inzwischen mit wachsender Unruhe auf die gestiegenen Reispreise. (SZ)

18.2.1974
Der thailändische Verteidigungsminister will vom chinesischen Ministerpräsidenten Tschou en Lai die Versicherung erhalten haben, daß die VR China nicht mehr gedenke, die Befreiungsbewegungen in Thailand, Laos und anderen südostasiatischen Ländern zu unterstützen. (NZZ)

Vietnam

Die Luftwaffe der Thieu-Regierung hat ihre Bombenangriffe auf Gebiete des Vietcong gegenüber den Vormonaten noch weiter verstärkt. Gleichzeitig verschärfte sich der seit Monaten anhaltende sog. Reiskrieg im Mekongdelta. Einheiten des Vietcong versuchen hier mit zunehmendem Erfolg, die Versorgung Saigons mit Reislieferungen aus dem Mekong-Gebiet zu stören.

In Saigon selbst kam es zu einer Regierungsumbildung, nachdem in der Öffentlichkeit ruchbar geworden war, daß die Frau eines Ministers in der Chinesenvorstadt Cholons eine Spielhölle betreibt, die zudem noch als die "größte am Platz" gilt.

Die Amerikaner setzen derweil in offener Verletzung des Pariser Vietnam-Abkommen ihre massiven Waffenlieferungen an das Saigoner Regime fort. Noch in diesem Jahr wollen die USA u.a. 80 der 150 versprochenen Jagdflugzeuge des Typs F5 an die Thieu-Regierung liefern. (NZZ/SZ)

16.2.1974
In einer jetzt vorliegenden wissenschaftlichen Studie über die Entlaubungsaktionen der US-Luftwaffe in Vietnam wird u.a. festgestellt, daß die Luftwaffe der USA in einem Zeitraum von 9 Jahren insgesamt mehr als 70 Mill. Liter Pflanzengift über südvietnamesischen Wäldern versprüht hat. 36 % des südvietnamesischen Mangrovenwaldbestandes, der für den Fischreichtum (eine wesentliche Nahrungsquelle der ländlichen Bevölkerung) der Flüsse und Teiche und für die Exportwirtschaft des Landes unentbehrlich ist, wurden auf diese Weise zerstört. Die Autoren der genannten Studie vermuten, daß diese Schäden erst in ca. 100 Jahren überwunden sein werden, vorausgesetzt man begänne, jetzt mit der Wiederaufforstung der vernichteten Waldgebiete. Opfer der Pflanzenvernichtungsmittel sollen häufig auch Menschen gewesen sein. So wird u.a. von einem Dort berichtet, in dem 48 Kinder unter Einwirkung abgetriebener Pflanzengiftschwaden starben. (SZ)

LATEINAMERIKA

Allgemein

25.2.1974
Am Widerstand der USA scheitert auf der Konferenz der 24 lateinamerikanischen Außenminister mit dem US-amerikanischen Außenminister Kissinger in Mexico der Versuch einiger lateinamerikanischer Staaten, die seinerzeit von der OAS gegen Cuba verhängten Boykottmaßnahmen zu widerrufen. (SZ)

Argentinien

14.2.1974
Im Rahmen eines Handelsabkommens mit der Sowjetunion soll Argentinien aus der Sowjetunion Kapitalgüter und Industrieausrüstungen im Werte von 200 Mill. Dollar beziehen. (NZZ)

21.2.1974
Roberto Jorge Quieto, Führer der linksperonistischen ERP (Revolutionäre Streitkräfte), wurde von den Sicherheitsbehörden festgenommen. (SZ)

22.2.1974
In Buenos Aires besetzte die Polizei das Hauptquartier der peronistischen Arbeiterjugend und nahm 30 Personen fest. (SZ)

24.2.1974
In Commodoro Riviadavia (Südargentinien) kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, als politisch linksorientierte Mitglieder der Ölarbeitergewerkschaft ihr von Rechtsextremisten besetztes Hauptquartier zu befreien versuchten. (NZZ)

28.2.1974
In der Industriestadt Córdoba kommt es zu einer Rebellion der Polizei, in deren Verlauf der linksperonistische Gouverneur der Stadt, Obregon Cano, festgenommen wird. Anlaß für diesen Putsch ist u.a. die Lohnpolitik der Stadt gegenüber streikenden Transportarbeitern; Cano wird vorgeworfen, durch Lohnzugeständnisse den sog. Sozialpackt (allgemeiner Lohn- und Preisstop) gebrochen zu haben. Mit der nachfolgenden Einsetzung des rechtsgerichteten provisorischen Gouverneurs Agodino fällt in Argentinien eine wichtige Bastion des Linksperonismus. (NZZ)

5.3.1974
Die Gewerkschaften in Córdoba – zum Teil auf der Seite des Polizeichefs, zum Teil auf der seiner Gegner (Polizei, Rechtsperonisten) stehend – fordern ihre Mitglieder zum Generalstreik auf. (NZZ)

7.3.1974
In Córdoba spitzt sich die Lage bürgerkriegsähnlich zu. Die materielle Versorgung der Bevölkerung ist durch Streiks und Straßensperren lahmgelegt. (SZ)

11.3.1974
Ohne die Meuterei der Polizei zu verurteilen, übernimmt Perón offiziell die Regierungsgewalt über Córdoba.

13.3.1974
In diesem Jahr sind in Argentinien bereits 13 Menschen entführt worden. ERP hält gegenwärtig zwei Armeeangehörige und einen Erdölmanager fest. (SZ)

18.2.1974
Das Wirtschaftsministerium erhöhte den Brotpreis um 350 %. (NZZ)

20.2.1974
Mitglieder des linken Flügels der PDC schlossen sich zur "Christlichen Avantgarde-Front" zusammen. Ideologisch will man sich auf den kolumbianischen Guerillapriester Camillo Torres berufen. (SZ)

21.2.1974
Die BRD-Regierung gab zu, 617 Schnellfeuerwaffen sowie Patronen und Ersatzteile zwischen 1970 - 1973 an die chilenische Armee geliefert zu haben. (SZ)

25.2.1974
Aus, wie es hieß, "wirtschaftlichen Gründen" hat die christdemokratische Zeitung "La Prensa" ihr Erscheinen eingestellt. (NZZ)

25.2.1974
Gemäß einem Abkommen mit seinen 13 im "Pariser Klub" zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten wird Chile nur 5 bis 10 % seiner 1973/74 fälligen Zahlungen zur Tilgung seiner Auslandsschulden leisten müssen.

5.3.1974
5 chilenische Offiziere wurden zum Tode, 8 weitere zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatten während des Putsches den Gehorsam verweigert. (SZ)

8.3.1974
Wegen ihres öffentlichen Eintretens für die Menschenrechte wurden der ev.-luth. Bischof H. Frenz und zwei weitere Pastoren vorübergehend festgenommen. (SZ)

15.3.1974
Dem US-Konzern Cerro Corporation wird die Junta für die 1971 enteignete Kupferzeche "Rio Blanco" eine Entschädigungssumme von 110 Mill. Mark zahlen.

Guatemala

9.3.1974
Der in den jüngst stattgefundenen Präsidentschaftswahlen unterlegene Kandidat der oppositionellen Christdemokraten ruft zum Generalstreik auf. Er wirft der Regierung Wahlbetrug vor. In Reaktion darauf läßt die Regierung das Hauptquartier der Christdemokraten besetzen und 3 Rundfunkstationen schließen. Gegen Demonstranten geht die Polizei mit Tränengas vor. (SZ)

14.3.1974
Der neue rechtsgerichtete Präsident Eugenio Laugerud wird durch das Parlament als Präsident bestätigt.

Paraguay

2.3.1974
Nach Angaben von Amnesty International wurden in Paraguay Anfang Februar zwischen 100 und 200 Bauern verhaftet und gefoltert. (SZ)

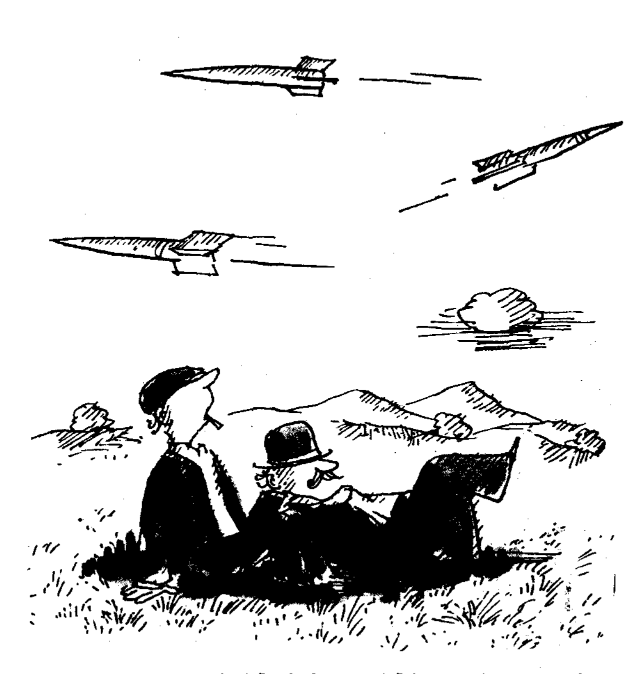
Peru

26.2.1974
Nach Angaben des US-Geheimdienstes halten sich z.Zt. sowjetische Militärberater in Peru auf. (SZ)

27.2.1974
Die peruanische Regierung hat als Entschädigung für die Enteignung der vormals in Peru tätigen US-amerikanischen Firmen insgesamt 150 Mio. Dollar gezahlt. Von amerikanischer Seite waren zunächst 300 Mio. gefordert worden. (NZZ)

Die US-amerikanische Export-Import-Bank hat der peruanischen Kupfermine Cuagone ein Darlehen von 50-60 Mio. Dollar zu einem Zinssatz von 4 % zugesagt. (NZZ)





"Vielleicht sollten wir uns doch die neuesten 'Blätter' kaufen."

Venezuela

16.2.1974
Der rechtsstehende, im Dezember zum Präsident gewählte C. Andres Perez erklärte, innerhalb von zwei Jahren werde die venezuelanische Erdölindustrie verstaatlicht. (NZZ) 95 % der venezolanischen Ölförderung liegt z. Zt. in Händen ausländischer Konzerne. (SZ 14.2.74)

Brasilien

11.2.1974
Dom Helder Câmara, Erzbischof von Olinda-Recife, erhält in Oslo den sog. "Friedenspreis des Volkes" verliehen. Aus Verärgerung darüber, daß dem Erzbischof im vergangenen Jahr abermals die als längst fällig empfundene Ehrung durch die Zuerkennung des Friedensnobelpreises vorenthalten geblieben war, hatten sich Jugendliche in neun europäischen Ländern zu einer Initiative zusammengeschlossen, die das Ziel verfolgte, Helder Câmara auf andere Weise zu ehren. In Geldsammelaktionen brachte man eine Summe von 700 000 DM zusammen, um sie - wie jetzt geschehen - in Verbindung mit der Ehrenbezeugung "Friedenspreis des Volkes" Erzbischof Câmara als Geschenk zu überreichen. In der Dankesrede Câmaras kündigte dieser an, er werde die ihm überreichte Geldsumme notleidenden Landarbeitern im Nordosten Brasiliens zukommen lassen. (SZ)

5.3.1974
Die größte Straßenbrücke der Welt - sie verkürzt die Straßenverbindung zwischen Rio de Janeiro und Niterói - ist von General Medici ihrer Bestimmung übergeben worden. Brasilianischen Zeitungen zufolge sollen beim Bau der Brücke aufgrund katastrophaler Arbeitsbedingungen und infolge unerträglicher Lebensbedingungen in den gefängnisartig abgeschlossenen Wohnunterkünften der an dem Brückenbau beteiligten Arbeiter (sie waren mehrheitlich aus den Nordostprovinzen Brasiliens zwangsrekrutiert) Hunderte von Menschen ums Leben gekommen sein. Widerstandsversuche der Arbeiter gegen die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sollen immer wieder mit brutaler Polizeigewalt unterdrückt worden sein. In der Bewertung des ökonomischen Nutzens der Brücke besteht bislang Uneinigkeit. Einig sind sich zur Zeit die "Fachleute" nur darüber, daß Rio's Autobesitzer vermittels der Brücke schneller zu den exklusiven Badestränden um Niterói herum gelangen können. (SZ)

9.3.1974
Eine neu gegründete gemischte Wirtschaftskommission soll den Warenverkehr zwischen der BRD und Brasilien sowie die deutsche Investitionsaktivitäten in Brasilien fördern. (SZ)

16.3.1974
Der neue Präsident, General Ernesto Geisel, wurde in Brasilia vereidigt. Seinem Kabinett gehören ausschließlich rechtsradikale Politiker und Wirtschaftler mit engen Verbindungen zu internationalen Kapitalgesellschaften an. (SZ)

Bundeswirtschaftsminister Friederichs, der den Feierlichkeiten beiwohnte, führte anschließend mit Regierungsmitgliedern Gespräche über Möglichkeiten einer Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien. (SZ)

Chile

Die Wirtschaftspolitik der Junta geht eindeutig zu Lasten der ärmeren Schichten des Volkes: Geringfügige Lohnsteigerungen stehen einer Preisexplosion ohnegleichen gegenüber - ein Erfolg der von der Junta angestrebten "Rückkehr zu geordneten Wirtschaftsverhältnissen", sprich: kapitalistischer Marktwirtschaft. Darüber hinaus ist die Junta zur Zeit im Begriff, über eine Aufgabe der von Allende betriebenen Importsubstitutions-Politik Chile wieder ganz in die alte Abhängigkeit vom internationalen Kapital zurückzuführen. Die Reprivatisierung der unter Allende verstaatlichten Betriebe schreitet im übrigen zügig fort. Von 262 sozialisierten Produktionsstätten sind inzwischen 152 an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben worden. (SZ 23./24.3.74)

Das am 21.1. ausgesprochene Verbot politischer Aktivitäten, auch der Mittelstandsparteien, hat zu einem offenen Bruch zwischen der Junta und den Christdemokraten (PDC) geführt. Innerhalb der Junta selbst sind gegenwärtig zwei Fraktionen auszumachen: eine rechtsradikale Gruppierung unter der Führung der Generäle Merino und Leigh (die zur Zeit faktisch auch das Heft in der Hand haben) und eine demgegenüber etwas gemäßigte Gruppierung unter der Führung der Generäle Pinochet und Bonilla. Letztere tendieren in die Richtungen eines autoritären Populismus und stehen damit dem rechten Flügel der PDC nahe. (SZ 23./24.3.74)

Rund 7 300 Chilenen und in Chile asylierte Ausländer bekamen bis Mitte Februar die Ausreise bewilligt. (NZZ 23.2.74) In der BRD sind bisher 900 Flüchtlinge eingetroffen. (SZ 20.2.74) Mit Verweis auf eine "Schwarze Liste" des Verfassungsschutzes leisten Baden-Württemberg und Bayern weiterhin Widerstand gegen die Einreise von Chilenen.

13.2.1974
Pinochet verkündet, das Kriegsrecht bleibe vorerst noch in Kraft. In den nächsten Jahren sei, so Pinochet, nicht mit demokratischen Wahlen zu rechnen. (NZZ)

16.2.1974
Innenminister Bonilla kündigt eine Prozeßwelle an, in deren Verlauf die auf der KZ-Insel Dawson festgehaltenen Häftlinge abgeurteilt werden sollen. Unter ihnen befinden sich auch Luiz Corvalan (Generalsekretär der KP) und Clodomiro Almeida (ehem. Außenminister). (SZ)

IDEOLOGIEKRITIK II

TOURISMUS ALS ENTWICKLUNGS-HILFE ?

Vorbemerkung:

In den Ländern der Dritten Welt schießen Luxushotels aus dem Boden; gleichzeitig werden Straßen, Flugplätze, Vergnügungs- und sonstige Touristikeinrichtungen gebaut.

Die Regierungen der Entwicklungsländer erhoffen sich Deviseneinnahmen sowie Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen, ja es ist bei ihnen sogar "eine Art magischen Glaubens entstanden, der Tourismus zum Fetisch erhebt und ihn als Allheilmittel zur wirtschaftlichen Entwicklung anbetet." (1) Ausländische Unternehmen sind mit von der Partie. Schließlich ist der Ferntourismus in den letzten Jahren ein Wirtschaftszweig mit sehr hohen Wachstumsraten,und da waren Touristikunternehmen, Baufirmen und Fluggesellschaften der westlichen Industrieländer rechtzeitig zur Stelle. Die Touristikunternehmen locken ihre Kunden auf bunten Prospekten vor allem mit Sonne, Sex und Exotik. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Konzeption für die Zweite Entwicklungsdekade auch die Förderung des Tourismus zur Aufgabe gemacht. ("... durch Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrsverhältnisse, durch Errichtung von Unterkünften und durch Ausbildung des erforderlichen Personals...") Bis Ende 1971 wurden aus Mitteln der bundesdeutschen Entwicklungshilfe insgesamt 334,6 Mio DM zum Auf- und Ausbau der Touristikeinrichtungen in Entwicklungsländern aufgewendet. (2) Und die Touristen selbst, dem entfremdenden Arbeitsalltag ohnehin für nur allzu kurze Zeit entronnen, genießen die afrikanische Tierwelt, die asiatischen Kulturdenkmäler sowie die Mädchen in Bangkok und der Karibik als besonders prestigeträchtige "Konsumgüter".

So weit scheinen die verschiedenen Interessen ganz gut miteinander verträglich zu sein. Wenn nicht doch ab und zu Dinge passieren würden, die dieses harmonische Bild stören. So etwa, als im letzten Jahr bei einer Besichtigungsreise von Touristikeinrichtungen im Senegal bei einem Empfang plötzlich einer der afrikanischen Kellner ans Hotelmikrophon trat und zu reden begann. Er brachte gerade den Satz "Ihr seid alle nur Kolonialisten und Neokolonialisten..." heraus, da wurde er auch schon an Händen und Füßen fortgeschleppt und dann entlassen. (3) Doch: ist das Urteil eines solchen Afrikaners verwunderlich, der z.B. weiß, daß manche Touristen aus Europa innerhalb von 3 Tagen in Alkohol umsetzen, wofür er einen ganzen Monat arbeiten und oft noch eine vielköpfige Familie miternähren muß? Und der z.B. weiß, daß diese Touristen im Senegal sich mehrmals am Tag unter die Dusche zu stellen pflegen, während in dem von einer mehrjährigen Dürrekatastrophe heimgesuchten Land Menschen und Tiere in Massen verdursten.

So ganz einfach und eindeutig scheint der Tourismus in die Dritte Welt doch nicht beurteilt werden zu können. Im folgenden sollen nun einige Gedanken zum angeblich problemlos entwicklungsfördernden Beitrag des Tourismus vorgetragen werden.

Zur ökonomischen Einordnung des Tourismus

Das "Produkt Reise" besteht zum größeren Teil aus Dienstleistungen (Flug, Hotelunterkunft usw.), zum geringeren Teil aus handwerklich-industriellen Waren (also das, was die Touristen essen, trinken, an Souvenirs kaufen etc.). Wichtiger als diese überwiegende Zuordnung zum Dienstleistungssektor ist, daß im Bereich des Tourismus keine Güter für die einheimische Bevölkerung hergestellt werden. Die Ware, die von den Touristikunternehmen angeboten wird, hat bei der Bevölkerung in der Dritten Welt keinen Markt. Der Markt für das Produkt Reise liegt bei den ausländischen Touristen. Insoweit hat der Tourismus große Ähnlichkeit mit dem Exportsektor. Wie bei normalen Exporten handelt es sich bei den Abnehmern der Ware um Ausländer. Der Unterschied besteht darin, daß die Ausländer die Ware im Herstellungsland selbst (im Entwicklungsland) kaufen und nicht in ihren Heimatländern (den westlichen Industrieländern). Deswegen wird der Tourismus zuweilen auch als ein Wirtschaftszweig des "Binnenexports" bezeichnet.

Ein bedeutender Teil dieses Binnenexportsektors der Entwicklungsländer befindet sich in den Händen von ausländischen Unternehmen; das betrifft vor allem Hotels und Feriendörfer. (4) Dabei handelt es sich also um private Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor der Entwicklungsländer. Diese Privatinvestitionen sind "auslandsbezogen", d.h. ihr Absatzmarkt liegt bei den Ausländern (den Touristen). Bei einem Teil derjenigen Touristik-

einrichtungen, die sich im Eigentum von Regierungen in Entwicklungsländern befinden, liegt die Geschäftsführung bei ausländischen Firmen (Management-Verträge). Ein weiterer Teil der Touristikeinrichtungen in der Dritten Welt schließlich befindet sich in staatlicher und einheimischer privater Verfügungsgewalt.

Zur ökonomischen und entwicklungspolitischen Einschätzung des Tourismus

Die im letzten Abschnitt vorgenommene Zuordnung des Tourismus zum Exportsektor der Entwicklungsländer ist keine akademische Spielerei. Wie bei jeder Wirtschaftstätigkeit im Exportsektor ist unmittelbares Ergebnis dieser Tätigkeit die Einnahme von Geld (hier: aus dem Verkauf von Touristikleistungen). Im Gegensatz dazu ist unmittelbares Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit in den Nicht-Exportsektoren ein vergrößertes Warenangebot am Binnenmarkt, also für einheimische Käufer. Eine steigende Nahrungsmittelproduktion z.B., die nicht dem Export dient, wird die Versorgungslage in dem betreffenden Land verbessern. Das heißt selbstverständlich nicht, daß damit zwangsläufig die Lage derjenigen verbessert wird, die dies am nötigsten haben. Immerhin aber werden mit einiger Wahrscheinlichkeit Personen und Gruppen bessergestellt, die vorher unterversorgt oder unterernährt waren. (5) Die Wahrscheinlichkeit solcher positiver Auswirkungen scheint nun aber im Exportsektor (und damit auch im Tourismus) erheblich geringer.

Da steigende Geldeinnahmen unmittelbares Ergebnis des steigenden Exports sind, erhebt sich zur Beurteilung der Entwicklungswirksamkeit dieses Exports die Frage, wem (welchen Personen, Gruppen, Klassen) diese Geldeinnahmen zufließen und wie diese Gruppen diese Gelder verwenden. Soweit diese Einnahmen ausländischen Unternehmen (den Fluggesellschaften, Hotel- und Touristikkonzernen) zufließen, erfolgt ihre Verwendung nach privatwirtschaftlicher Rationalität. Ähnliches kann man annehmen für diejenigen Einnahmen, die einheimischen Betrieben (Souvenirherstellern, Veranstaltern von Safaris etc.) zufallen. Weniger einfach läßt sich die Frage entscheiden für zwei übrige einheimische Gruppen im Entwicklungsland, die auch Einnahmen aus dem Tourismus erhalten: die Regierung und die im Touristiksektor beschäftigten einheimischen Arbeitskräfte.

Die Regierung hat aus dem Tourismus Deviseneinnahmen. Allerdings wird die Höhe dieser Einnahmen häufig stark überschätzt. Neuere Berechnungen ergeben, daß im Durchschnitt etwa 30 % der durch den Tourismus eingenommenen Devisen der jeweiligen Regierung zur freien Verfügung stehen. (6) In Kenia, einem durch den Tourismus besonders "verwöhnten" Land, sollen es sogar nur 7 % sein. Die restlichen 70 % der Deviseneinnahmen müssen ausgegeben werden für Importe im Zusammenhang des Tourismus (Hoteleinrichtungen, Frankfurter Würstchen, Coca Cola etc.) sowie für Gewinnrückflüsse der ausländischen Touristikunternehmen, die Entlohnung ausländischer Manager in den Diensten der einheimischen Touristikbranche u.ä. Ob diese 30 % der Deviseneinnahmen von den Regierungen der Entwicklungsländer entwicklungswirksam verwendet werden, läßt sich sicherlich nicht zeitlos-allgemeingül-



Superhotels mit allem Komfort locken nach Afrika. So wirbt die Elfenbeinküste für eines ihrer Touristenzentren.

tig sagen. Diese Devisen fließen ja in den allgemeinen Topf zur Finanzierung von Importen und man müßte die Zusammensetzung der Importe eines Landes insgesamt untersuchen (die sog. Importstruktur, d.h. die Anteile von z.B. landwirtschaftlichen Maschinen, Pkw's, Rüstungsgütern usw. an den gesamten Einfuhren), um die entwicklungswirksame bzw. -unwirksame Verwendung der Devisen insgesamt und damit auch der aus dem Tourismus stammenden beurteilen zu können. Dabei scheint nun allerdings für die meisten der privatwirtschaftlich-orientierten Länder der Dritten Welt die These gerechtfertigt, daß die dort betriebene Importpolitik eher an den Luxus-, Prestige- und militärischen Bedürfnissen von Oberschichten als an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung ausgerichtet ist. Auch wenn diese Ausrichtung im Einzelfall nicht oder nur in geringerem Maße festzustellen ist, ist es sicherlich falsch und ideolo-

gisch zu behaupten, allein schon die Tatsache, daß aus dem Tourismus Deviseneinnahmen anfallen, begründe die Entwicklungswirksamkeit des Tourismus. Denn nicht schon die Einnahmen, sondern erst die Art der Verwendung der Devisen entscheidet über die mögliche Entwicklungswirksamkeit auch der Tourismus-Deviseneinnahmen (schließlich wird man die Einfuhr von Jagdflugzeugen und Panzern z.B. im allgemeinen nicht als der Entwicklung eines Landes förderlich bezeichnen können).

Ebenfalls keineswegs problemlos sind die Lohneinkommen der einheimischen Arbeitskräfte des Tourismussektors. Zusätzliche Lohneinkommen in einem Land sind ja nicht immer gleichbedeutend mit insgesamt verbesserter Versorgung, sondern sie können es nur dann sein, wenn auf die Verwendung dieser zusätzlichen Einkommen (= steigende Nachfrage) auch eine Produktionssteigerung folgt (wenn also eine positive Produktionselastizität vorliegt). Ist das nicht der Fall - und es ist realistisch anzunehmen, daß es in den Entwicklungsländern häufig nicht der Fall ist -, dann trifft die insgesamt gestiegene Nachfrage (z.B. nach Nahrungsmitteln) auf ein nicht oder nur geringfügig gestiegenes Angebot. Dann aber werden Preissteigerungen und nicht Verbesserungen der Versorgung das Ergebnis der Lohneinkommen im Touristiksektor sein. (7) (Diese negative Konsequenz folgt, wie oben erwähnt, aus der Zuordnung des Tourismus zum Exportsektor, der zwar steigende Geldeinnahmen, nicht aber notwendigerweise auch ein steigendes Gütervolumen zur Folge hat.) Solche Preissteigerungstendenzen werden dann häufig noch verstärkt, wenn die Nachfrage der Touristen sich auch auf Waren richtet, die auch die einheimische Bevölkerung braucht, wie z.B. Wasser. So trat etwa auf den Kanarischen Inseln wesentlich infolge der Touristenströme eine langfristige Wasserverknappung ein, die von den über die Wasserquellen verfügenden privaten Eigentümern prompt zu extrem großen Preissteigerungen für Wasser ausgenützt wurden. (8) Diese Preissteigerungen in der Folge des Tourismus stellen nun zweifellos eine Senkung der Realeinkommen und damit eine Verschlechterung der Versorgung der dortigen Bevölkerung dar. Solche indirekten Auswirkungen des Tourismus werden von konservativen Autoren meist schlicht unterschlagen. (9)

Der vielfach (und nicht zuletzt in den herrschenden Kreisen der Entwicklungsländer) verbreitete Glaube an den "Entwicklungsfaktor" Tourismus mutet um so erstaunlicher an, wenn man bedenkt, daß die praktischen Erfahrungen in den Ländern der Dritten Welt schon seit vielen Jahren die eher geringe Bedeutung des Exportsektors erweisen. Früher hieß es, eine Ausweitung des Exportsektors sei für die Entwicklung der Dritten Welt entscheidend, die Entwicklungsländer müßten also in einer "outward-looking-Strategie" vor allem ihre Exporte von Rohstoffen in die Industrieländer zu steigern versuchen (das lag noch ganz in der Linie der kolonialen "Arbeitsteilung"). Die relative Erfolglosigkeit dieser Exportstrategie der Wirtschaftsentwicklung führte aber schon längst dazu, daß an ihre Stelle (bzw. neben sie) andere Modelle traten, vor allem die Strategie der Importsubstitution (Ersetzung von Einfuhren durch Produktion im Entwicklungsland selbst), seit einigen Jahren etwa auch die Strategie der Bildung regionaler Wirtschaftsvereinigungen zwischen Entwicklungsländern (Zollunionen, Freihandelszonen etc.). Von daher müssen die - vergleichsweise jungen - Hoffnungen auf die besonders entwicklungsförderlichen Wirkungen des Tourismus (als Teil des Exportsektors) als ein Rückschritt angesehen werden. Hinzu kommt, daß der Tourismus in die Dritte Welt als ein "junger Markt" zwar in den letzten Jahren sehr hohe Wachstumsraten aufwies (ca. 10 % pro Jahr), daß der Tourismus auf längere Sicht aber doch im Vergleich zu den herkömmlichen Exporten der Entwicklungsländer (vor allem mineralische und agrarische Rohstoffe) nicht etwa ein "besseres Exportprodukt" darstellt, sondern eher größerer Unsicherheit ausgesetzt ist. D.h. er scheint stärker abhängig von der konjunkturellen und langfristigen Entwicklung der Industrieländer als andere Exportprodukte. Wenn es zu Abschwächungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern kommt, wird wohl die Urlaubsreise nach Afrika vom Haushaltsprogramm gestrichen, bevor der Kaffeeverbrauch oder das Autofahren eingeschränkt werden. Der Tourismus dürfte also - in längerfristiger Sicht - den Marktschwankungen der Industrieländer besonders stark unterworfen sein, also eine besonders große Abhängigkeit aufweisen.

Nach neueren Berechnungen eignet sich der Tourismus, der früher verschiedentlich als besonders arbeitsintensiv galt, nicht gerade gut als Instrument gegen die Arbeitslosigkeit. Ein neuer Arbeitsplatz im Touristiksektor kostet im Durchschnitt dreimal so viel wie ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft und 50 % mehr als ein Arbeitsplatz in der Industrie. (10) Dem stehen zwar trotzdem Zahlen gegenüber wie die, daß etwa in Spanien im Tourismussektor zwischen 1960 und 1968 fast 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden (11), aber kaum jemand bestreitet ernsthaft, daß solche Größenordnungen nicht erreichbar sein werden von anderen Entwicklungsländern. (12) Berechnungen zufolge kommen auf jedes Touristenbett in der

Dritten Welt 0,8 Arbeitsplätze. Man kann sich bei der nur in mehreren hundert Millionen zu messenden Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt leicht ausrechnen, wieviele Millionen Touristen aus den Industrieländern das ganze Jahr über rund um den Erdball in Bewegung sein müßten, um einen merklichen Einfluß auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu nehmen.

Schließlich läßt sich zeigen, "daß die Konsumhaltung der reichen Touristen diejenige der Einheimischen z.T. nachhaltig beeinflußt" (13), d.h. es ergeben sich Veränderungen in der Nachfragestruktur in Richtung auf einen verstärkten Verbrauch von Tabak, Alkohol, modischer Kleidung etc. Diesen Einflüssen sind vor allem auch die einheimischen Beschäftigten des Touristiksektors ausgesetzt. Eine gewisse finanzielle Unterstützung ihrer Familienangehörigen, die (trotz der niedrigen Löhne) anfangs noch möglich war, unterbleibt dann in vielen Fällen sehr bald. Oft ist sogar eine persönliche finanzielle Verschuldung die Folge des Bestrebens, hinter den anscheinend unermeßlich reichen und nichtstuenden ausländischen Touristen nicht allzusehr zurückzustehen.

Tourismus und internationale Solidarität

Auf den ersten Blick erscheint der Gedanke einleuchtend: man bringe Menschen aus den Industrieländern in ihrer besonders erlebnisfähigen Zeit des Jahres (im Urlaub) in die Länder der Dritten Welt und erwarte sich davon ein wachsendes Verständnis der Touristen für die Probleme der armen Massen in den Entwicklungsländern und eine größere Aufgeschlossenheit für die Entwicklungshilfe im allgemeinen. Konsequent förderte die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe nicht nur den Bau von Touristikeinrichtungen nebst Zubehör (Straßen, Flughäfen etc.), sondern bemühte man sich im Entwicklungshilfeministerium (BMZ) auch um eine Konzeption zur entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Tourismus. Das Ergebnis dieser Bemühungen, das sog. Schmidt-Papier, zerstörte allerdings viele Illusionen (14) und kommt zu der Aussage, "daß der mögliche Solidarisierungsprozeß bei Reisenden aus Industrienationen in Entwicklungsländer negativ verläuft, daß also Vorurteile geweckt, gefördert und verfestigt werden." (15) Dieses Ergebnis ist nicht sehr verwunderlich, wenn man zum einen die Situation berücksichtigt, aus der heraus die Reise in die Dritte Welt im allgemeinen unternommen wird und wenn man zum zweiten bedenkt, auf welche Weise die Träger des Touristikgeschäfts ihre "Ware" zu verkaufen pflegen.

Die Länder der Dritten Welt sind für die Touristen zumeist "das völlig Andere, Exotische, das Originale, Jungfräuliche, das 'Paradies', kurz, die Projektion einer subjektiven Flucht aus dem Leistungsdruck des industriellen Arbeitsalltags auf eine scheinbar problemlose Welt. Die natürlich alles andere als problemlos ist. Konsequenz: Touristenghettos, in denen man, emotional abgesichert in der Gruppe der übrigen Touristen, Unterentwicklung für 'natürlich und menschlich' halten kann." (16) "Deswegen sind auch die Erwartungen der Touristen beim Urlaub in Afrika oder Asien hauptsächlich auf rein touristische Dinge beschränkt, d.h. auf den Gesamtkomplex Unterkunft, Verpflegung sowie auf die Möglichkeiten zum Amüsement am Abend und zum Zeitvertreib am Tage. Das fremde Land bedeutet dabei nicht mehr als eine exotische Kulisse für das touristische Leben, eine Kulisse, die prinzipiell austauschbar ist und die Wirklichkeit des besuchten Landes bis zur Unwirklichkeit verdecken kann."



(17) Es sollte klar sein, daß diese Aussagen über die Einstellungen und Bedürfnisse der Ferntouristen ohne jeden "moralischen Zeigefinger" wiedergegeben werden, denn diese Bedürfnisse erscheinen vor dem Hintergrund des entfremdenden Arbeitsalltags der Touristen voll verständlich.

Und diejenigen Gruppen, die am Touristikgeschäft verdienen, machen sich diese Einstellung der Touristen zunutze und verstärken sie noch, indem sie ihren Kunden systematisch den Blick auf die Realität dieser Länder versperren. Das müssen sie auch. Würden sie es nämlich nicht tun, wären Geschäftseinbußen die mit Sicherheit zu

erwartende Folge. Schließlich verkauft sich Massenelend und Unterdrükkung (und das ist die überwiegende Realität) schlecht, zumal an Touristen mit den beschriebenen Erwartungen.

So begegnen sich in der Dritten Welt zwei Personenkreise mit objektiv ähnlichen Interessen: die zumeist abhängig beschäftigten und fremdbestimmten Touristen auf der einen und die abhängig beschäftigten und fremdbestimmten einheimischen Arbeitskräfte in der Touristikbranche auf der andern Seite. Trotz ihrer ähnlichen objektiven Interessen, deren Ähnlichkeit allerdings speziell für die Arbeitskräfte im Touristiksektor kaum als solche erkannt werden kann, begegnen sich aber offenbar beide Gruppen in einer Situation, die keine Solidarisierung zuläßt. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein, wie in dem einführenden Beispiel aus dem Senegal beschrieben wird. Eine Anti-Solidarität und Antipathie zwischen den "falschen" Gruppen, d.h. zwischen Gruppen, die aufgrund ihrer objektiven Lage eigentlich solidarisch sein könnten. Allerdings könnte aus dieser Anti-Solidarität bei Teilen der Beschäftigten des Touristiksektors im Entwicklungsland ein Politisierungseffekt resultieren mit der Einsicht, daß der vom Ausland bestimmte Touristikrummel mit "Entwicklung" kaum etwas zu tun hat und daß es darauf ankommt, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Und das wäre dann eine der wenigen günstigen Auswirkungen des Tourismus in die Dritte Welt.

fh

Anmerkungen (mit Literaturhinweisen):

1) L. Nettekoven, Wenn der Tourismus zum Fetisch wird, in: Auslandskurier 4/73, S. 32 (Nettekoven ist Tourismus-Experte beim Büro für die Investitionsförderung in den mit der EG assoziierten Staaten Afrikas.

2) Vgl. Ehm, Arbeitsplätze und Devisen durch Tourismus, in: Auslandskurier 4/73, S. 23

3) Vgl. D.E. Zimmer, Außen Dürre, innen Dusche, in: Die Zeit vom 15.6.73

4) Dabei ist es häufig nicht leicht herauszufinden, um welche Unternehmen es sich dabei im einzelnen handelt. Oft muß man auf die Wirtschaftspresse zurückgreifen, so etwa auf den "Blick durch die Wirtschaft", in dem vor allem über den Bau von Touristikeinrichtungen in Afrika in der Vergangenheit recht ausführlich berichtet wurde.

5) Allerdings wurde hier mit der Nahrungsmittelproduktion ein vergleichsweise günstiger Sektor zur Verdeutlichung ausgewählt. Es gibt eine Reihe von Wirtschaftszweigen, deren Produkte von der armen Bevölkerung entweder nicht gekauft werden kann oder nicht gebraucht wird (z.B. Luxuskonsumgüter). Trotzdem ist die Unterscheidung zwischen Binnenproduktion und Produktion für den Export mit ihren unterschiedlichen Auswirkungen (Waren - Geld) nicht bedeutungslos.

6) Vgl. "Urlaub in der Dritten Welt", Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 40, herausgegeben vom BMZ-Öffentlichkeitsreferat, 53 Bonn, Friedrich Ebert Allee 114. Das sog. Schmidt-Papier, sehr lesenswert. Beim BMZ bestellbar.

7) "Selbst konservativ argumentierende Tourismusvertreter müssen feststellen, daß wegen der meist geringen Produktionselastizität die Nachfragesteigerungen oft nicht zu Produktionserhöhungen, sondern zu steigenden Preisen führen." In: G. Koebel, Auch der Tourismus macht die Dritte Welt nicht glücklich, S. 14, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 1/73; ein sehr lesenswerter Artikel, der sich mit einigen der üblicherweise vorgetragenen oberflächlichen Argumenten pro Tourismus kritisch auseinandersetzt. Zu beziehen über die Deutsche Stiftung für internationale Zusammenarbeit, 53 Bonn, Simrockstr. 1

8) Vgl. F. Kassebeer, Die glücklichen Inseln dürsten nach Wasser, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24. März 74

9) So etwa in typischer Weise von C.R. Moser, leitender Mitarbeiter in einem der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der BRD in seinem Artikel: Tourismus und wirtschaftliche Entwicklung, veröffentlicht in demselben Heft wie der in Anm. 7) erwähnte Artikel.

10) Vgl. E. d'Angelo, Welttourismus im "Schmidt-Papier", in: Auslandskurier 4/73, S. 20

11) Vgl. C.R. Moser, a.a.O., S. 12

12) Vgl. L. Nettekoven, Wenn der Tourismus zum Fetisch wird, a.a.O., S.32

13) G. Koebel, a.a.O., S. 14

Kenya Hotelprojekt

Für ein in Planung abgeschlossenes und genehmigtes 7-Mio.-Feriencenter, 300 Betten, Bungalowanlage mit allen Sportmöglichkeiten auf einem 220 000 qm großen Grundstück mit herrlichem Strand am Indischen Ozean südl. Mombasa, suchen wir für die Restfinanzierung von 3,8 Mio. noch voll stimmberechtigte Gesellschafter mit Beteiligung ab DM 20 000.-. Das Objekt verspricht auf Grund der bisherigen Erfahrungen und der stetigen Expansion des Ferntonrismus eine außergewöhnlich hohe Readite. Hinzu noch beachtliche Steuervorteile, jede Beteiligung ist voll abgesichert. Angebote unter A 850559 un SZ

14) Mittlerweile wird Minister Eppler das Wort zugeschrieben: "Mir wird ganz übel, wenn ich daran denke, was unsere Touristen in den Ländern der Dritten Welt anrichten." Zitiert nach: Tourismus der Reichen in die Länder der Armen, in: Information Dritte Welt, herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt Dortmund, 46 Dortmund, Jägerstr. 5. Eine sehr lesenswerte Broschüre. Dort auch eine Literaturliste.

15) Vgl. "Schmidt-Papier", a.a.O., S. 16

16) Vgl. Auslandskurier 4/73, S. 21

17) L. Nettekoven, Touristen sind eben keine Völkerkundler, in: Auslandskurier 4/73, S. 28

CHILE

LANDBESETZUNGEN IN CHILE

(Darstellung ihrer Entwicklung und ihre Bedeutung für die Mobilisierung der unterdrückten Schichten (1))

I. Einleitung: Volksmacht in Chile - Charakteristikum des "chilenischen Prozesses"

Der Militärputsch vom 11. September 1973 ist weniger eine Antwort auf die radikale Reformpolitik der Regierung, die gestoppt werden mußte, weil sie den herrschenden Klassen in der chilenischen Gesellschaft zu gefährlich erschien, als vielmehr ein Schlag gegen die sich an der Basis mobilisierenden, unterdrückten Bevölkerungsschichten und die Gruppen von Politikern, Studenten und Intellektuellen, die diesen Prozeß unterstützten. Diese Entwicklung der Mobilisierung von "unten", die zu autonomen Organisationsformen führte, erreichte ein Ausmaß, das den Militärs und den sie stützenden herrschenden Klassen schließlich zu "bunt" wurde (so sprichwörtlich der Oberkommandierende der Luftwaffe, Gustavo Leigh), da sie den Verlust ihrer Machtpositionen und Standesprivilegien bedrohlich auf sie zukommen sahen.

Das Charakteristische des "chilenischen Prozesses" ist, daß sich unabhängig von der politischen Strategie der Volkseinheit an der Basis Keimformen von Volksmacht (germenes de poder popular) herausbildeten und zwar um so zahlreicher, je härter die herrschenden Klassen die Opposition gegen die Regierung führten. Den Arbeitern und den Bewohnern der Elendsviertel (pobladores) wurde immer mehr bewußt, wer wessen Interessen vertritt. So spürten die pobladores beispielsweise die Auswirkungen des Unternehmer-"Streiks" vom Oktober 1972, den sich die Standesorganisationen (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten usw.) anschlossen, am eigenen Leibe, wenn Ärzte in den medizinischen Betreuungsstellen der Elendsviertel streikten und ihre kranken Kinder nicht behandelt wurden. Sie ergriffen Eigeninitiative, organisierten sich zusammen mit den Professionellen, die sich mit ihnen solidarisierten, um nicht nur die durch den Streik für sie unmittelbar entstandenen Probleme zu lösen, sondern langfristig in der chilenischen Gesellschaft radikale Umwälzungen anzustreben. Ihre autonome Organisierung war nicht nur eine Antwort auf die Kampfpolitik der Opposition, sondern auch auf die der Opposition machtlos gegenüberstehenden Regierung.

Auffallend für die Anfangsphase der Regierung der Volkseinheit war aber gerade, daß die aktive politische Beteiligung der Massen ausblieb. Am politischen Geschehen nahmen sie eher passiv teil und applaudierten lediglich bei den Maßnahmen, die zu ihren Gunsten getroffen wurden (2). Zwar gab es in der ersten Zeit große Mobilisierungen, wie beispielsweise das rasche Anwachsen der Verteilungs- und Preiskontrollgruppen JAP (Junta de abastecimiento y precios), aber diese Aktionen blieben vereinzelt und erfolgten meist zufällig. Es fehlten eine Artikulierung auf nationaler Ebene und die Koordinierung mit Aktionen in anderen Bereichen wie geeignete Organe.

Charakteristisch für die chilenische Entwicklung scheint es also gewesen zu sein, daß die Dauermobilisierung der Massen ausblieb und auch von den Regierungsparteien wenig angestrebt wurde (3).

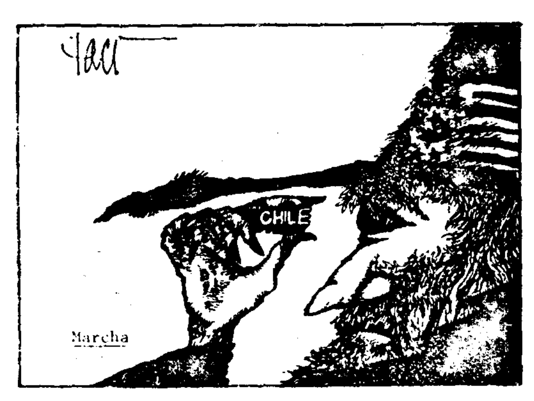
Dagegen aber entwickelte sich seit dem Oktoberstreik von 72 in Ansätzen (germenes) ein Prozeß, der aus dem Spannungsfeld eigener ungelöster Existenzprobleme der unteren Schichten, dem Druck der Opposition und einer ohnmächtigen Regierung allmählich erwuchs.

Jedes Einzelproblem und jedes tagespolitische Ereignis konnten Anlaß werden für eine Mobilisierung. Auch wenn sie punktuell und zufällig verliefen, so schufen sie doch Bewußtsein über den politischen Zusammenhang einzelner Probleme, die sich nicht mehr kurzfristig befriedigen ließen, sondern auf Änderung der Machtverhältnisse drängten. Ebenso entstanden vereinzelt Organisationsformen, die die bisherige Mitbestimmung und Partizipation überstiegen und nach effizienteren Lösungen zur Durchsetzung von Interessen suchten.

Als markantestes Beispiel dafür kann die Entwicklung der kommunalen (comandos comunales) und Industriegürtel (cordones industriales), die seit dem Oktoberstreik von 1972 einsetzte, angeführt werden. So wurden zum ersten Male Organe gebildet, die die Aktionen der Arbeiter und pobladores (4) koordinierten und die auf gemeinsam aufgestellten Aktionsplänen und Pro-

grammen beruhten. Sie stellten die bisher höchste Stufe der Organisierung chilenischer Arbeiter und pobladores dar.

Diese Entwicklung von qualitativ neuen Mobilisierungsformen, von Ansätzen von poder popular, zu Ende der Regierung der Volkseinheit kann nur in einem historischen Kontext verstanden



werden. Ihre Wurzeln liegen in einem langen, traditionsreichen Prozeß der chilenischen Arbeiterbewegung und in dem Erfahrungshintergrund der Mobilisierungsprozesse in den Elendsvierteln, dem sog. "movimiento poblacional". Im folgenden soll auf die Mobilisierungsprozesse in den Elendsvierteln (poblaciones) näher eingegangen werden, die sich vor allem an den zu Ende der Frei-Regierung durchgeführten Landbesetzungen (tomas deterreno) in den großen Städten des Landes ausmachten. Dabei wird zunächst auf die Wohnungspolitik Freis und seiner Politik in den Elendsvierteln eingegangen, deren Ungenügen die Landbesetzungen auslöste; danach ihre Organisierung und ihr Ablauf dargestellt und schließlich die Strategie der Volkseinheit und der MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria = Revolutionäre Linke) umrissen.

II. "Movimiento poblacional" (Mobilisierung in den Elendsvierteln)

Die Mobilisierung der Elendsbewohner in den wie Pilze aus dem Boden sprießenden Elendsvierteln setzte an den konkreten Problemen an, die in dieser Elendssituation dringend gelöst werden mußten. Sie setzte immer dort an, wo die Überlebensbedürfnisse (Wohnen, Gesundheit) am unzureichendsten befriedigt waren. Ein geschichtlicher Abriß über die verschiedenen Formen und Inhalte der Organisierung bis hin zu Keimen von Volksmacht in den chilenischen Elendsvierteln (poblaciones) zeigt sich nirgendwo so deutlich wie auf dem Hintergrund des immensen Wohnungsproblems und der daraus folgenden Aktionen der pobladores.

So läßt sich an der Geschichte der Landbesetzungen exemplarisch darstellen und konkretisieren, wie die Massen sich artikulierten und organisierten, sich ein Spannungsfeld von Staat und dem Druck der Massen herausbildete und wie sich bei vielen Elendsbewohnern ein Bewußtsein entwickelte, daß die Mobilisierung nicht nur die Lösung unmittelbarer Probleme bewirken dürfe, sondern zum Kampf für die mittelbaren Interessen führen müsse.

Doch zunächst soll kurz auf die Wohnungsbaupolitik der Christdemokraten und ihre Politik in den Elendsvierteln eingegangen werden.

1. Geschichtlicher Hintergrund: Bildung von Elendsvierteln, Politik der christdemokratischen Regierung Freis

Aufgrund der Salpeterkrise und ihren negativen Rückwirkungen im Bergbau und ländlichen Handwerk setzte seit Beginn der 30er und 40er Jahre eine starke Migration vom Land in die Städte der Provinzen und von dort in die Hauptstadt Santiago ein. Zunächst strömten die Migrantenmassen in die Wohnungen von Altbauvierteln (conventillos) der Innenstadt, die für teures Geld vermietet wurden. Dort hatte man Freunde und Verwandte, die ländliche Besucher aufnahmen. Man kam in der Hoffnung, in der Stadt Arbeit und ein besseres Leben zu finden. In Wirklichkeit aber verschlechterten sich die Existenzbedingungen, die zugezogenen Landbewohner wurden im geographischen und sozialen Sinne zu "Marginalen".

Erst mit der Regierung des Christdemokraten Eduardo Frei (1964-1970) begann ein großes Programm der Entwicklungsförderung für die unteren Schichten, das der riesigen Wohnungsnot Abhilfe schaffen wollte (z.B. Wohnungsbaugenossenschaften, Sparprogramme wie Plan de Ahorro Popular, Wohnungsprogramme wie Operación Sitio, d.h. durch Abgaben einer monatlich zu entrichtenden Quote bekam man in einer semiurbanisierten Zone einen Bauplatz, auf dem man sich sein Häuschen - meist aus Holz - in Selbstkonstruktion errichtete).

Dennoch blieb das Wohnungsdefizit; waren es im Jahre 1960 rund 406.000 fehlende Wohnungen, so schätzte man die Zahl 1970 allein auf 585.000. Auch wenn die monatlichen Quoten zum Kauf eines kleinen Grundstücks am Stadtrand relativ niedrig waren, so konnten doch nur wenige Familien diese Investition aufbringen, nämlich nur 27%, während 47% aller Familien in chilenischen Großstädten finanziell nicht in der Lage waren, das erwünschte Holzhäuschen von 36,7 m² Grundfläche zu ersparen. (5)

Die Überwindung von Armut und Marginalität konnte nach Meinung der Christ-

demokraten nur gelingen, wenn das Volk in das soziale und politische Leben in aktiver Teilnahme einbezogen wurde. Das Regierungsprogramm der "Promoción Popular" setzte es sich deshalb zum Ziel, den unteren Schichten durch Basisorganisationen auf lokaler Ebene, Nachbarschaftsvereinigungen (Juntas de Vecinos) und Mütterzentren (Centros de Madres) diese Teilnahme zu ermöglichen. (6)

Das dieser Politik ("Revolution in Freiheit") zugrunde liegende Konzept der Marginalität war von DESAL unter Leitung des Jesuiten Roger Vekemans ausgearbeitet worden. Es ging davon aus, daß die Marginalen eine homogene Gruppe seien, von den Diensten (passive Marginalität) und Entscheidungsprozessen (aktive Marginalität) der Gesellschaft ausgeschlossen und unfähig zu eigener Artikulation und Selbstorganisierung. Die pobladores sollten durch ihre Organisierung eine Teilnahme (participación) am gesellschaftlichen Leben erhalten und damit auf lange Sicht in die moderne Gesellschaft (sociedad global) integriert werden können.

Dieses populistische Modell von Volksbewegung hatte beträchtlichen Erfolg: 1969 gab es in ganz Chile 3487 Nachbarschaftsverbände und 6072 Mütterzentren hatten sich gebildet. Die Basisorganisationen der Siedlungen nahmen ihre Bittstellerfunktionen gegenüber dem Staat wahr, der ihre Forderung hinsichtlich Urbanisierung, Wohnungsbau und Gesundheitswesen kanalisieren konnte und die Lösungssuche übernahm. Probleme entstanden dann, wenn die Versprechungen nicht durch Taten eingelöst wurden. Das Ungenügen der staatlichen Integrationspolitik, die die Übel der Struktur nur zum geringeren Teil zu heilen vermochte, trug zu einer Radikalisierung des Bewußtseins bei in den Massen der Armen. Wo wiederholt die bittere Erfahrung gemacht wurde, in seinen berechtigten Forderungen letztlich doch nicht ernst genommen zu werden, entstand die Motivation, neue Organisationsformen zu finden und auf Strukturänderungen hinzuarbeiten.

Die Regierung Frei konnte die Erwartungen hinsichtlich des Wohnungsproblems nicht erfüllen. Zum Ende ihrer Regierungsperiode sank die Zahl der Wohnungsbauten des staatlichen Wohnungsbauprogrammes.

2. Organisierung und Ablauf von Landbesetzungen

Angesichts dieser ungelösten Probleme ergriffen einige Bevölkerungsanteile, die keine Hoffnung auf Unterkunft hatten, Eigeninitiative, organisierten sich in "Komitees der Wohnungslosen" (Comitee de los Sin Casa) und planten eine Landbesetzung (7) (toma de terreno). Meist handelte es sich dabei um Gruppen von Familien, die untereinander verwandt oder befreundet waren und durch einen dirigente zusammengeführt wurden. In vielen Fällen waren die dirigentes aktive Mitglieder von linken Parteien und waren der Unterstützung führender Politiker sicher (Parlamentsabgeordnete, Senatoren, Bürgermeister). Hatte sich solch eine Gruppe von Familien formiert (die Anzahl schwankt zwischen 100 bis über 3000), suchte man geeignete Landflächen, möglichst in der Nähe anderer poblaciones und in einem Bereich, der als wenig "konfliktiv" galt (wie z.B. unfruchtbarer Ackerboden). Ein Organisationsausschuß setzte das Datum der Landbesetzung fest und entwickelte einen strategischen Plan.

Landbesetzungen wurden nachts durchgeführt, meist unter dem Schutz bekannter Politiker der linken Parteien, die später zwischen den pobladores und der staatlichen Bürokratie vermitteln sollten und vor dem Eingriff der Polizei schützen mußten. Die pobladores bauten provisorische Hütten oder Zelte und hißten die chilenische Flagge, was bedeutet "der Boden gehört jetzt uns". Bewohner aus Nachbarpoblaciones leisteten gewöhnlich Hilfe, indem sie für die "Invasoren" kochten und halfen, das Land zu bewachen.

Viele der "tomas" verliefen erfolgreich unter einem hohen Grad von Disziplin, Organisation und Verantwortungsbewußtsein der pobladores. Ein von ihnen gebildetes Komitee stellte Ordnungspläne auf für die Bewachung und Bebauung des Landes und forderte die Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln (z.B. Alkoholverbot). Eine Vollversammlung wählte die dirigentes für die neuen Nachbarschaftsvereinigungen. Deren wichtigste Aufgabe war es, das neue Land gegenüber den staatlichen Behörden zu verteidigen und von der Stadtverwaltung die Zusicherung von Kanalisation, elektrischem Licht, Wasser und einer Schule zu erwirken.

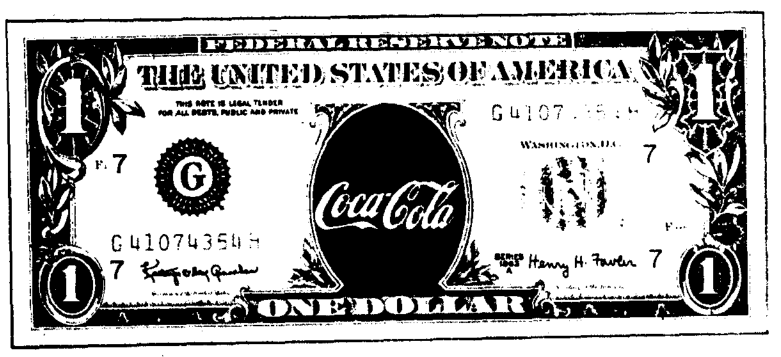
Organisatoren der Landbesetzungen waren die politischen Parteien (meistens die kommunistische Partei, zum Ende der Frei-Ära jedoch auch der linke Flügel seiner eigenen christdemokratischen Partei und später der MIR). Sie verdeutlichten die Grenzen des staatlichen Assistentialismus, gegen den sie opponierten, um daraus einen eigenen Schritt auf eine radikale Änderung hin abzuleiten. Zum Ende der Regierungsperiode Frei stieg die Anzahl der Landbesetzungen beträchtlich. Sie war am größten im Wahljahr 1970, als keine Partei gewagt hätte, die Aktionen der pobladores zu unterdrücken (8) und damit Stimmen für die Präsidentenwahl zu verlieren.

Den Anstieg der "tomas" macht folgende Statistik deutlich (9):

Im ganzen Land (einschließlich Santiago):

1966	?
1967	?
1968	8
1969	23
1970	220
1971 (ersten 6 Mon.)	175
total	426

Die durch Landbesetzung entstandenen poblaciones werden campamentos genannt. Man schätzt, daß im Jahre 1971 ungefähr 57.000 Familien in campamentos lebten, das ist ein Anteil von 10 % der Gesamtbevölkerung Groß-Santiagos.



3. Politik der Volkseinheit in den Elendsvierteln

Obwohl die PC bei der Organisierung von Landbesetzung maßgeblich beteiligt war, hatte weder sie noch die anderen in der Volkseinheit vertretenen Parteien eine Konzeption für die Arbeit in den poblaciones und campamentos. Man kritisierte zwar den Marginalitätsansatz der Christdemokraten und die Schaffung der kommunitären Basisorganisationen, da sie u.a. keinen Bezug zu den Gewerkschaften hätten. Als aber die Volkseinheit selbst an die Regierung kam, behielt sie die unter Frei gebildeten Basisorganisationen bei. Lediglich die Schaffung von JAPs (10) und Volksläden (almacenes populares) bedeuteten Neuerungen im Vergleich zum christdemokratischen Konzept. Die politische Praxis aber beschränkte sich weiterhin darauf, das Augenmerk vor allem auf die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse (Wohnen, Gesundheit usw.) der Bevölkerung zu richten. Auf diese Weise fiel ihre Politik in den gleichen Assistentialismus, wie er vorher auch praktiziert worden war. Die Nachbarschaftsverbände der Elendsviertel blieben in ihren Aktionen isoliert und ohne übergeordnete Ebene, die sie vereint oder eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den Industriebetrieben angestrebt hätte.

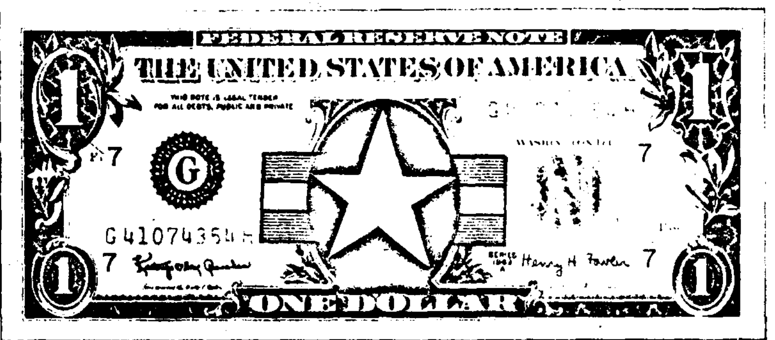
4. Strategie der MIR in den Elendsvierteln

Eine alternative politische Strategie war dagegen vom MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria) entwickelt worden. Sie war darauf ausgerichtet, die Mobilisierung der pobladores zu unterstützen, sie mit den Arbeiterorganisationen zu koordinieren und politische Bewußtseinsbildung zu betreiben. 1970 waren die ersten Landbesetzungen durch den MIR angeführt worden. Die Struktur der unter ihrer Führung aufgebauten campamentos unterschied sich von der anderer poblaciones in wesentlichen Zügen. Die Organisierung der Bewohner knüpften nicht mehr nur an aktuellen Problemen der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung an, sondern bedeutete "ein qualitativer Sprung in der Bewegung der pobladores". (11) Denn es zeichneten sich Elemente neuer Formen des kommunitären Zusammenlebens, neue Organisationsstrukturen und eine neue "revolutionäre Moral" ab. (12)

Sie sollen im folgenden beschrieben werden. (13)

a) Front zur Regelung von Rechts- und Disziplinarfragen und Bewachungsaufgaben

Wegen des illegalen Charakters von Landbesetzungen mußte das eroberte Land zumindest in der ersten Zeit bewacht werden, um es vor polizeilichen Interventionen zu schützen. Deshalb bildete man Volksmilizgruppen, die das Land bewachen sollten.



In einigen campamentos entwickelten die pobladores ein System der Regelung von Rechtsfragen als Grundlage einer eigenen Volksjustiz. In Volkstribunalen entschieden Volksrichter, die von der comunidad gewählt worden waren, über die jeweils anstehenden Fälle von Rechtsvergehen. Neu daran war nicht nur, daß die comunidad ihre eigenen Richter ernannte und den Übeltäter nicht mehr den Kontrollinstanzen wie Polizei und Justiz übergab, sondern auch, daß neu definiert wurde, was recht bzw. unrecht ist und welche Art von Sanktionen zu erteilen seien. Die Vorstellungen über gut und böse

spiegelten die sozialen Normen und Werte wider, die die comunidad sich gesetzt hatte. So galt unzureichende Mitarbeit bei den kommunitären Aufgaben, Unzuverlässigkeit und das Fehlen bei Gemeinschaftsveranstaltungen als tadelnswert. Streng verurteilt wurde der illegale Verkauf von Alkohol, Kindesmißhandlungen und die Nichtbeachtung von Hygienevorschriften.

Bei der Suche nach neuen Sanktionsformen ging man davon aus, daß sie weniger strafen als erziehen und Bewußtsein bilden sollten. Ein "Fall" wurde in seinen sozialen Implikationen gesehen, um an ihm die Situation von Unterdrückung deutlich zu machen. Man wollte eine Alternative setzen gegen den bürgerlichen Justizapparat mit seiner unterschiedlichen Rechtssprechung für Arme und Reiche --

b) Front zur Regelung der Arbeitslosigkeit

In den campamentos lag die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich höher als in den übrigen poblaciones. Sie war bedingt durch den relativ höheren Anteil von Lumpenproletariat im Vergleich zu den poblaciones, von Arbeitern, die wegen ihrer politischen Aktivität aus Privatbetrieben entlassen worden waren und schließlich war sie eine Folge der Landbesetzung selber: sie machte viele Bewohner arbeitslos, weil sie in der ersten Zeit beim Aufbau der Baracken und der inneren Organisierung des campamento mitarbeiteten.

Man versuchte, das Problem der Arbeitslosigkeit auf kollektive Weise zu lösen durch die Bildung von Arbeiterbrigaden. Die Arbeitslosen wurden beim Bau der "Häuser" für die Bewohner oder bei der Konstruktion von Schule und Consultorio angestellt und aus öffentlichen Mitteln dafür bezahlt. Sie bildeten so gleichsam eine Baufirma.

c) Front zur Verwaltung des campamento

Das campamento erhielt eine territoriale und funktionale Organisationsstruktur. Territorial wurde es eingeteilt in Komitees der Häuserblocks (manzana), die die Basiseinheiten der neuen Organisation darstellen. Auf diese Weise wollte man versuchen, die große Bevölkerungsmasse eines campamento in Entscheidungsprozesse und Arbeitsprogramme mit einzubeziehen. Die Komitees wählten die Vertreter der Leitung (directiva), die für die Außenbeziehungen des campamento mit der Bürokratie und politischen Organisationen verantwortlich zeichnete.

Die verschiedenen Arbeitsfronten (frentes) dagegen bildeten die funktionale Organisation des campamento und waren für die Lösung konkreter Probleme (Schule, Gesundheit) zuständig. Jedes Komitee der einzelnen Häuserblocks beauftragte einen Vertreter für die Mitarbeit in den verschiedenen Arbeitsfronten.

d) Front zur Regelung kollektiver Dienste (Gesundheit, Erziehung, Wohnen, Infrastruktur, Verteilung von Lebensmitteln und Preiskontrolle)

In diesen Arbeitsfronten wurde die Lösung der täglichen Probleme der pobladores teils in reiner Selbstverwaltung und teils in Zusammenarbeit mit staatlichen Organisationen in Angriff genommen. Radikale Alternativkonzepte zu vorgegebenen Strukturen scheiterten oft, da die notwendige Zusammenarbeit mit den von außen kommenden Fachkräften nicht zustande kam. Vorschläge für neue Lerninhalte im Schulunterricht z.B. riefen den Widerstand der Lehrer hervor, die die Kinder unterrichteten.

In einem anderen campamento führte man erfolgreich Alphabetisierungskampagnen für Erwachsene durch, die mit politischer Erziehungsarbeit verbunden waren.

Ebenso bildeten sich Volkstheatergruppen, die zum Bewußtseinsbildungsprozeß beitragen sollten.

Die im vorangegangenen dargestellten Formen von Mobilisierung und Keimformen von Volksmacht (wie beispielsweise die Ansätze zu einer Volksjustiz) sind nicht repräsentativ für alle campamentos und poblaciones, sondern nur für die, in denen die pobladores ein hohes Maß an politischen Bewußtsein hatten und stark engagiert und organisiert waren. Dies traf besonders in den von der MIR geführten campamentos zu, wo man versuchte, die Aktionen der pobladores nicht weiter vereinzelt zu lassen, sondern sie in einer Gesamtstrategie zu koordinieren. In dieser Gesamtstrategie sah man die Zusammenarbeit mit den Aktionen der Arbeiter in den Industrien vor. Um diese zu erleichtern, versuchte man deshalb beispielsweise, die campamentos in die Nähe von Industriegegenden zu legen.

So variierte der Grad der Mobilisierung in den einzelnen campamentos. Eine Analyse der Faktoren, die auf die Mobilisierung der pobladeros Einfluß haben, würde eine bunte Facette von Faktoren aufzeigen, von denen die wichtigsten folgende sind: der Grad politischen Bewußtseins, die momentanen Auseinandersetzungen in der Tagespolitik, die interne Schichtung eines campamentos, der Zusammenhalt der Be-

wohner untereinander, imposante Führerfiguren und "caudillos", kulturelle Werthaltungen und eine gemeinsam gelebte Geschichte...

III. Bedeutung der Landbesetzungen

Auch wenn der Grad der Mobilisierung in den durch die Landbesetzungen entstandenen campamentos variierte, so macht doch das Phänomen als solches sehr deutlich, daß die "Marginalen" durchaus in der Lage sind, aus eigener Initiative ihre Überlebensprobleme (wie Wohnprobleme) zu lösen. Im Hinblick auf die im vorangegangenen dargestellten sozialen Wirklichkeit in den campamentos ist zu fragen, inwieweit die der Politik Freis zugrunde liegende DESAL-Theorie, die wie beschrieben davon ausgeht, daß die Marginalen unfähig zu eigener Selbstorganisation und Artikulation sind, empirisch haltbar ist. (14)

Die Bedeutung der Landbesetzungen liegt nun weniger in dem Beitrag zu einer Falsifikation der DESAL-Theorie, als in dem Beitrag, den sie leisteten für eine autonome Organisierung der Massen von Armen in den großen Städten des Landes. Im Laufe der spezifischen Aktionen zur Lösung ihrer unmittelbaren Probleme und Interessen (Gesundheitsprobleme, Infrastrukturprobleme usw.) wurden die Elendsbewohner sich immer mehr ihrer mittelbaren Interessen bewußt und durchschauten die Grenzen einer asistentialistischen und populistischen Politik von seiten des Staates. So schufen ihre Aktionen politisches Bewußtsein.

Angesichts der oft angewendeten Repression des Staates bildete sich ein starkes Gruppenbewußtsein unter den marginalen Massen. Auf diese Weise konnten sich weite Kreise der Marginalen mit den Aktionen identifizieren und sich symbolisch repräsentiert fühlen durch die Gruppen, die dem System begegneten. Die innere Organisation der campamentos (wie beispielsweise die Regelung von Rechtsfragen) legte die ersten Grundsteine und Erfahrungen für eine sich in späterer Zeit auf umfassenderen Ebene sich entwikkelnden Bewegung zur Schaffung von Volksmacht.

Elisabeth Freitag

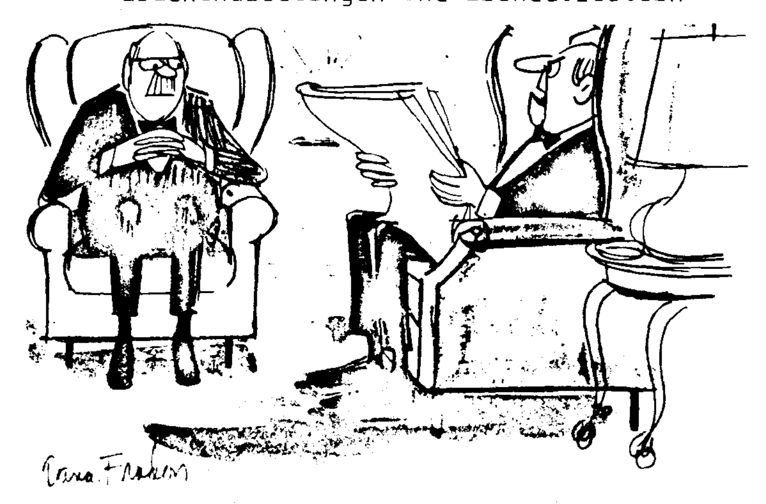
Anmerkungen:

1) Der folgende Artikel bezieht sich, von einigen Kürzungen und Veränderungen abgesehen, auf Punkt 1 und 2 der Einleitung der Dokumentation "Poder Popular in Chile. Das Beispiel Medizin", hrsg. von U. Bernauer und E. Freitag, die im April bei Laetare erscheint.

2) siehe F. Castillo u.a., Las masas, el Estado y el problema del poder en Chile, in: Cuadernos de la Realidad Nacional, No. 16, April 1973, S. 3-70, hier S. 4.

3) Erst relativ spät unterstützten Teile der Sozialistischen Partei, MAPU, Christlichen Linken zusammen mit der MIR die Entwicklung von poder popular.

4) Die Trennung zwischen Arbeiter und pobladores ist lediglich eine analytische. Da die Mehrzahl der Arbeiter in Barackensiedlungen und Elendsvierteln



"When a Communist can win a free election, I say there's something wrong with free elections!"

wohnt, sind die Arbeiter gleichzeitig die Bewohner dieser randstädtischen Viertel.

5) aus M. Castells, Chile: Movimiento de pobladores y lucha de clases, CIDU D.T. Nr. 56, September 1972, S. 5.

6) Über die "Promoción popular" im deutschsprachigen Bereich siehe: Betty Cabezas de González, Die Elendsviertel von Santiago de Chile, CDSAL, Arbeitsunterlage 46 zur Lateinamerikaforschung, Bielefeld 1972.

7) Im folgenden beziehen wir uns auf J. Giusti, Organizacion y participacion popular en Chile, Ediciones FLACSO, Buenos Aires 1973.

8) Die während der Regierung Frei und seinem Vorgänger Alessandri durchgeführten Landbesetzungen verliefen oft unter starker Repression seitens staatlicher Ordnungshüter. Der gewaltsamste Eingriff fand im März 1969 in Puerto Montt statt, wo bei einer Besetzung (Pampa Irigoin) lo pobladores von der Polizei getötet und viele verletzt wurden.

9) Equipo de Estudios Poblacionales de CIDU, Reivindicacißon Urbana y lucha politica: los campamentos de pobladores en Santiago de Chile, in: EURE (Revista Latinoamericana de Estudios Urbanos Regionales), Nr. 6, November 1972, S. 59.

10) Die JAPs sind Vereinigungen zur Kontrolle der Lebensmittelversorgung in den Stadtvierteln. Ihre spezifische Aufgabe besteht in der Überwachung der Preisspekulanten unter den Lebensmittelhändlern, den Hamsterern in der Bevölkerung und in der gerechten Verteilung der knappen Lebensmittel an die Bewohner des Bezirks. Am funktionsfähigsten waren die JAPs in den Elendsvierteln des Stadtrands. Sie wurden gebildet aus Vertretern der Basisorganisationen (Nachbarschaftsgruppen, Mütterzentren), die die Aufgaben freiwillig übernahmen.

Das rasche Anwachsen der JAPs zeigt sich daran, daß ihre Zahl von 200 im Dez. 1971 auf 988 im Mai 1972 anstieg (davon 675 in Santiago).

11) M. Castells, Chile, Movimiento de pobladores..., a.a.O., S. 32.

12) vgl. Dokument "Erfahrungen in revolutionären campamentos", in: U. Bernauer und E. Freitag, a.a.O.

13) vgl. Equipo CIDU, Los campamentos de pobladores..., a.a.O.

14) Nicht nur die Landbesetzungen können als ein empirisches Beispiel zur Falsifikation der DESAL-Theorie angeführt werden; so beispielsweise auch die These, daß die Elendsbewohner vom Land in die Stadt migriert seien. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Elendsbewohner sich nicht direkt aus ländlichen Gegenden kommend rekrutierten, sondern vornehmlich von Wohnungen des Stadtzentrums.

Begriffserklärungen:

población - allgemein Siedlungen am Rand der Stadt, meistens Elendsviertel; spezifische Verwendung auch im Sinn für die Elendsviertel, die im Gegensatz zu den campamentos nicht durch Landbesetzungen entstanden sind.

pobladores - Bewohner der Rand- bzw. Elendsviertel.

campamento - Elendsviertel, die durch illegale Landbesetzung entstanden sind (toma de terreno).

JAP - Junta de abastecimiento y precios, Vereinigung zur Lebensmittelversorgung und Preiskontrolle.

Servicio Nacional de Salud (SNS) - Nationaler Gesundheitsdienst.

Servicio Unico de Salud (SUS) - Einheitlicher Gesundheitsdienst (Projekt der Volkseinheit).

DOKUMENT DER BASISORGANISATIONEN IM GESUNDHEITSBEREICH

Aktionsprogramm der Volksorganisationen im Gesundheitsbereich vom 19.12.1971

1. Gesundheit als ein Problem des Systems

Wir sind uns bewußt, daß Gesundheit nicht nur medizinische Betreuung bedeutet, sondern auch Wohnung, Essen, sicheren Arbeitsplatz, Verkehrsmöglichkeiten, Freizeit zum Erholen.

An allen diesen Voraussetzungen fehlt es den Arbeitern, da sie im gegenwärtigen System zu den Ausgebeuteten gehören; infolgedessen erkranken sie leichter und sind von vorzeitigem Tod bedroht.

Innerhalb der medizinischen Betreuung gibt es weiterhin eine Medizin für die Reichen und eine für die Armen. Die Medizin für die Arbeiter - eine Errungenschaft ihres langen Kampfes - zielt nur darauf ab, ihren Körper wie eine abgenutzte Maschine zu reparieren, zum geringstmöglichen Kostenaufwand, damit er sich schnell wieder in die Produktion einfügt.

Das kapitalistische System hat unsere Gesellschaft in ausbeutende und ausgebeutete Klassen aufgeteilt, in Reiche und Arme, und hat die Mehrheit ohne die Vorteile gelassen, die nur eine Minderheit genießen kann.

Da sich die Gesundheitsprobleme der Arbeiter innerhalb des kapitalistischen Systems auf diese Weise nicht lösen lassen, ist es die große Aufgabe, das herrschende System zu ändern durch die Machtergreifung der Arbeiter, die eine gerechtere Gesellschaft aufbauen werden, in der die Interessen besser vertreten werden, eine sozialistische Gesellschaft.

2. Volksmacht in Gesundheit: eine Waffe für die totale Machtergreifung

Die Arbeiter im Gesundheitswesen haben heute die Aufgabe, dabei zu helfen, die gesamte Macht für die Arbeiterklasse zu erlangen. Wir müssen Volksorganisationen für Gesundheit bilden, die aufgrund der Kontrolle durch die Arbeiter alle Entscheidun-

gen dieses Bereichs in ihre Hände nehmen werden. Sie werden sich zusammentun mit anderen, neuen Organisationen, die uns erlauben, der Macht der Bourgeoisie in der Versorgung, Erziehung, Justiz und Aufsicht entgegenzutreten. In den poblaciones, auf dem Land und in den Fabriken haben sich diese Organisationen als mächtige Fäuste erwiesen, um den Apparat ins Wanken zu bringen, den die Ausbeuter zur Verteidigung ihrer Interessen geschaffen haben: den bürgerlichen Staat.

Aufgrund des Zusammenschlusses dieser allgemeinen Basisorganisationen auf lokaler Ebene entstanden auf demokratische Weise die Volksräte der einzelnen Bezirke.

So bilden die Arbeiter ihre eigene Organisation gegenüber der organisierten Einheit der Ausbeuter, um die Macht der Bourgeoisie schließlich durch die Macht der Arbeiter zu ersetzen.

3. Demokratisierung des SNS: Einheitlicher Gesundheitsdienst: Volkskontrolle

Alle Mittel, die für Gesundheit ausgegeben werden und die 8 % des nationalen Haushalts ausmachen, müssen in die Hände des SNS übergehen, damit sie der immer benachteiligten Mehrheit zugute kommen.

Das wäre das Resultat der Volksorganisationen im Kampf um die Durchsetzung ihrer Rechte, damit die medizinische Betreuung wirklich alle Familien erreicht.

Eine echte Demokratisierung des SNS ist durch die Volkskontrolle im Gesundheitsbereich gegeben und nicht mit dem Schlagwort von Mitbestimmung, die den Arbeitern Partizipation in den Organisationen vormacht, ihnen aber in Wirklichkeit gar keine Entscheidung ermöglicht.

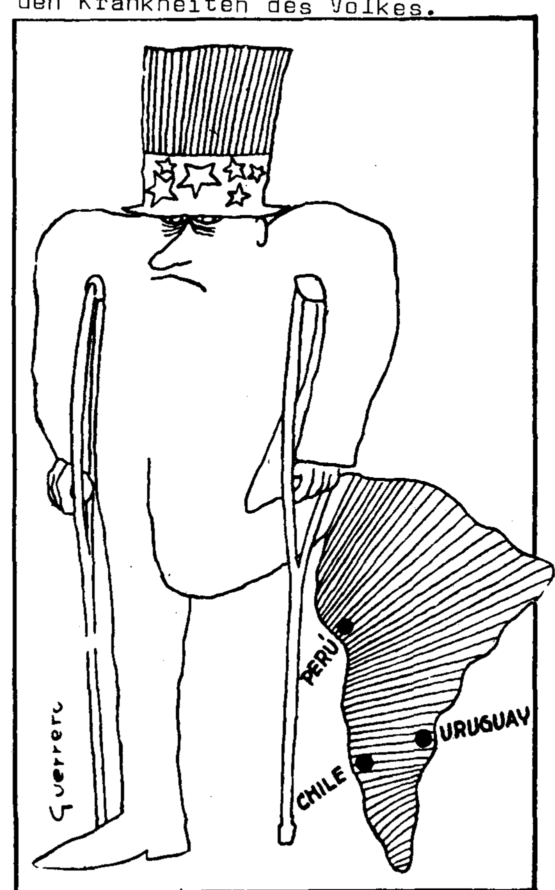
Durch den Kampf der Arbeiter in den Gesundheitsorganisationen müssen wir den Einheitlichen Gesundheitsdienst SUS aufbauen: eine Garantie dafür, daß alle Mittel für Gesundheit im Dienst der Mehrheit verwandt werden.

4. Die pharmazeitische Industrie, ein Recht für alle, ein Geschäft für wenige

Den Skandal um die Medikamente kennen die Arbeiter sehr gut. Das gleiche Medikament in verschiedener Verpackung verteuert sich um das Dreifache oder Fünffache. Das sind die Betrügereien der pharmazeutischen Industrien, die mit den Schmerzen und den Krankheiten des Volkes Geschäfte machen.

Die pharmazeitische Industrie hat durch ihre internationalen Monopole (englische, deutsche), die die Medikamente herstellen, der Volksfrontregierung angedroht, künftig bestimmte lebensnotwendige Heilmittel nicht mehr zu produzieren. Wenn es diesen frechen Burschen notwendig erscheint und sobald sie nicht mehr soviel Geld mit einem Medikament verdienen können, ziehen sie sich vom Markt zurück, so lebenswichtig das Medikament auch sein mag.

Wir müssen die Verstaatlichung der pharmazeitischen Industrie fordern, damit sie sich nicht bereichert an den Krankheiten des Volkes.



5. Die Universität im Prozeß der Machteroberung

Die Universität, vom Volk finanziert, bildet wie alle Hauptinstitutionen des Systems die Fachleute und Techniker aus, die den derzeitigen Zustand von Chaos, Ausbeutung und Herrschaft des kapitalistischen Systems aufrechterhalten sollen.

Wir fordern, daß die Universität heruntersteigt und sich in den Dienst der Interessen der Arbeiter und deren Machtergreifung stellt. Deshalb sollen die Leute von der Universität in die poblaciones gehen und neben ihrer Dozententätigkeit dort Hilfe leisten. Ausgangspunkt dafür sind die Volksorganisationen im Gesundheitsbereich, die als Volksmacht in diesem Bereich aufgebaut werden müssen.

Plattform des Kampfes

I. Organisation

1) Bildung einer Organisation und Leitung aller Volksorganisationen im Gesundheitsbereich auf nationaler Ebene, unabhängig von staatlichen Behörden.

2) Förderung der Volksorganisationen im Gesundheitsbereich von der Basis her, wobei das Dekret 602 zur Demokratisierung des SNS dienlich sein kann oder auch nicht. Sie können sich je nach der lokalen Realität entwickeln als echte Elemente der Volksmacht im Gesundheitsbereich durch die Kontrolle seitens der Arbeiter.

3) Demokratischer Aufbau von Organisationen in allen Aktionsbereichen (Versorgung, Justiz, Aufsicht, Erziehung etc.), die sich zusammenschließen zu Volksräten des Bezirkes und so zu echten Anzeichen werden für die Macht der Arbeiter, die der Macht der Ausbeuter entgegensteht.

II. Forderungen zur Verbesserung der medizinischen Betreuung der Arbeiter

1) Forderung, daß alle Mittel der privaten Medizin (SERMENA, Krankenkassen usw.) in den SNS übergehen, um den einheitlichen Gesundheitsdienst zu schaffen, ausgehend von der Kontrolle der Arbeiter.

2) Die Fachleute, die ihr Studium hinter sich haben und schon berufstätig sind, müssen für den SNS vollbeschäftigt werden (acht Stunden pro Tag). Man muß davon ausgehen, daß der SNS 80 % der chilenischen Bevölkerung versorgt.

3) Die Verwaltungsarbeiten können von den Volksorganisationen übernommen werden durch eigene Sonderkommissionen; sie sollen nicht in den Händen einer Fachkraft bleiben, die dann fachfremd arbeitet wie ein Arzt in der Verwaltung.

4) Die Volksorganisationen sollen Arbeitszeit und Qualität der Betreuung durch die Fachkräfte und Techniker beachten und ihre Einhaltung kontrollieren.

5) Die Volksorganisationen müssen kämpfen für bessere Bedingungen, damit eine gute medizinische Betreuung, Consultorios, Medikamente, Ambulanzen, Fachbehandlung usw. gewährleistet werden.

III. Die pharmazeitische Industrie und die Apotheken

1) Kampf für die Verstaatlichung der chilenischen Handelskammer der pharmazeitischen Industrie.

2) Kontrolle der Apotheken seitens der Volksorganisationen, damit sie Medikamente nach einheimischen Rezept führen.

3) Aufstellung von Listen über die einheimischen Medikamente und ihre Preise sowie der privaten Labors mit ihren Preisen in allen Apotheken und Consultorios.

4) Falls der Apotheker aus Nachlässigkeit keine Heilmittel aus einheimischer Produktion vorrätig hat, darf er alle Heilmittel aus anderen Firmen auch nur zum Preis der einheimischen Medikamentenproduktion verkaufen.

5) Die Ärzte müssen einheimische Medikamente verschreiben und gleichzeitig öffentlich bekanntgeben, welche Ärzte diese Pflicht nicht erfüllen.

IV. Die Universität

1) Zusammenschluß mit den Leuten der Universität, um sie aufzurufen zur Teilnahme und Hilfe in den Gesundheitsorganisationen des Volkes.

2) Diejenigen, die diesem Ruf folgen, sollen von den Festsetzungen ausgehen, die die Arbeiter bereits diskutiert und entwickelt haben.

V. Volksorganisationen im Gesundheitsbereich: eine Waffe im Kampf der Arbeiter

1) Noch einmal soll die Autonomie der Volksorganisationen in Beziehung zum Staat betont werden, um ihre eigene Plattform des Kampfes verteidigen zu können.

2) Die staatlichen Stellen, die Programme für soziale Entwicklung und Besserstellung und universitäre Veränderungen organisieren, müssen von den dargestellten grundsätzlichen Festlegungen und der Kampfplattform der Arbeiter ausgehen, um ihre Arbeit verwirklichen zu können.

Angenommen durch das Plenum der Kommissionen des ersten Provinzkongresses der Gesundheitsorganisationen.

Santiago, den 19. Dezember 1971

Für die vorläufige Provinzleitung zeichnet die población "Nueva La Habana".

Die Nennung der Namen der unterzeichnenden pobladores muß aus Sicherheitsgründen unterbleiben.

"DIE GESUNDHEIT IST EIN RECHT,
MAN MUSS DARUM KÄMPFEN"
"FÜR DIE VOLKSMACHT IM
GESUNDHEITSBEREICH"

Entnommen aus:
Ursula Bernauer, Elisabeth Freitag, Poder popular in Chile – am Beispiel Gesundheit. Dokumente aus Elendsvierteln. Reihe "Stichwörter zu Lateinamerika" Nr. 39, Laetare/Imba, ca. 140 Seiten, ca. DM 9,--, Erscheinungstermin Ende April 1974.

ARGENTINIEN
ABHÄNGIGKEIT UND POLITISCHE KRISE

Von Juan E. Corradi

aus: Monthly Review, Dezember 1973/
Übersetzung AS

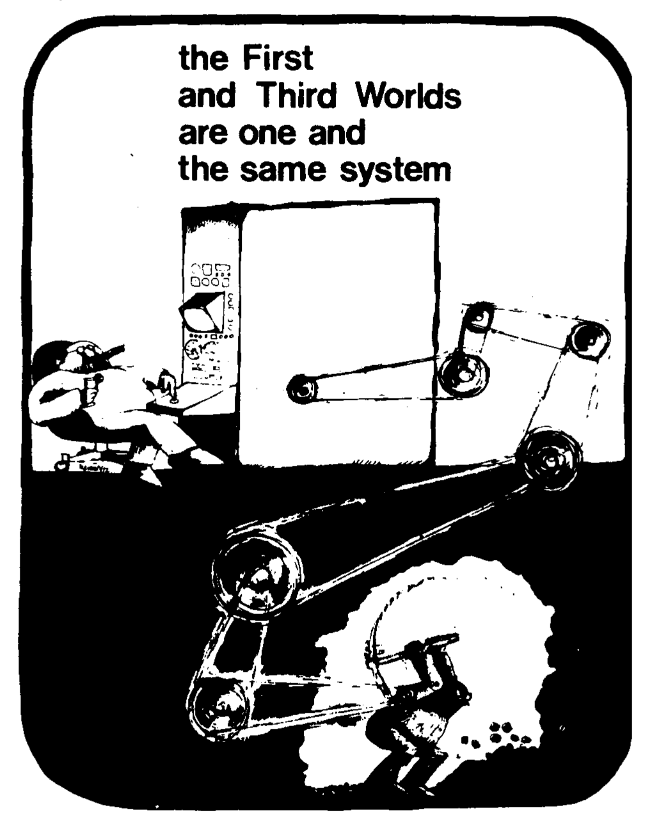
Dieser Artikel analysiert die politische Offensive des Imperialismus nach 1965, den Massenwiderstand gegen seine Pläne und die vorläufige politische Niederlage dieser Pläne 1973. Die Analyse endet mit den Wahlen vom März 1973 und erforscht nicht die Widersprüche und Aussichten des Peronismus an der Macht. Eins ist jedoch klar: im langen Marsch zu nationaler und gesellschaftlicher Befreiung in Argentinien hat ein neues Stadium begonnen.

Peronismus: Die Grenzen der Reform

Eine kurze Analyse des ersten Peronistischen Regimes (1943-1955) zeigt, daß der Plan, in einem kapitalistischen Rahmen die Abhängigkeit zu überwinden und gleichzeitig soziale Reformen durchzuführen, eine geringe Erfolgswahrscheinlichkeit hat. Die Politik einer Einkommensumverteilung, die durch das peronistische Regime durchgeführt wurde, senkte die Profite der Unternehmerklasse, die einer der Pfeiler des Regimes war. Die Strategie der Industrialisierung, der man in der peronistischen Zeit folgte - extensiver Gebrauch von Arbeitskräften, Vorrang von leichter Verbrauchsgüterindustrie und relativ einfache Arbeitsorganisation - wurde mit dem Ableben des Regimes durch eine andere Strategie abgelöst, die sich auf intensiven Kapitaleinsatz, dem Vorrang von Zwischen- und Investitionsgüterindustrien und einer komplexeren Arbeitsorganisation gründete.

Der Übergang von dem einen Industrialisierungsmuster zu dem anderen folgte den Erfordernissen der Kapitalakkumulation selbst. Der Widerspruch zwischen Neuverteilung und Akkumulation strapazierte - nach einer Periode der Harmonie aufgrund der Vergrößerung des Inlandsmarktes - mit der Zeit die für die erste Phase des Peronismus charakteristische Alliance und brachte sie schließlich zur Auflösung. Die Firmen führten moderne Technologien aus dem Ausland ein, um wieder auf annehmbare Profithöhen zu kommen. Neue und technologisch fortgeschrittene Industrien zogen aus der neuen Strategie Nutzen, während die alten, vorher maßgeblich importsubstituierenden Leichtindustrien zu verfallen begannen. Mit dem Wachsen der Nachfrage für moderne Technologie entwickelten sich Formen der Verbindung mit ausländischem Monopolkapital, die schließlich zu technologischer Abhängigkeit, der Vorherrschaft von ausländischem über nationalem Kapital und einem Trend zum Untergang des nationalen Bürgertums führten.

Abhängigkeit ist also ein doppelseitiges Phänomen. Sie ist das Ergebnis internationaler Entwicklungen und interner Widersprüche. Argentinien kam genau zu dem Zeitpunkt in ein kritisches Stadium seines Industrialisierungsprozesses, zu dem der fortgeschrittene Kapitalismus ein neues Stadium der



Konsolidierung und Internationalisierung erreichte. Was dabei herauskam, war eine neue Art technologischer Abhängigkeit, die, auf der Ebene der Produktionsverhältnisse, den Niedergang des nationalen Bürgertums und die Schwächung und Verelendung der Arbeiterklasse mit sich brachte. Auf der Ebene des Überbaus brachte die neue Abhängigkeit politische Entmobilisierung, den Abbau des Mischsystems des Populismus und das Aufsteigen des technokratischen Militarismus.

Die neue Abhängigkeit und die militärischen Interventionen (1955-1966)

In der Dekade nach dem Fall Perons wurde das landbesitzende Bürgertum, in Verbindung mit verbündeten Teilen der Gesellschaft, wieder einmal die beherrschende politische Macht in Argentinien. Das politische Experiment von 1955 war in dieser Hinsicht eine zweite Restauration (die erste hat mit dem Fall des Radicalismo 1930 stattgefunden), diesmal in einer Industriegesellschaft, die über das Versagen der nationalen Kapitalakkumulation verbittert war. In der Zeit von 1943-1955 hatte das landbesitzende Bürgertum die Fähigkeit, direkte politische Kontrolle auszuüben, verloren, aber nach dem Fall von Perón glückte es ihr wieder, den Staatsapparat und die Armee zu manipulieren. Die zweite Restauration hatte zwei Ziele: Eines war die Beseitigung des in der peronistischen Zeit errichteten Schutzes des nationalen Industriekapitals. Das andere war eine neue Wirtschaftspolitik zugunsten des landbesitzenden Bürgertums. Das erste Ziel wurde erreicht durch den Abbau einer ganzen Serie von unter Perón errichteter Institute. Die Kontrollen über Auslandskapital wurden beseitigt; Bankkonten wurden entnationalisiert (unter Perón, damals wie heute, mußten Privatbanken ihre Einlagen bei der Zentralbank registrieren lassen, die dann Tätigkeiten wie Kredite und Darlehen kontrollierte); es gab keine Devisenkontrollen mehr; Kredite an kleine und mittlere Industrien wurden gekürzt. Das zweite Ziel wurde erreicht durch mehrere aufeinanderfolgende Abwertungen, was eine massive Verlagerung der Einkommensquellen zugunsten der Exporteure bedeutete - eine rückschrittliche Umverteilung des Einkommens zugunsten der Großgrundbesitzer.

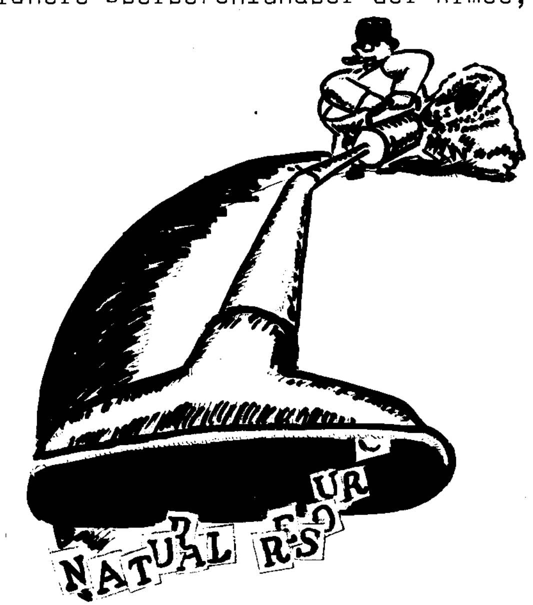
Eine Untersuchung der Einkommensverteilung der Wirtschaftskommission für Lateinamerika der Vereinten Nationen (ECLA) von 1969 zeigt die rückschrittlichen Trends des nachperonistischen Argentinien. Schätzungen wurden für drei Jahre gemacht - 1953 (unter Perón), und 1959 und 1961 (nach Perón). Die ECLA kam zu den folgenden Schlüssen:

"Das Endergebnis war eine ausgedehnte Verschiebung des Einkommens, besonders im Landwirtschaftssektor, und folglich ein höherer Grad von Ungleichheit... Die neuere Verschiebung zugunsten von Profiten und größerer Ungleichheit kann zu einem großen Grad als eine Rückkehr zur Einkommensverteilung vor dem Zweiten Weltkrieg (vor Perón) betrachtet werden." (ECLA, 1969, 10) (1)

Es ist selbstverständlich, daß solche Politik gegen die Interessen der Massen gerichtet war. Unter diesen Umständen konnten die Regierungen, die Perón folgten, die Macht nur durch die Verletzung aller Grundsätze demokratischer Herrschaft behalten. Sie ächteten politische Gegner, brachen Wahlversprechen, machten zweifelhafte Geschäfte und versuchten, so viele Teile der herrschenden Klasse wie möglich zu versorgen, während sie gleichzeitig den Peronisten den Zugang zur Macht versagten. Wenn List und die Manipulation von Wahlkoalitionen es nicht fertigbrachten, den 'peronismo' zu unterdrücken, wurden zivile Regierungen durch Militärputsche gestürzt. Militärregierungen wiederum wurden repressiv und unbeweglich, oder glitten scheinbar, wie 1962, unter eine Herrschaft bewaffneter Parteien ab, bis sie wieder die Macht an neue Zivilregierungen gaben, die das Spiel wieder von neuem begannen.

Die liberale Restauration von 1955 vermochte Argentinien nicht zur pastoralen Friedlichkeit von 1910 zurückzubringen. Stattdessen trat sie, indem sie die Rolle des ausländischen Monopolkapitals in Industrie und Finanzwesen in einem noch nicht dagewesenen Maße vergrößerte, sowohl die Interessen der Großgrundbesitzer als auch der nationalen Unternehmer mit den Füßen und opferte alle Klassen unter ihnen (Braun, 1970; Peralte, 1972; Duejo, 1973).

Das Gegenstück dieses wirtschaftlichen Prozesses in der politischen Sphäre waren extreme Instabilität und Unsicherheit, unvereinbar mit den Zielen langfristigen Wachstums der multinationalen Unternehmen. Es begann daher eine neue Phase mit dem Militärputsch vom 28. Juni 1966, mit dem der frühere Oberbefehlshaber der Armee,



General Juan Carlos Ongania, an die Macht kam. Seitdem hatte das ausländische Monopolkapital, konzentriert in den Filialen großer nordamerikanischer und westeuropäischer multinationaler Gesellschaften, einen entscheidenden

Einfluß auf die Politik des argentinischen Staates.

Der neue Charakter der Abhängigkeit unter diesen multinationalen Gesellschaften hat die Widersprüche in der Gesellschaft drastisch verändert und die sozialen Spannungen aufs äußerste verschärft. Während in der peronistischen Periode die Haupttrennungslinie zwischen dem landbesitzenden Bürgertum und einem nationalistischen Staat verlief, der sich darauf versteift hatte, den im Agrarsektor erwirtschafteten Überschuß zur Finanzierung von industrieller Expansion und sozialer Reformen zu verwenden, stellte das neue Konfliktschema, das sich während der Restauration von 1955-1966 entwickelte und nach dem Putsch von 1966 vollständig hervortrat, das ausländische Monopolkapital den Volksklassen gegenüber, die von seiner Expansion betroffen waren (Laclau, 1970, 5).

Für immer vorbei waren die Tage des äußeren Wachstums, die die Interessen des britischen Imperialismus mit denen des landbesitzenden Bürgertums verbanden. Vorbei waren auch die Spannungen zwischen den Großgrundbesitzern und einem nationalistischen Staat, der eine schwache Unternehmerklasse schützte und die Einkommen zugunsten des Proletariats umverteilte. Eine leichte Importsubstitution war nicht mehr möglich. Autonomes Industriewachstum war abrupt stehengeblieben, da investierbarer Überschuß fehlte. Der Klassenkampf erreichte einen toten Punkt. Riesige multinationale Konzerne zogen ein, um eine vorherrschende Rolle in der ganzen Industrie zu übernehmen, während die Regierung auf nackter Gewalt beruhte. Die Aufgabe, die das Onganía-Regime übernahm, war die Zerstörung der Pattsituation der gesellschaftlichen Kräfte, Widerstand gegen die Flut von Opposition, die von der Zerstörung der alten Ordnung herrührte, die Erneuerung des Wirtschaftssystems mit der Hilfe des großen Monopolkapitals, und dann erst die Lockerung der Fesseln der Gesellschaft. Kurzum, das Ziel war es, eine neue Art der sozialen Integration auf der Basis einer dynamischen industriellen Abhängigkeit zu schaffen. Dies war der große Plan der selbstgezimmerten argentinischen Revolution von 1966. Onganía und die Mannschaft von Technokraten an der Macht kalkulierten jedoch nicht das Risiko einer weiten Öffnung für ausländische Investitionen und einer engen Allianz mit den Vereinigten Staaten ein, einer Politik, die in vielem dem von den brasilianischen Generälen zum selben Zeitpunkt gesteuerten Kurs entsprach. In Argentinien vermochte das ausländische Monopolkapital nicht, eine neue Art sozialer Integration zu schaffen, sondern nur das frühere Gleichgewicht zu zerstören. Am Ende erzeugte es massenhaften Widerstand, schmälerte die soziale Basis des Kapitalismus und verewigte ein Regime politischer Unterdrückung.

Die Antwort des Volkes kam nach drei Jahren, in denen Wohlfahrt, Sicherheit und politische Traditionen mit den Füßen getreten worden waren. Im Mai 1969 erlebte Argentinien die ersten von einer Reihe von städtischen Massenaufständen unter der Führung der Arbeiterklasse im Inneren des Landes. Die Massen eroberten für eine kurze Zeit die Stadt Córdoba in Episoden, die an die Pariser Kommune erinnerten. Andere Städte folgten. Ich werde jetzt die Schritte zurückverfolgen, die zu diesen Episoden führten, und historisch sogar bedeutender sind als die populistischen Bewegungen der vierziger Jahre während der ersten peronistischen Ära.

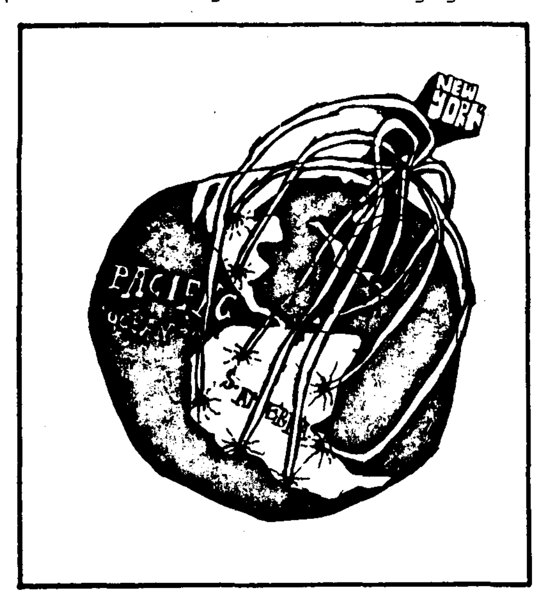
Technokratischer Militarismus und die Krise der Abhängigkeit (1966-1973)

Die folgende Chronik zeichnet die Konturen der verschiedenen Phasen der Militärdiktatur auf, d.h. die Wirtschaftspolitik und die gesellschaftliche Antwort darauf.

Die ersten Handlungen der Militärregierung waren drakonische Säuberungsmaßnahmen. Die Institutionen, die man als Hindernisse für die Wirtschaftspläne des Establishments betrachtete, wurden zerstört. Die Grundstruktur des wirtschaftlichen Status quo wurden gestärkt. Es gab sogar einige rückschrittliche Konzessionen an die Großgrundbesitzer. Die Politik der Regierung konnte eine Anzahl von Institutionen zerstören - politische Parteien, den Obersten Gerichtshof, Provinzregierungen, die Staatsuniversitäten -, die den Kern des bürgerlichen Liberalismus ausmachten. Viele dieser Institutionen blieben irreparabel. Die organisierte Bewegung der Arbeiterklasse und der Allgemeine Arbeiterbund (CGT) wurden in diesem Stadium der Diktatur nicht betroffen. Unter der Kontrolle von A.T. Vandor, Führer der mächtigen Metallgewerkschaft (UOM) und unabhängiger Peronist, nahm die Arbeiterorganisation eine abwartende Haltung ein. Während der ersten Monate des Regimes wurde keine zusammenhängende Wirtschaftspolitik durchgeführt. Es gab lediglich einige Notmaßnahmen, die einige Sektoren der Wirtschaft rationalisieren und die Inflation bremsen sollten. Man versuchte, das Staatsdefizit zu reduzieren, bürokratische Schlamperei zu beenden und öffentliche Dienste effizienter zu machen. Eine isolierte Anstrengung wurde gemacht, um die Wirtschaft einer Randprovinz, Tucumán, zu reorganisieren, allerdings mit katastrophalen Ergebnissen: Massenentlassungen, Hunger, Massenwiderstand. Die Episode war ein Vorspiel von dem, was kommen sollte. Im ersten Jahr nahm das Bruttonationalprodukt um 1 % ab und die

Inflation ging weiter mit einem neuen Rekord von 32 %. Die Beziehungen zwischen der Regierung und den Arbeitern begannen sich zu verschlechtern.

Mit dem Jahr 1967 begann die wirtschaftspolitische Phase des Regimes. Ein neuer Wirtschaftsminister wurde eingesetzt. Dieser Mann war Adalbert Krieger Vasena, Direktor der Nationalen Bleigesellschaft, ein Vorstandsmitglied der ADELA (einer multinationalen Investmentgesellschaft) und der Deltec International Corporation verbunden, ein weiterer Multinationaler, der International Packers Limited (Fleischproduzenten), die wiederum in ihrem Vorstand die Klebergs von Texas King Ranch haben (Daniels, 1970, 10; García Lupo, 1969). Krieger und seine Mannschaft brachten eine sorgfältig geplante Strategie von abhängiger In-



dustrialisierung in Gang, die auf der Ausdehnung ausländischen Monopolkapitals beruhte. Die angewendeten Mittel bestanden aus Einkommens-, Devisen- und Steuerpolitik. Löhne und Gehälter wurden angepaßt und dann eingefroren. Die Sozialversicherungsbeiträge wurden gekürzt. Das Regime machte klar, daß für die Arbeiter harte Zeiten bevorstanden. Harte Maßnahmen wurden auch in der Devisenpolitik getroffen. Das Regime wertete den Peso übermäßig ab, um unter den ausländischen Investoren "das Vertrauen zu vergrößern" - sie konnten jetzt argentinische Fabriken für weniger Dollar kaufen - und um die Zahlungsbilanzsituation zu verbessern.

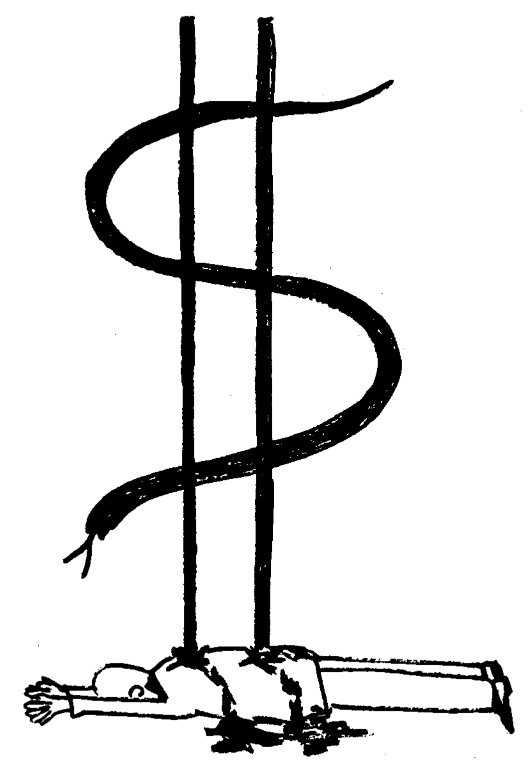
Um die übliche Konsequenz von Abwertungen in Argentinien zu vermeiden - eine Einkommensverschiebung zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeuger -, wurden eine Grundsteuer und Exportkontrollen eingerichtet. Die Steuerpolitik wiederum zielte auf eine Vergrößerung der Effizienz im öffentlichen Sektor. Es gab eine großangelegte Rationalisierung der Eisenbahnen und der Hafenanlagen. Diese und andere Maßnahmen bedeuteten natürlich, daß Arbeitsplätze beseitigt wurden, während die Unternehmensprofite stiegen, und daß der Staat benutzt wurde, um ausländische Investitionen anzuregen. Neben anderen Rationalisierungsmaßnahmen gab es Zollsenkungen, die Beseitigung von Mietkontrollen, ferner neue Landpachtabkommen und eine Änderung der Gesetze über die Kreditgenossenschaften, die das Vermögen der Kleinhändler diesen verfügbar machen sollte. So wurden, gerade als der Lohnstopp die Arbeiterklasse unterdrückte, diese anderen Maßnahmen getroffen, die die wirtschaftliche Basis kleiner und mittelständischer Unternehmen brechen sollte, was einen ziemlich massiven Angriff auf das nationale und Kleinbürgertum darstellte.

Der unpopuläre Charakter dieser Politik war den Behörden sehr bewußt. Sie waren darauf vorbereitet, sich dem Druck aus dem Volke dadurch zu widersetzen, daß sie die Macht bei den Streitkräften konzentrierten. So konnten sie die notwendige soziale Kontrolle für das Einfließen ausländischen Kapitals sicherstellen. Nach den Vorstellungen des herrschenden Establishments würde das Auslandskapital angemessene Beschäftigungsquoten wiederherstellen und neue Mittelklassen aus den verstreuten Resten des einheimischen Bürgertums schaffen. Eine Arbeiter"aristokratie", dachten sie, könnte am Ende ebenso von dieser Entwicklung profitieren. Andererseits machte die Einrichtung der Grundsteuer es klar, daß diesmal das landbesitzende Bürgertum keinen Nutzen aus der Reaktion ziehen würde: es würde sich auch dem Monopolkapital beugen müssen. Kurz gesagt, damit war der argentinische Kapitalismus endgültig zum Satelliten geworden. Argentinien sollte eine industrielle Kolonie werden, in der die Stabilität auf Kosten der Lohnempfänger ginge und Wachstum durch die Kapitalakkumulation in den Händen ausländischer Oligopole und ihrer lokalen Teilhaber stattfände.

Die Ergebnisse waren vorläufig so, daß sie die Leser des Wall Street Journal und der Harvard Business Review beeindrucken konnten: die Inflationsrate fiel von 32 % auf etwa 7 % im Jahre 1969. Das Bruttonationalprodukt schnellte im selben Jahr um 6,6 % empor. Die Situation der Devisenreserven war positiv; das Staatshaushaltsdefizit kleiner; die Löhne fielen. Ausländisches Kapital floß seit 1967 nach Argentinien. Im Gegensatz zum britischen Imperialismus faßte der neue Imperialismus tatsächlich Fuß in der Industrie und beschleunigte damit den Trend, der 1955 begonnen hatte.

Im Zeitraum, der dem Onganía-Regime unmittelbar vorausging, hatten sich die Kapitalinvestitionen der Vereinig-

ten Staaten bereits von 161 Millionen Dollar 1960 auf 617 Millionen Dollar 1965 erhöht. Diese Kapitalbewegung sagt weniger darüber aus, was dem Lande blieb, als darüber, was die USA aus dem Lande herausholten. Die Statistiken enthüllen eine deutliche Diskrepanz zwischen den Wachstumsanzeichen einerseits und der wachsenden Aktivität des ausländischen Monopolkapitals auf der anderen Seite. Zwischen 1960 und 1965 wuchs das Bruttonationalprodukt um durchschnittlich lediglich 2,8 % im Jahr, während die Industrieproduktion bescheidene 4,1 % wuchs. Die Verkäufe von Zweigen der USA-Firmen verbuchten jedoch im selben Zeitraum eine Erhöhung um nicht weniger als 24 % (Laclau, 1970, 7). Dieser Übernahmeprozeß wurde unter dem Onganía-Regime ungemein beschleunigt. Bis 1969 machten US-Investitionen in Argentinien 1,148 Milliarden Dollar aus. Wirtschaftlich kann die-



ser Prozeß als eine massive Entnationalisierung von Kapital beschrieben werden. Gesellschaftlich bedeutete es den Untergang der kleinen und mittelständischen Unternehmer, die Endlösung des Problems des nationalen Bürgertums. Technologisch waren die neuen Investitionen von einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals gekennzeichnet, d.h. ein geringes Verhältnis von Arbeit zum gesamten Kapital (Peralta Ramso, 1972, IV).

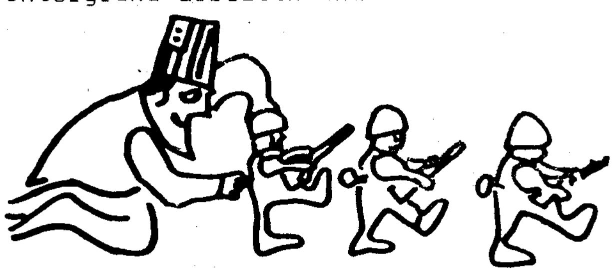
Das Ergebnis war typisch für technologische Abhängigkeit: Die Fähigkeit des industriellen Sektors, Arbeitskräfte zu absorbieren, nahm ab, die Arbeiterklasse, die in großem Maße während der peronistischen Ära integriert war, verelendete und zersplitterte sich. Der Erfolg der Regierungspolitik beruhte auf der Fähigkeit, die Löhne zu drücken, das Proletariat weiter verelenden zu lassen, das nationale Bürgertum zum Ausverkauf zu zwingen, das Kleinbürgertum zu schwächen und auf den Trümmern ein erneuertes Wirtschaftssystem herzustellen, das von den multinationalen Konzernen kontrolliert würde. Da die Fähigkeit der letzteren, annehmbare Beschäftigungsraten in Argentinien zu schaffen, beschränkt ist, war es für das Regime unmöglich, eine Interessenkoalition zu schaffen, die groß genug war, um entweder eine gesellschaftliche Basis für die weitere Ausdehnung des Monopolkapitals oder ein brauchbares politisches Konzept zu schaffen. Wie die Dinge standen, sah die Militärdiktatur eine schnelle Abnahme der Unterstützung und das Wachstum einer furchterregenden Opposition, die die früher verfeindeten Schichten der Gesellschaft verband: eine empörte Mittelklasse, radikale Studenten und ein militantes Proletariat, das durch die Gewerkschaften mobilisiert wurde. Sogar das landbesitzende Bürgertum zeigte Zeichen von Mißfallen an der Politik der Militärtechnokraten. Auf diese Weise bewirkten Militär und das wachsende Monopolkapital ohne ihr Wissen die Einigung von Gruppen, die früher getrennt gehalten worden waren. Die demokratische Mittelklasse, die alte Linke und die Studentenbewegung waren traditionell den proletarischen Massen entfremdet, die ihre politischen Erfahrungen unter dem Banner des Peronismus begonnen hatten. Die Dekade, die dem Peronismus folgte, bereitete den Boden für die Überwindung dieser Spaltungen vor: die nach 1955 verfolgte Politik machte das antiperonistische Kleinbürgertum genauso zum Opfer wie das peronistische Proletariat. Nun brachten Monopolisierung und Entnationalisierung diese Klassen unter der Militärdiktatur von 1966 näher zusammen.

Gerade als das Militärregime dachte, daß es die ersten Früchte seiner Wirtschaftspolitik ernten würde, als die ausländischen Investoren begannen, Vertrauen in eine Diktatur zu haben, die versprach, Argentinien auf Jahre hinaus für Kapital sicher zu machen, brachen größere städtische Aufstände in Córdoba, Rosario und anderen Städten im Inneren des Landes aus. Die argentinische Arbeiterklasse schlug zurück.

Das wichtigste Kennzeichen dieser politischen Massenkämpfe war die Allianz von Arbeitern und Studenten mit den enttäuschten Teilen der Mittelklasse. Etwas völlig neues geschah in Argentinien: die doppelte Reaktion auf wirtschaftliche Not und politische Mißstände.

Verschiedene Umstände können historische Radikalisierung und Zusammenge-

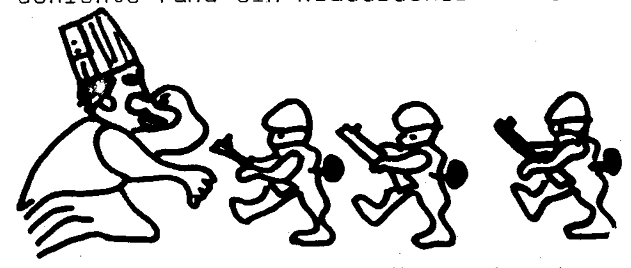
hen von Arbeiterklasse und Mittelschichten erklären. Während der Anfangsperiode der Restauration von 1955 waren die Mittelklassen immer noch Teil - wie 1945 - der Anti-Arbeiterklasse-Koalition; ebenso war es mit der traditionellen Linken. Sozialisten und Kommunisten erhielten einen Teil der Beute nach dem Fall Peróns (meist in Form von Universitäts- und Gewerkschaftsposten), während das Regime ausländisches Kapital begrüßte und selektiven Terror gegen die militanten Peronisten der Arbeiterklasse anwandte. 'Peronistas' mußten oft im Untergrund arbeiten und konnten neues



politisches Bewußtsein und neue Fähigkeiten während jener Jahre erreichen. Auf der anderen Seite unterminierte die rasche Monopolisierung der Industrie die wirtschaftliche Basis des Bürgertums. Das Kleinbürgertum wurde dabei radikalisiert. Zur selben Zeit machten Arbeitslosigkeit und Strafaktionen die Arbeiter militanter. Da die Brot- und Butter-Strategie der Gewerkschaften keine greifbaren Ergebnisse brachte, waren die Arbeiter gezwungen, zu unmittelbareren und politischeren Aktionsformen überzugehen. Sie begannen ein gesteigertes Klassenbewußtsein zu entwickeln, das über "wirtschaftliche" Forderungen hinausreichte. Diese Entwicklung ging besonders schnell in den Städten im Inneren des Landes vor sich, besonders in Córdoba, wo die Industrialisierung nach dem Fall Peróns in den modernen ausländischen Automobilfabriken stattgefunden hatte und wo das Proletariat weniger von früheren Traditionen populistischen Paternalismus behindert war. Das Bürgertum im Inneren des Landes war andererseits schwach, wenig bedeutend und abhängig von Buenos Aires, um die soziale Kontrolle aufrecht erhalten zu können. Die Studenten der Provinzuniversitäten waren in festen Gemeinden konzentriert. Neuere Siedlungsgebiete schafften eine dauernde Vermischung von Studenten, Arbeitern und Kleinbürgertum. Letzteres ärgerte sich über die Politik der Zentralregierung und überhaupt über den internen Kolonialismus, den Buenos Aires ausübte. Diese Lage existierte nicht nur in Córdoba, sondern auch in Rosario, Tucumán, La Plata und Mendoza. Diese Städte und die Arbeiter darin wurden die Vorhut des Massenwiderstands gegen das Regime Ongania.

Die Radikalisierung der Mittelschichten war nicht zu übersehen. Nach dem Sturz von Präsident Illia 1966 hörten sie auf, den traditionellen parlamentarischen Zugang zu Entscheidungen zu suchen. Wirtschaftliche Not, Unterdrükkung durch Militär und Polizei und die Ereignisse im Ausland provozierten die ersten Brüche, und es entstanden danach neue Koalitionen zwischen verschiedenen politischen Gruppen. Sozialisten, Kommunisten, Radikale und Christsoziale begannen, sich früherer Verbindungen zu entfremden, und bewegten sich schließlich auf eine Annäherung an den Peronismus zu.

Neue Kampfformen traten im Mai 1969 während der Volksaufstände im Inneren des Landes auf, die später als 'cordobazo' bekannt werden sollten. Gemäßigte Führer verloren schnell Macht zugunsten mehr politisierter Kader. Junge Arbeiter besetzten ihre Fabriken und gingen auf die Straße, um gegen die Polizei und die Truppen zu kämpfen. Bald vereinigten sich mit ihnen die Studenten, die Erfahrung in Untergrundarbeit aufgrund der Militärbesetzung der Universitäten gewonnen hatten. Studenten schlossen sich mit den Arbeitern an den Barrikaden zusammen und verteidigten militärisch ihre eigenen Stadtviertel in den verschiedenen Städten. Die Mittelschichten traten als Unterstützer hinzu. Zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte fand ein klassischer Volks-



aufstand statt, der die Kraft des städtischen Proletariats mit den Mittelschichten, den Studenten und sogar großen Teilen des Klerus verband. Die Regierung mußte die Städte mit Panzerkolonnen und Luftunterstützung wiedergewinnen. Nur die Einheit der Armee und der spontane Charakter der Revolte verhinderten, daß sie zum revolutionären Sturz der Macht wurde. Aufgrund dieser Ereignisse wuchs ein neues Gefühl für Macht: der Glaube, daß der organisierte Aufstand der Massen den Staatsapparat besiegen kann. Die Ereignisse von 1969 stellten das Veto des Volkes gegen die politische Offensive des Monopolkapitals dar.

Danach verschlechterte sich die Stellung von Onganias Regierung. Bald sah es sich unter Druck gesetzt von der liberal-oligarchen Opposition auf der einen, und militanten Generalstreiks und Guerilla-Aktionen auf der anderen Seite. Besondere bewaffnete Organisationen bildeten sich innerhalb und außerhalb der peronistischen Bewegung: ERP (Revolutionäre Volksarmee), FAR (Revolutionäre Armee), FAP (Peronistische Armee) und die Montoneros (der Name bezieht sich auf die Gaucho-

Guerillas des 19. Jahrhunderts). Ihre Aktionen waren oft erfolgreich und spektakulär. Das Regime schlug heftig zurück. Gewaltaktionen wurden fast chronisch. Eine Welle politischer Morde rollte über das Land. Der Gewerkschaftsführer Vandor wurde im Büro der Metallarbeitergewerkschaft niedergeschossen. Der frühere Militärpräsident Aramburu, Führer der Restauration von 1955, wurde entführt und getötet. Diese Ereignisse verursachten einen weiteren Putsch durch den liberalen Teil der Armee. General Onganía wurde von einer Militärjunta der Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen gestürzt, die dann im Juni 1970 einen farblosen General - Roberto M. Levingston - als Präsidenten installierten.

Die neuen Militärmachthaber versuchten, für eine kurze Zeit die ausgeplünderte Wirtschaft zu "renationalisieren", während das Vertrauen des ausländischen Kapitals in Argentinien erschüttert war. Der Prozeß der Isolierung der Diktatur war jedoch nicht mehr umzukehren. Stadtguerilla-Aktionen, studentische Agitation und Streiks schufen eine andauernde politische Krise. Die Militärs wurden gezwungen, ihre Pläne zu ändern. Sie richteten ihre Anstrengungen nun darauf, das Pulverfaß der Opposition zu entschärfen. Eine neue Welle von Aufständen 1971 veranlaßte sie, eine politische Lösung der Krise zu versuchen: Levingston wurde vom Oberbefehlshaber der Armee, General Alejandro A. Lanusse, ersetzt, der versuchte, Bedingungen zu schaffen, unter denen Neuwahlen eine Zivilregierung an die Macht bringen würde, die fähig wäre, dem Status quo einen Anschein von Legitimität zu verleihen. Zum ersten Mal seit 1955 mußten die oligarchisch-liberalen Kräfte, die von Lanusse repräsentiert wurden, ein System von Allianzen mit dem Peronismus etablieren, in der Hoffnung, die soziale Basis des Regimes zu verbreitern und es dem abhängigen Kapitalismus zu erlauben, mit einer gewissen öffentlichen Zustimmung zu wachsen. Aus dieser Situation heraus ergab sich allmählich die Entscheidung, Wahlen abzuhalten, in denen eine von den Peronisten geführte Koalition, FREJULI (Justizialistische Befreiungsfront), den Präsidentensitz gewann. Kurz nachdem er ins Amt gekommen war, trat der neugewählte Präsident Cámpora zurück, und Perón selbst, der nach Argentinien nach 18 Exiljahren zurückgekehrt war, gewann in neuen Wahlen mit einer überwältigenden Mehrheit.

Politischer Niedergang, massenhafte Gewaltanwendung, das Hervortreten neuer politischer Eliten sind alles Kennzeichen der argentinischen Gesellschaft seit 1969. Diese Phänomene für sich rechtfertigen nicht die Vorhersage eines erfolgreichen Sturzes des bestehenden Staatsapparates und noch weniger die Etablierung einer alternativen Staatsmacht. Sie sind jedoch unübersehbare Zeichen eines radikalen Umbruchs. Keine Darstellung des heutigen Argentinien kann sie auslassen, denn sie sind alle Bestandteile moderner Revolutionen. Die städtische Arbeiterklasse hat eine entscheidende Rolle beim Untergraben der Fundamente eines modernen technokratischen Regimes gespielt; sie hat große Massen der Bevölkerung gegen Militärherrschaft und ausländische Kontrolle der Wirtschaft vereinigt.

Die Ereignisse der letzten Jahre legen den Schluß nahe, daß reaktionäre Lösungen, die bei einer Wirtschaftsplanung unter Bedingungen wirtschaftlicher Abhängigkeit stattfinden müssen, zwangsläufig ihren eigenen Rückschlag mit sich bringen. Dieser Rückschlag kann unter bestimmten Bedingungen den Staatsapparat zerbrechen und Institutionen des Volkes an die Macht bringen. Dieses Ereignis könnte die Tür zum Sozialismus öffnen, eine Möglichkeit, die das obere Bürgertum und das Militär nicht aus den Augen verloren haben. Die offizielle Antwort der Gruppen des Establishment hatte zwei Spitzen: politische Konzessionen in der Hoffnung, die aufgestauten Nöte der Bevölkerung, die jetzt zum Peronismus neigt, teilweise zu lindern, und systematischer Terror gegen die, die auf den Kurs revolutionärer Untergrundarbeit gegangen sind. Somit hat Argentinien jetzt entweder eine neue Reaktion in Aussicht (das Militär könnte versucht sein, die Macht wiederzugewinnen oder der Peronismus eine scharfe Wendung nach Rechts machen) oder eine Peronistische Reform (bei weitem noch weniger ausführbar als sie es in den vierziger und frühen fünfziger Jahren war) oder, in weiterer Zukunft, eine Revolution.

Folgerung

Aus der bisherigen Erörterung ergeben sich die folgenden Thesen:

(1) Eine Untersuchung der argentinischen Wirtschaft und Gesellschaft seit dem Sturz Peróns 1955 scheint ein Hauptargument der Theorie der Abhängigkeit zu bestätigen, nämlich, daß dieselben Kräfte, die einen Trend zur Stagnation in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern schaffen, in frühen Phasen der Industrialisierung der unterentwickelten Länder auftreten und späteres Wachstum blockieren. Gleichzeitig gibt es die Mittel, durch die fortgeschrittene kapitalistische Länder dem Hang zur Stagnation entgegenzuwirken vermögen, in weniger entwickelten Ländern nicht (Merhav, 1969; Braun, 1970).

(2) Das Hauptkennzeichen heutiger Abhängigkeit besteht aus dem Übertragen fortgeschrittener Technologie auf eine weniger entwickelte Wirtschaft,

die unfähig ist, eine solche Technologie selbst zu entwickeln. Die Ungleichheit zwischen den Erfordernissen der eingeführten Technologie und den wirtschaftlichen Bedingungen der Gastländer schafft eine Industriestruktur, die von ausländischen Monopolen beherrscht wird.

(3) Die Arbeit ausländischen Monopolkapitals kann weder annehmbare Raten gleichförmigen Wachstums produzieren noch das abhängige Regime mit einem hinreichenden Grad politischer Legitimität versehen. In einem Land wie Argentinien, das ausgedehnte Reformen vor dem Eindringen multinationaler Firmen gekannt hat, ist die neue technologische Abhängigkeit nicht in der Lage, vorher bestehende Niveaus von sozialer Integration zu erhalten oder davon neue Formen zu produzieren. Die Folge sind größere soziale Konflikte und politische Instabilität. Das Durchsetzen der neuen Abhängigkeit durch das Militärregime ist gesellschaftlich rückschrittlich.

(4) Weder Reform noch Reaktion haben es in der Geschichte Argentiniens geschafft, den Hang zu wirtschaftlicher Stagnation zu beenden. Der Peronismus wirkt jedoch als Repräsentant der Reform weitaus mehr integrierend und legitim als seine getesteten und gescheiterten Alternativen. Eine Rückkehr zu den äußeren und inneren Bedingungen, die das erste peronistische Experiment möglich machten, ist höchst unwahrscheinlich, da Argentinien seit langem aus der Phase der Akkumulation in jener Zeit heraus ist. Die Rückkehr zum Peronismus könnte deshalb entweder auf eine relative Stabilisierung der Stagnation unter den Bedingungen ausgehandelter Abhängigkeit oder, als Alternative, auf eine Übergangsphase hinauslaufen, die zu einem radikaleren Wandel führt.

(5) Alle Möglichkeiten, die bis jetzt vorgestellt wurden, sind außerordentlich vage und machen eine verläßliche Voraussage unmöglich. Für die unmittelbare Zukunft scheint es jedoch klar, daß Argentinien Kontrollen über ausländische Monopole einführen wird, besonders über nordamerikanisches Kapital. Es wird eine nähere Verbindung mit anderen Lateinamerikanischen Nationen suchen (möglicherweise der Anden-Gruppe), seinen kontinentalen Gegensatz zu Brasilien vertiefen, Verbindungen zu Kuba wieder eröffnen und überhaupt eine flexiblere Innen- und Außenpolitik entwickeln.

Aus der Perspektive der Massen ist der Peronismus ein Stadium im Vorgang der gesellschaftlichen und nationalen Befreiung; aus der Perspektive des Establishment ist er das letzte Bollwerk der Verteidigung gegen die Revolution. Innerhalb dieser Vielklassenbewegung werden auch in Zukunft Konflikte ausbrechen.

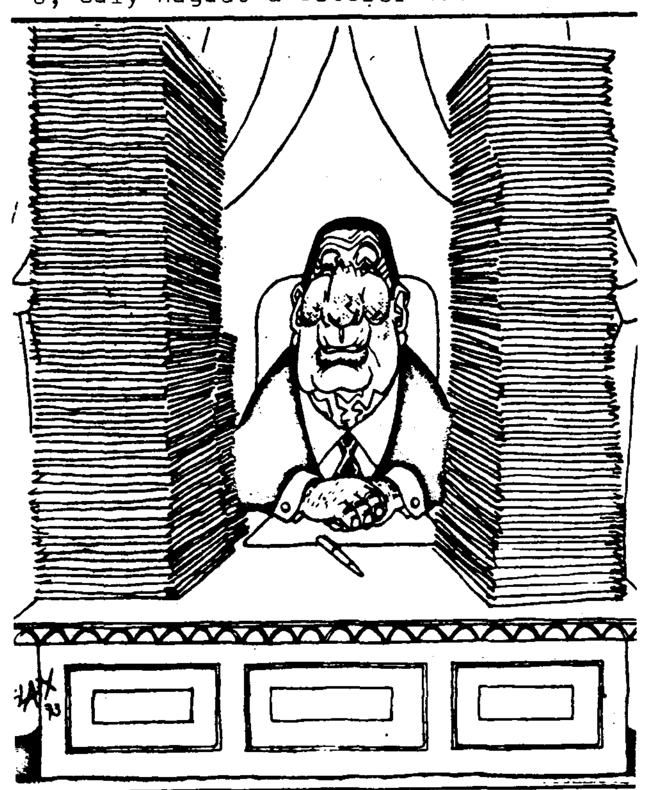
Anmerkungen

1) Bibliographische Hinweise werden in abgekürzter Form im Text gegeben: Autor, Jahr des Erscheinens und Seitenzahl; volle Angaben befinden sich in den Hinweisen am Ende des Artikels.

Literaturverzeichnis

Braun, Oscar: Desarrollo del capital monopolista en Argentina, Buenos Aires 1970

Daniels, Ed.: "From Mercatilism to Imperialism: The Argentine Case", NACLA Newsletter, Vol. IV, Nos. 4 & 6, July-August & October 1970



PERON: Ich werde es schaffen - Nur keine Eile - Alles zu seiner Zeit und harmonisch

Dujo, Gerado: El capital monopolista y las contradicciones secundarias en la sociedad argentina, Buenos Aires 1973

ECLA, Economic Development and Income Distribution in Argentina, New York 1969

García Lupo, Rogelio: Contra la ocupación extranjera, Buenos Aires 1972

Laclau, Ernesto: "Argentina. Imperialist Strategy and the May Crisis", New Left Review, July-August 1970, 62

Merhave, Meir: Technological Dependence, Monopoly and Growth, London 1969

Peralto Ramos, Mónica: Etapas de acumulación y alianzas de clases en Argentina (1960-1970), Buenos Aires 1972

WAFFENLIEFERUNGEN

WAFFEN UND WIDERSPRÜCHE

Folgender Artikel stammt von AKAFRIK Bielefeld. Er wurde von der Redaktion aktualisiert und erweitert.

WAFFEN UND WIDERSPRÜCHE

Die Bundesregierung und das Geschäft mit dem Kolonialkrieg

"Ich habe in zwei Wahlkämpfen darauf gehofft und dafür gekämpft, daß Willy Brandt Bundeskanzler wird und muß jetzt feststellen, daß derselbe Mann, der lange Jahre seines Lebens gegen Kriegsverbrecher gekämpft hat, heute selbst zum Kriegsverbrecher geworden ist."

Das sagte ein bekannter deutscher Professor - der Afrikaforscher Christian Sigrist - am 31. Mai vergangenen Jahres auf einer Podiumsdiskussion über die deutsche Unterstützung für die portugiesischen Kolonialkriege in Münster. Und SPD-MdB Walkhoff, der ebenfalls auf dem Podium saß, wußte dem nicht mehr entgegenzuhalten als: "In diesem System muß jeder zum Kriegsverbrecher werden!" Welch eine Situation ist das, in der sich sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete solch unerhörte Vorwürfe gegen ihren Kanzler gefallen lassen müssen?

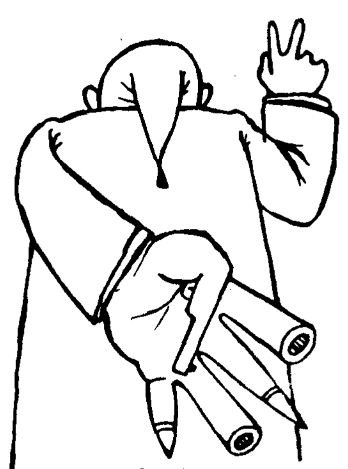
Kurz und gut: es ist die Situation der deutschen Außenpolitik, genauer: der deutschen Afrikapolitik.

Die Situation, vor der wir hier stehen, ist schlichtweg folgende:
Seit mehr als einem Jahrzehnt führt Portugal einen brutalen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in seinen afrikanischen "Überseeprovinzen" (so nennt Portugal im offiziellen Sprachgebrauch seine drei Kolonien, als ob Mozambique, Angola und Guinea-Bissau genauso portugiesische Landesteile wären wie die Provinz Algarve).

Das portugiesische Regime kämpft gegen einen Aufstand, in dem die Bevölkerung auf der Seite der Befreiungsbewegungen steht.

Daß das so ist, hat inzwischen selbst ein Mitglied der portugiesischen Regierung zugegeben:
General de Spinola, der stellvertretender portugiesischer Verteidigungsminister und bis Ende 1973 Gouverneur und Oberkommandierender der Kolonie Guinea-Bissau war - ein Mann also, der es besser wissen muß als jeder andere.

Spinola schreibt in seinem soeben erschienenen Buch ("Portugal und die Zukunft"), daß in einem Krieg dieser Art ein militärischer Sieg nicht möglich sei. Es bedürfe unbegrenzter Geldmittel, um einen Krieg militärisch zu gewinnen, in dem die Befreiungsbewegung vom Volk unterstützt werde. (Zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 26.2.74). Soweit General de Spinola, dessen Kompetenz zumindest in diesem Punkt wohl weder in Portugal noch hier in der BRD irgendjemand ernsthaft in Zweifel ziehen wird.



berliner extradienst

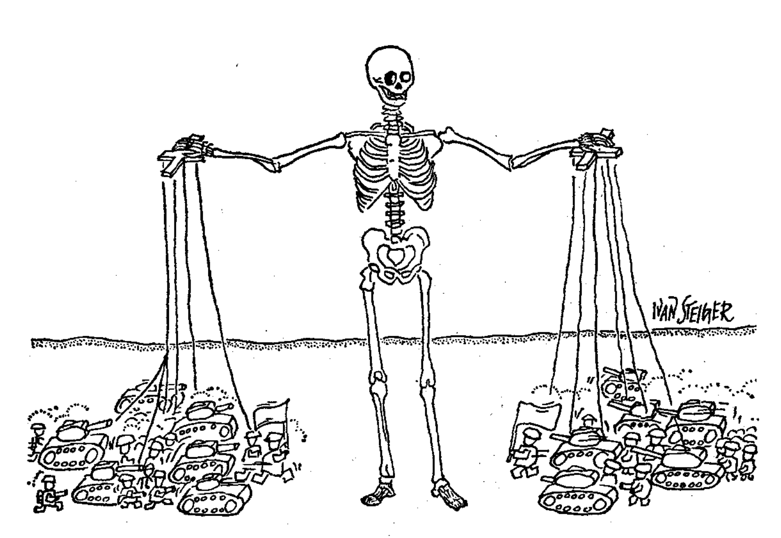
Hier erhebt sich die Frage, wieso Portugal als ärmstes Land Europas in den 13 Jahren zuvor 200 000 Mann in Afrika unter Waffen halten und seit 1965 mehr als die Hälfte seines Staatshaushalts für die Streitkräfte ausgeben konnte. Das Geheimnis liegt in den großzügigen ausländischen Anleihen, vor allem aus den USA und der Bundesrepublik Deutschland.

Staatspräsident Caetano erklärte 1968: "Die überseeischen militärischen Anstrengungen wurden und werden weiterhin aus eigenen Mitteln des Landes finanziert, die vorher zu einem großen Teil zur Deckung der Ausgaben für die Entwicklung des Landes verwendet worden waren. Nun müssen wir einen großen Teil dieser Ausgaben mit Anleihen decken." (Zitiert nach: Financial Times, 28.11.68)

Ich glaube, wir müssen dem UNO-Bericht von 1969 (19. März, A/AC 109/ L 538) recht geben, der zu dem Schluß kommt, daß daher die ausländischen Anleihen in Wirklichkeit dazu dienen, die portugiesischen Rüstungsausgaben zu finanzieren.

Portugal erhielt 1961 - als der Krieg in seinen Kolonien bereits begonnen hatte - von der Bundesrepublik eine großzügige Anleihe von 40 Mio. Dollar (!), 1962 in Höhe von 35 Mio. Dollar und wiederum im folgenden Jahr in Höhe von 15 Mio. Dollar. Außerdem war die Bundesrepublik neben den USA das einzige Land, das Portugal gratis Militärhilfe leistete: durchschnittlich 10 Mio. DM jährlich.

Die finanzielle Hilfe für das faschistische Regime Portugals (das während des letzten Wahlkampfes im Herbst 1973 jede Diskussion über die Berechtigung seines Kolonialkriegs durch gesetzliche Verordnung verbot) ist die eine Seite, die Waffenlieferungen sind die andere: insgesamt wurden in der Vergangenheit nach Aussage des Bonner Verteidigungsausschusses etwa 200 Militärflugzeuge von der Bundesrepublik an Portugal geliefert, neben anderem Kriegsgerät wie Raketen, Kanonen, MG-Rohre und Marinefahrzeuge, darunter die drei größten Kriegsschiffe, die in Westdeutschland nach dem Krieg gebaut wurden: drei Fregatten der 1200 t-Klasse, die 1970/71 von der Hamburger Werft Blohm & Voss ausgeliefert wurden. (Genauere Angaben über die Waffenlieferungen der BRD an Portugal enthält unter anderem das rororo-Bändchen von Prof. Dr. Ulrich Albrecht und Birgit Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Reinbek 1972.)



Süddeutsche Zeitung, 13.4.73

Auf dem Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau & Mozambique" im Januar 1973 wurde die Bundesregierung gefragt, ob es stimmt, daß zur Zeit 3 Kriegsschiffe für Portugal auf der Werft Abeking und Rassmussen in Bremen gebaut werden. Eine Antwort wurde nie gegeben. Allerdings steht in den "Wehrpolitischen Informationen" vom 31.1.74 die Meldung, daß insgesamt 6 Fregatten an Portugal ausgeliefert wurden. Diese Zahl wurde auf telephonische Nachfrage von der Redaktion bestätigt. Da außer den bei Blohm & Voss gebauten 3 Schiffen keine weiteren Lieferungen bekannt sind, müssen die Ende 1973 ausgelieferten Schiffe von der Bremer Werft Abeking & Rassmussen sein.

Demgegenüber behauptete das Wirtschaftsministerium in einer Antwort auf eine Anfrage 5 Tage später, es seien überhaupt keine Fregatten geliefert worden.

Hier kommen wir genau an den Punkt zurück, an dem ich mit dem Zitat von Prof. Sigrist begonnen habe: Hier wird schlicht und einfach über Sachverhalte hinweggetäuscht, die in ihrer Realität solche Anklagen wie die Prof. Sigrists in jeder Beziehung rechtfertigen. Ich werde dies im folgenden anhand von drei Beispielen beweisen und damit mindestens drei Fälle sicherstellen, in denen die Bundesregierung offen Parlament, Presse und Öffentlichkeit belogen hat - belogen hat über die Tatsache, daß sie bisher und weiterhin Waffenhilfe an den portugiesischen Faschismus leistet. (Zu der Angelegenheit mit den Fregatten will ich hier nur auf die halbamtliche portugiesische Tageszeitung "Diario de Noticias" vom 8. Mai und vom 19. Sept. 1971 sowie auf die südafrikanische Zeitung "The Star" vom 19. Sept. 1970 verweisen.)

<u>Die 1. Lüge:</u>

Anfang 1971 erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes: "Als eindeutig falsch wird die Behauptung bezeichnet, Portugal habe auch Jagdbomber erhalten." Das Kuriose an dieser Lüge bestand darin, daß die Bundesregierung 1971 bestritt, was sie bereits 1965 - unter CDU-Führung - zugegeben hatte: "Die Bundesregierung hat an Portugal 40 überzählige Flugzeuge des Typs Fiat G-91 verkauft!"

Wer dieses Paradestück regierungsamtlicher Informationspolitik anhand der offiziellen Quellen nachprüfen will, findet im Buch von Prof. Ulrich Albrecht: "Politik und Waffengeschäfte", Hanser Verlag, München 1972, S. 20, alles, was er braucht. Dort findet er übrigens ebenfalls die Äußerung von Staatssekretär Moersch zitiert (S.66), der im Januar 1971 gar weismachen wollte, es gebe überhaupt keine Waffenlieferungen an Portugal: "Mit Ausnahme der Türkei, die im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe geringe Mengen von Waffen erhält, liefert die Bundesrepublik an keinen Staat Waffen."

Desgleichen behauptet das Auswärtige Amt in einer Verlautbarung des gleichen Monats, im Jahre 1970 seien "praktisch keine Waffen mehr" nach Portugal gelangt.
Dumm nur, daß in genau der gleichen Verlautbarung an anderer Stelle die 30 Do-27-Kampfflugzeuge erwähnt wer-

den, die man im Herbst 1970 an Portugal lieferte - und das, obwohl die Portugiesen nach Information der Zeitschrift "Wehrdienst" (Nr. 289 vom 9. 1.1970) nur 25 haben wollten. Obwohl das nun mehr als eine Lüge ist und die Widersprüche, in die sich die Bundesregierung verwickelt, nur so purzeln, möchte ich das einmal als nur eine Lüge gelten lassen, nämlich die Lüge, man habe in der Vergangenheit - und sei es auch nur im Jahre 1970 - keine Waffen an Portugal geliefert.

<u>Lüge Nr. 2</u>
wurde von verschiedener Seite formuliert - z.B. von Willy Brandt anläßlich der "Woche der Brüderlichkeit" in Köln am 21. März 1971: Dort erklärte er in einer Rede: "Lassen Sie mich, da immer wieder anderes behauptet wird, hinzufügen: Wir liefern keine Waffen an Südafrika. Lieferungen an Portugal sind an die Voraussetzungen gebunden, daß die Waffen nicht in Afrika verwendet werden."

Was hier behauptet wird, ist: daß die Bundesregierung nichts von der Verwendung der Waffen in den Kolonien weiß.

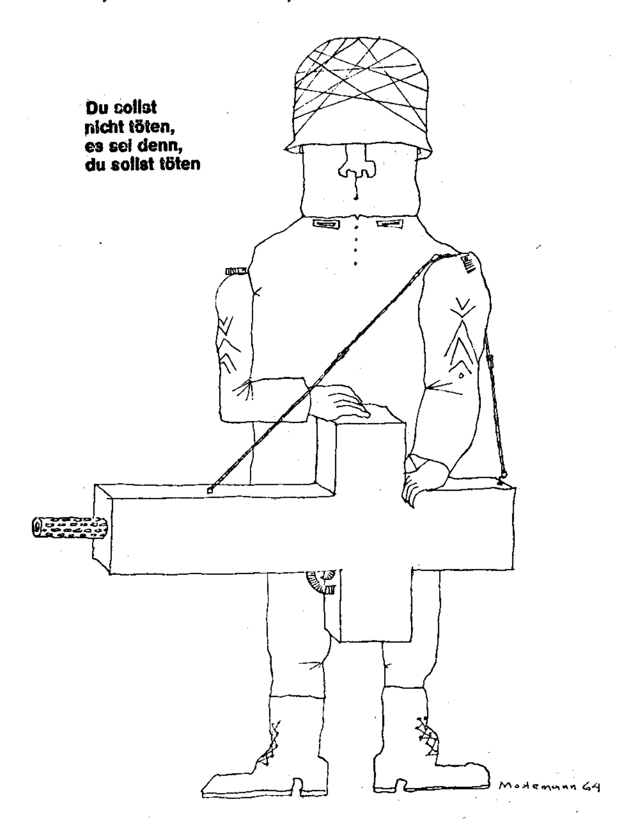
Dazu kann man eigentlich nur sagen: offensichtlich liest die Bundesregierung keine Zeitung und ebenso offensichtlich sieht sie auch kein Fernsehen. Tatsächlich wurde in deutschen überregionalen Zeitungen mehrfach vom Einsatz westdeutscher Waffen in den Kolonien berichtet.
Selbst Springers "Welt am Sonntag" brachte am 28.1.1973 den Augenzeugenbericht des Journalisten Siegmar Schelling und die Süddeutsche Zeitung berichtete am 31.3.1973 über ein portugiesisches Militärkommunique, das den Abschuß von Fiat G-91 über Guinea-Bissau bekannt gibt. Die Liste läßt sich beliebig fortsetzen. Augenzeuge Günter Peus vom ZDF berichtete davon in seiner Fernsehsendung am 12.11.73 und Jochen Waldmann von der ARD am 5.12.73. Reinhard Biermann und Ursula Pauli von der ARD haben in Mozambique eine abgeschossene Fiat G-91 gefilmt (ARD am 5.8.73). Gil Fernandez von der PAIGC legte am 4.5.73 auf einer Pressekonferenz in Bonn Teile einer über Guinea-Bissau abgeschossenen Fiat G-91 vor.

Selbst die offiziöse Lissaboner Zeitung "Diario de Noticias" berichtete am 29.6.1971 von der Stationierung von Fiat G-91 Düsenbombern in Mozambique.

Wenn ich dies hier erwähne, so nicht um damit Willy Brandt als Lügner zu entlarven - das kann ich deshalb nicht, weil die von mir genannten Beweise erst nach Brandts Rede in Köln veröffentlicht wurden.

Wenn ich das trotzdem tue, so deshalb, weil die Bundesregierung auch heute noch die gleiche Lüge benutzt und das, obwohl sie selbst bereits mehr als einmal die Wahrheit zugegeben hat.

So berichtete der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums Armin Halle von mit Waffen bestückten Do-27-Flugzeugen in Angola (Frankfurter Rundschau, 28.10.1971).



Im Januar 1971 - zwei Monate vor Brandts Rede in Köln, auf der er behauptete: "Lieferungen an Portugal sind an die Voraussetzungen gebunden, daß die Waffen nicht in Afrika verwendet werden." - gab das Auswärtige Amt in einem Schreiben an den Rat der Evangelischen Kirche zu, von der Verwendung der Jagdbomber in Afrika Kenntnis zu haben: "Nach dem Bekanntwerden des Einsatzes einiger G-91 in Mozambik wurden weitere Verkäufe von Kampfflugzeugen nicht mehr genehmigt."

Während also im ersten Halbsatz die Lüge zugegeben wird, die Brandt zwei Monate später in Köln wiederholt, wird im zweiten Halbsatz bereits die nächste Lüge formuliert - die nämlich, daß man in Zukunft keine weiteren Verkäufe genehmigen würde.

Doch bevor wir uns auch der noch zuwenden, sei auf das phänomenale Gedächtnis von Staatssekretär Moersch aufmerksam gemacht.

Derselbe Moersch, der Januar 1971 behauptet hatte, es würden gar keine Waffen an Portugal geliefert, bestätigt am 21.1.1972 auf Anfrage von MdB Walkhoff den Einsatz von westdeutschen Noratlas-Militärtransportern in den portugiesischen Kolonien.

Was er also zugibt ist, daß die deutschen Waffen offenbar in den Kolonien angewendet werden.

Was er nicht zugibt ist lediglich, daß sie geliefert worden sind.

Nimmt man beide Äußerungen von Moersch ernst, dann ergibt sich mit zwingender Logik die Konsequenz: Die Portugiesen kämpfen in ihren Kolonien mit nicht gelieferten Waffen.



1

Noch verwirrender wird die Sache allerdings, wenn man hört, was Moersch Anfang dieses Jahres vorträgt als Antwort der Bundesregierung auf die erneute kleine Anfrage von 38 SPD-FDP-Parlamentariern (siehe Bundestagsdrucksache 7/166O vom 7.2.1974): Hier erzählt Moersch nämlich wieder das genaue Gegenteil: es gebe "keine Beweise" für die Verwendung der gelieferten Waffen in den Kolonien.

Damit wird die schizophrene Haltung ihres Staatssekretärs zum Kristallisationspunkt und zum Symbol für das Verhalten der Bundesregierung insgesamt:

Nachdem die Bundesregierung mindestens dreimal in der Vergangenheit zugegeben hat, von der Verwendung der Waffen zu wissen (durch Staatssekretär Armin Halle im Brief an den Rat der Evangelischen Kirche und durch Staatssekretär Moersch), setzt sie sich nun über


2

alle inzwischen angesammelten Beweise und Augenzeugenberichte hinweg, wobei nur noch der Schluß übrig bleibt, erstens, daß die Bundesregierung ihre eigenen Aussagen nicht kennt und zweitens, Staatssekretär Moersch nicht weiß, was er redet.

Das wird noch deutlicher, als es bis jetzt sowieso schon ist, wenn man hört, was Moersch im Auftrag der Bundesregierung noch auf die oben erwähnte Anfrage der 38 Parlamentarier zu antworten weiß: Im Namen der Regierung behauptet er nämlich: "die Endverbleibsklausel in ihrer verbesserten Form" sei eine ausreichende Sicherung vor dem Einsatz der Lieferungen im Kolonialkrieg. Auf die Frage der Parlamentarier, wie denn die Kontrolle der Endverbleibsklausel aussehe, erklärte Moersch: die Kontrolle dieses "Endverbleibs" sei "international weder üblich noch möglich".

Dazu ist noch folgende Anmerkung zu machen: die Bundesregierung verzichtet auf jegliche Kontrolle der Waffenlieferungen nach Portugal. Um auch


3

private Waffenlieferungen in andere Länder durch den Staat kontrollieren zu können, müssen sämtliche Waffenexporte über das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt laufen. Wie sich aber am Beispiel der Munitionsfabrik "Explosivos da Trafaria" zeigt, scheint die Bundesregierung dieses Amt im Fall Portugal auszuschalten und damit die theoretische Möglichkeit der Kontrolle.

Aber wie gesagt, die "Endverbleibsklausel in ihrer verbesserten Form" stellt eine "ausreichende Sicherung" für unsere Bundesregierung dar.

- Daß Portugal ein faschistisches Land ist, dessen Regierungsvertreter mehrfach erklärt haben, daß sie die Kolonien zum NATO-Bereich zählen (so das portugiesische Außenministerium 1966: "Das portugiesische Territorium erstreckt sich auch auf Afrika - Angola, Mosambik und Portugiesisch-Guinea." (Zitiert nach: Stellungnahme der Vereinigung deutscher Wissenschaftler zum Cabora Bassa-Projekt, S. 6);


4

- daß der portugiesische Außenminister Nogueiro am 8. Mai 1961 auf der NATO-Ministerratstagung in Oslo erklärte, daß Portugal das Recht habe, durch die NATO ausgerüstete Truppen nach Angola zu senden;

- all das scheint die Bundesregierung nicht weiter zu beunruhigen im festen Glauben an die "Endverbleibsklausel in ihrer verbesserten Form", deren Kontrolle "weder üblich noch möglich ist".

Soweit alles ganz schön, aber was ist, wenn Portugal der NATO nur solche Einheiten unterstellt hat, die die gelieferten Waffen gar nicht verwenden können und schon gar nicht in der von der BRD gelieferten Menge?

Denn: "Der NATO ist nur eine einzige Seeaufklärungsstaffel unterstellt, die mit 12 Langstreckenaufklärern des Weltkrieg-II-Typs Lokheed SP2-Neptune vom Stützpunkt Montijo operiert." (U. Albrecht/B. Sommer, S. 33).

Aber sicher wird auch hier die "Endverbleibsklausel in ihrer verbesserten Form" abhelfen.
Nachdem nun nur noch die Schlußfolgerung bleibt, daß die Bundesregierung offenbar gar nicht weiß, wie hoch oder besser: wie gering der NATO-Beitrag Portugals ist, sei noch darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in der oben erwähnten Antwort auf die Anfrage der 38 Parlamentarier Anfang 1973 offen zugibt, daß weiterhin Waffen geliefert werden. Sie reagiert nämlich auf die Frage, ob man bereit sei, die Waffenlieferungen einzustellen, wenn die Kontrolle des Endverbleibs nicht gesichert sei, mit der Antwort: "Diese Frage stellt sich im vorliegenden Falle nicht." und verweist auf ihre Antwort auf die vorangegangene Frage, ob es Beweise für den Einsatz der Waffen in den Kolonien gebe. Damit erklärt sie also klar und deutlich, daß sie auch in Zukunft Waffen an Portugal zu liefern gedenkt.

Die Widersprüche, in die sich hier die Bundesregierung im Verhältnis zu früheren Aussagen verwickelt - und insbesondere Staatssekretär Moersch, der ja Januar 1971 davon geredet hatte, daß außer an die Türkei an keinen Staat Waffen geliefert würden -, diese Widersprüche nehmen hier solche krassen Ausmaße an, daß man ganze Leitartikel allein über die Widersprüche schreiben könnte, die allein bei einzelnen Aussagen der Bundesregierung auftreten und die ihre Worte selbst permanent Lügen strafen.

So stehen die im Januar dieses Jahres gemachten Aussagen in direktem Widerspruch zu früheren Aussagen, man liefere keine Waffen mehr an Portugal, womit wir bei der dritten Lüge angelangt sind:

Willy Brandt erklärte in seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 26. Sept. 1973: "Lassen Sie mich für die Bundesrepublik Deutschland sagen: Wir werden die Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Liquidierung anachronistischen Rest-Kolonismus unterstützen. Dies gilt nicht zuletzt für den uns benachbarten afrikanischen Kontinent."

Laut Frankfurter Rundschau (27.7.1973) behauptete die Bundesregierung am 26. Juli 1973, "seit zwei Jahren" seien "keine Waffen mehr" an Portugal geliefert worden.

Wieweit diese und die Aussage Brandts vor der UNO Lügen sind, mag der Leser selbst entscheiden. Was bewiesen werden konnte ist:

1. daß die Bundesregierung die Lizenz für den Bau der oben erwähnten Fregatten an Portugal vergeben hat (laut "Diario de Noticias", 5.4. 1973);
2. daß die Firma Messerschmidt, die zu 90 % mit staatlichen Mitteln arbeitet, den Portugiesen beim Aufbau ihrer ersten Flugzeugfabrik mit finanzieller und technischer Unterstützung hilft (Neue Zürcher Zeitung, 28.8.1973);
3. daß die Bundesregierung bewußt versucht, die Öffentlichkeit über die BRD-Beteiligung an der Munitionsfabrik "Explosivas da Trafaria" in Portugal zu täuschen.

Wir wollen diesen neuesten Fall ausführlicher darlegen.

Am 21.7.1973 nannte das AGM-Komitee Bonn auf einer Pressekonferenz den Namen der portugiesischen Munitionsfabrik "Trafaria", die unter BRD-Beteiligung aufgebaut wird.
Eine Kölner Firma - inzwischen ist bekannt, daß es sich um die Firma Josef Meissner, Köln, handelt - erhielt am 29. März 1972 die Genehmigung für die Lieferung von Munitions-Füllanlagen zur Herstellung von 500 kg TNT-Bomben, 81 mm Mörsergranaten und 105 mm Geschossen.
Das Verteidigungsministerium dementierte am 26.7.1973 auf Anfrage der Frankfurter Rundschau. Am 7.12.1973 antwortete das Auswärtige Amt auf Anfrage im Parlament: "Hinweise, denen zufolge in Portugal Anlagen zur Munitionsherstellung mit genehmigungspflichtigen Ausrüstungslieferungen von Firmen aus der BRD errichtet wurden, bzw. werden, treffen nach Kenntnis der Bundesregierung nicht zu..."
Obwohl dem Auswärtigen Amt spätestens durch einen Brief des AGM-Komitees vom 30.8.1973 der Sachverhalt endlich hätte bekannt sein müssen, brauchte es einer Klage beim Bundespräsidenten, um am 7.1.1974 ein neues Dementi (besser: eine neue Lüge) durch das AA zu hören.
Daraufhin gab Dr. Wolff Geisler, Vorstandsmitglied des AGM-Komitees, eine eidesstattliche Erklärung ab, die beinhaltete, daß er Dokumente gesehen hat, die die BRD-Beteiligung an der Munitionsfabrik "Trafaria" bestätigen.
Dennoch dementierte das AA am 29.1. 1974 erneut und behauptete, "es sei

keine Genehmigung beantragt oder erteilt worden".
Erst als MdB Holtz am 14.2.1974 im Parlament den Namen der Firma "Josef Meissner Köln" nannte, antwortete die Regierung durch den parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Grüner, daß "die Firma am 29.3.1972 die Genehmigung zur Ausfuhr von Einrichtungsteilen für die Munitionsfabrik Trafaria in Portugal erhalten hat und daß diese Genehmigung im Einklang mit den politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" erteilt wurde.

Nun wird die von Portugal der NATO unterstellte Aufklärungsstaffel sicherlich die mit deutschen Maschinen hergestellten 500 kg-Bomben sehr gut gebrauchen können – und überhaupt mag man sich streiten, ob Explosivfüllanlagen zur Herstellung von Bomben und Granaten eigentlich Waffen sind. Etwa mit genau der gleichen Berechtigung kann man sich auch fragen, ob ein Revolver eine Waffe ist oder nur ein Transportmittel für Waffen – allerdings ist eine Revolverkugel allein auch keine Waffe. Und eine Bombe ohne Explosivfüllung ist leider auch keine Bombe...

Auf jeden Fall: wer die Geschichte der drei falschen Dementis nachlesen will, der braucht nur die Frankfurter Rundschau vom 1. März 1974 aufzuschlagen – die Zeitung hatte noch einen Monat zuvor, am 28. Januar, vom Auswärtigen Amt die Auskunft erhalten, solche Genehmigungen seien bisher weder genehmigt und beantragt worden...

Wie man sieht, besteht also auch die dritte Lüge allein bereits aus insgesamt drei Lügen.

Als Pater Adrian Hastings im Juli vergangenen Jahres das Massaker von Wiriyamu in der "Times" enthüllte, reagierte die portugiesische Regierung, indem sie einfach die Existenz eines solchen Dorfes dementierte. Das heißt: sie spekulierte auf die Autoritätsgläubigkeit der europäischen Öffentlichkeit und mußte schließlich doch zugeben, daß es dieses Massaker gegeben hat.

Als Pater Hastings in seinem Buch über "Wiriyamu" den Vorwurf erhob, Willy Brandt stehe mit seiner Afrikapolitik "in direkter Nachfolge der CDU/CSU-Regierung und in indirekter Nachfolge von Adolf Hitler", reagierte die Bundesregierung, indem sie ihren Sprecher von Wechmar mitteilen ließ, wer solche Vorwürfe erhebe, "disqualifiziere sich selbst".

Frage: Disqualifiziert die Wirklichkeit grundsätzlich den, der sie ausspricht?

Bernd Robur

Literatur

Verheyen, Hans, 1973: Die deutsche Unterstützung für den Kolonialkrieg. In: Pogrom Nr. 23, 4. Jg. 1973, Hamburg: Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Bosgra, Sietse und Christian van Krimpen, 1973: Portugal und die NATO. Offenbach: Verlag 2000 GmbH.

–, 1970: Portugal und die NATO. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, 1970. Köln: Pahl-Rugenstein

Albrecht, Ulrich, 1972: Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexport in der BRD. München: Hanser

–, 1971: Der Handel mit Waffen. Die internationalen Transfers der Rüstungswirtschaft. München: Hanser

– und Birgit A. Sommer, 1972: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt

Stellungnahme der Vereinigung deutscher Wissenschaftler zum Cabora Bassa-Projekt. In: Sonderbeilage "Afrika heute". Bonn: Deutsche Afrika-Gesellschaft

Aktionskomitee Afrika: Guinea-Bissao – am Vorabend der Unabhängigkeit. AKAFRIK-REPORT 1-3, 3. Jg. 1973. Bielefeld/Münster: AKAFRIK

FRITZ WERNER GMBH

EIN WAFFENSKANDAL VOR DER ENTHÜLLUNG

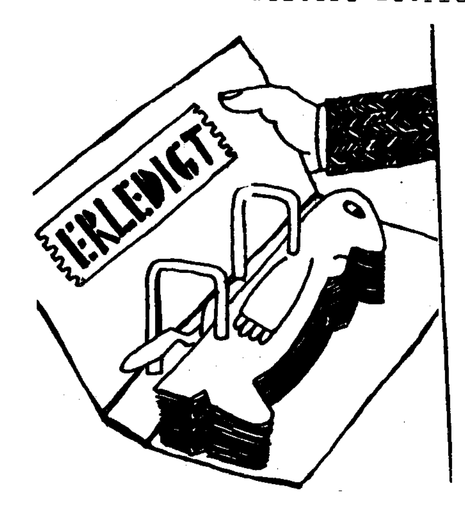
Einflußreiche amerikanische Kreise recherchieren die bundesdeutsche Scheinheiligkeit beim Aufbau ganzer Waffenfabriken in Ländern der Dritten Welt. Eines der größten US-Magazine wird das Enthüllungsprodukt demnächst auf seiner Titelseite vorzeigen: Stoff genug, um nachzuprüfen, ob Bonner Regierungsstellen mißtrauischen Bundestagsabgeordneten bislang stets die Wahrheit gesagt haben.

Noch am 29. Januar dementierte die Bundesregierung gegenüber der "Frankfurter Rundschau", daß deutsche Privatfirmen mit amtlicher Exporterlaubnis für strategische Güter und einer Hermes-Bürgschaft des Bundes umfangreiche Produktionsanlagen für eine Waffen- und Munitionsfabrik ins faschistische Portugal liefern (ED 7/VIII). Inzwischen ist die Firma Anlagenbau für Chemische Industrien Josef Meissner, Köln, Bayenthalgürtel 16, als einer dieser Lieferanten ausfindig gemacht worden. Die Kölner Speditionsfirma "Deutsche Tailleur" trans-

portierte einschlägige Kisten mit Numerierungen wie "IM 31/312/029" nach Lissabon. Meissner hat in der Tat etwas mit der Chemie zu tun: Mit einem Verfahren für das luftlose Einfüllen von Sprengstoff in Granaten.

Was die US-Konkurrenz aber besonders erregt und jetzt zum Mittel der Enthüllung greifen läßt, ist die Verärgerung über bundesdeutsche Rüstungshilfe auch in arabische Staaten. In diesem Punkt fühlt sich die Israel-Lobby in amerikanischen Wirtschaftskreisen herausgefordert, so daß die übliche Kumpanei der weltweiten Waffenschieber durchbrochen wird. Zum andern murren die amerikanischen Lieferanten, daß ihnen westdeutsche Konkurrenten gerade in Entwicklungsländern das Wasser abgraben.

Die "cleveren Deutschen" haben nämlich ein Rüstungs-Export-Verfahren entwickelt, das die Amerikaner nicht ohne Neid betrachten: Hauptsächlich unter Federführung der Fritz Werner Werkzeugmaschinen GmbH als Generalunternehmer für rund 50 weitere Betriebe (einschließlich solcher Konzerne wie Siemens) werden in ausgewählten Entwicklungsländern Waffen- und Munitionsfabriken errichtet und dort betreut.



Kommen in Bonn andere Entwicklungsländer um Waffenlieferungen ein - zumeist diktatorische Regimes, die sich gegen ihre Befreiungsbewegungen sichern wollen -, verweist man auf die bundesdeutschen Gesetze, die Lieferungen in Krisengebiete verbieten, gibt aber unter der Hand den Rat, es doch einmal in diesem oder jenem Entwicklungsland zu versuchen. Rein zufällig ist dort gerade eine passende Produktionsanlage der Fritz Werner GmbH fertig geworden. So kann man deutscherseits an Rüstungslieferungen leidlich verdienen, seine "freundschaftlichen" Dienste erweisen, ohne sich selber die Finger schmutzig machen zu müssen.

Nicht zufällig ist die Fritz Werner GmbH ein bundeseigener Konzern, dessen Westberliner Hauptgeschäft zwar nach wie vor unter das alliierte Rüstungsverbot fällt, aber ein Zweigbetrieb in Geisenheim machts möglich.

Dieser Bundeskonzern baute bereits Waffen- und Munitionsfabriken in Indonesien, Nigeria, Guinea, Sudan, Thailand (von wo aus der vietnamesische Kriegsschauplatz mitversorgt wird), Pakistan, Algerien, Saudi-Arabien und jetzt das bisher größte Objekt mit einem Kapitaleinsatz von 400 Millionen DM im Iran.

Die Schwierigkeit beispielsweise für linke SPD-Abgeordnete, an diese Schleichwege des Rüstungsexports heranzukommen, und die vernebelnden Regierungsantworten auf parlamentarische Anfragen zu durchstoßen, erhellt ein anderer Hintergrund:
Die Todeslieferanten haben einflußreiche Mitwisser in der SPD-Spitze: Die Fritz Werner Werkzeugmaschinen GmbH untersteht der Fritz Werner Verwaltungs-GmbH. Diese wiederum befindet sich in hundertprozentigem Besitz der DIAG in Westberlin. Im Aufsichtsrat der DIAG aber sitzt der SPD-Abgeordnete Jürgen Wischnewski, einst Kölner Trotzkist, später Ex-Minister für Entwicklungshilfe, heute Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Doch die Verfilzung reicht weiter: Mit über 90 Prozent ist die DIAG im Besitz der Berliner Industrie-Bank, zu zweieinhalb Prozent sind die landeseigene Berliner Bank und zu über sieben Prozent die private Berliner Handelsgesellschaft - Frankfurter Bank beteiligt.

Über den 90prozentigen DIAG-Anteil nehmen weitere Bundesinstitutionen Einfluß auf die Fritz Werner: Nämlich das ERP-Sondervermögen und die Kreditbank für Wiederaufbau. In den Aufsichtsräten beider Institutionen ist das halbe Bundeskabinett mit den Vertretern der kapitalistischen Spitzenverbände unter Vorsitz (na von wem wohl?) des Herrn Abs versammelt.

Hier findet sich schließlich auch Verteidigungsminister Leber, dem an einer florierenden Waffenproduktion auch in Friedenszeiten gelegen sein muß, soll die Industrie nicht aus der Übung kommen. Neben ihm Wirtschaftsminister Friederichs, Verkehrsminister Lauritzen, Finanzminister Schmidt, Außenminister Scheel und - wie merkwürdig - auch Entwicklungsminister Eppler, dem man bislang nur waffenlose Absichten in der Dritten Welt zugetraut hatte.

Sie alle, und selbst die DGB-Vorständler Vetter und Neemann, können also um die "Wiederaufbau-" und "Entwicklungs-"Geschäfte der Fritz Werner GmbH wissen. Vorausgesetzt, sie nehmen ihre "Aufsichtspflicht" wahr und ernst.

aus:
Berliner Extradienst 8.2.74

MUNITIONSFABRIK IN PORTUGAL

Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, 53 Bonn-Beuel, Bergweg 21 (Tel. 02221/47 55 41)

Bonn, 25.2.74

Presseerklärung:

BUNDESREGIERUNG BESTÄTIGT - NACH MEHRMONATIGEM LEUGNEN - DASS SIE 1972 EINER DEUTSCHEN FIRMA DIE GENEHMIGUNG ZUR AUSSTATTUNG DER MUNITIONSFABRIK TRAFARIA IN PORTUGAL ERTEILT HAT.

-STAATSSEKRETÄR GRÜNER (BMWi): "... AUSFUHRGENEHMIGUNG ERFOLGTE IM EINKLANG MIT DEN POLITISCHEN GRUNDSÄTZEN DER BUNDESREGIERUNG..."

Nachdem die Bundesregierung seit Juli 1973 viermal öffentlich Berichte des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique (AGM-Komitee) dementiert hatte, nach denen sie 1972 die Beteiligung einer deutschen Firma an der Munitionsfabrik Trafaria in Portugal bewilligt habe, bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Grüner, am 20. Februar 1974 eben diesen Sachverhalt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit seiner Fraktion, Dr. Uwe Holtz, hatte in einer schriftlichen Anfrage an die Bundesregierung Auskunft erbeten, ob der Bundesregierung bekannt sei, daß die Firma Josef Meissner, Köln, Explosivfüllanlagen zur Herstellung von 105 mm Geschossen, 81 mm Mörsergranaten und 500 kg TNT Bomben an die Firma Explosivos da Trafaria in Lissabon liefert.

Namens der Bundesregierung antwortete Staatssekretär Grüner, daß die Firma Josef Meissner am 29. März 1972 die Genehmigung zur Ausfuhr von Einrichtungsteilen für die Munitionsfabrik Trafaria in Portugal erhalten hat, und daß diese Genehmigung "im Einklang mit den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" erteilt wurde.

Noch am 28. Januar 1974 hatte das Auswärtige Amt diese Lieferung bestritten (s. FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29.1.74, S. 2).

Zu den mehrmonatigen Versuchen des AGM-Komitees, diese neue bundesdeutsche Beteiligung am Aufbau der Rüstungsindustrie der Kolonialmacht Portugal bekannt zu machen und den regierungsamtlichen Versuchen der Irreführung siehe anliegende Chronologie.

Die Erklärung Staatssekretär Grüners, daß die deutsche Beteiligung an Portugals Munitionsproduktion im Einklang mit politischen Grundsätzen der Bundesregierung geschieht, steht im Widerspruch zu den Aussagen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen und afrikanischen Politikern gegenüber, daß die Bundesregierung für die "Liquidierung des Restkolonialismus" eintreten wolle.

Der Endausbau der Munitionsfabrik Trafaria beginnt im März 1974. Die Bundesregierung aber behauptet, daß die Ausfuhrgenehmigung bis 29. März 1973 gültig war, und daß der gesamte Lieferauftrag bis zu diesem Datum ausgeführt worden sei. Gleichzeitig behauptet sie, daß sie die Genehmigung nicht widerrufen könne, "da keiner der in § 30 des Außenwirtschaftsgesetzes ausgeführten Widerrufsgründe vorliegt".

Das bedeutet, daß die Bundesregierung weiterhin bewußt dazu beiträgt, daß die kriegführende portugiesische Regierung mit Material für den Kolonialkrieg versorgt bleibt. In diesem Fall mit 500 kg TNT Bomben, 105 mm Geschossen und 81 mm Mörsergranaten.

Wir werden diese "politischen Grundsätze" im In- und Ausland bekannt machen.

gez.: Jan Vink
(Vorsitzender)

CHRONOLOGIE:

21.7.1973:
Presseerklärung des deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique (AGM-Komitee):
die Bundesregierung hat 1972 die Genehmigung für die Beteiligung einer westdeutschen Firma an der Produktion von HEAT 105 Granaten in der Fabrik Trafaria in Portugal gegeben.

26.7.1973:
Meldung in FRANKFURTER RUNDSCHAU:
"Waffenlieferung dementiert.
Das Bundesverteidigungsministerium hat am Donnerstag in Bonn Berichte des 'Angola Komitees' dementiert, wonach die Bundesregierung 1972 die Lizenzproduktion von Munition in Portugal genehmigt habe."

18.8.1973:
Presseerklärung des AGM-Komitees:

Berichtigung eines Hörfehlers: Statt HEAT 105 Granaten muß es HE 105 Granaten heißen.
Zitat: "hat die Bundesregierung Mitte 1972 die Lieferung von Füllanlagen für die Herstellung von HE 105 mm Geschossen, 81 mm Mörser-Granaten und 1000 Libras Bomben (500 kg TNT) aus der Bundesrepublik unterstützt, d.h. zur Zeit wird in der portugiesischen Fabrik Trafaria S.A.R.L. mit Hilfe der Bundesregierung eine Anlage zur Produktion von Bomben, Geschossen und Granaten errichtet. Die BRD-Beteiligung ist wahrscheinlich über die staatliche HERMES-Versicherung gedeckt. Sie wäre durch Rücknahme dieser Bürgschaft einschränkbar."

30.8.1973:
Brief des AGM-Komitees an Außenminister Scheel wegen Beteiligung an Trafaria.

11.10.1973:
Telefonische Anfrage des AGM-Komitees beim Auswärtigen Amt (AA) wegen ausgebliebener Antwort.
Auskunft: Bearbeiter verreist.

26.10.1973:
Zweiter Brief des AGM-Komitees an AA. er bleibt unbeantwortet.

18.11.1973:
Dritter Brief des AGM-Komitees an AA. keine Antwort.

5.12.1973:
Zweite telefonische Anfrage des AGM-Komitees im AA.
Auskunft: es wird noch recherchiert; Bitte um Geduld.

Brief des AGM-Komitees an Bundespräsident Heinemann, Beschwerde wegen Nichtbeantwortung der Briefe an das AA.

7.12.1973:
Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Uwe Holtz an die Bundesregierung:
"Treffen Hinweise zu, denen zufolge in Portugal Anlagen zur Munitionsherstellung mit Ausrüstungslieferungen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurden bzw. werden, und wann hat die Bundesregierung gegebenenfalls solchen Lieferungen zugestimmt bzw. wann sind die entsprechenden Hermes-Versicherungsverträge mit den beteiligten Firmen abgeschlossen worden?"

Antwort der Bundesregierung:
"Hinweise, denen zufolge in Portugal Anlagen zur Munitionsherstellung mit genehmigungspflichtigen Ausrüstungslieferungen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurden bzw. werden, treffen nach Kenntnis der Bundesregierung nicht zu. Für Ausrüstungslieferungen für Anlagen zur Munitionsherstellung sind daher auch keine Hermes-Versicherungsverträge abgeschlossen worden." (Parl. StS im AA Mörsch)
(Protokoll der 71. Sitzung des 7. Deutschen Bundestages)

7.1.1974:
Eingang der Antwort des AA beim AGM-Komitee:
der Bundesregierung ist über die Errichtung von Anlagen zur Munitionsproduktion in der Firma Trafaria in Portugal mit genehmigungspflichtigen Lieferungen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland nichts bekannt; dementsprechend konnte sie angeblichen Lieferungen nicht zustimmen;



Bitte beachten Sie die beigelegten Mahnkarten. Das nächste Heft kommt erst, wenn Sie gezahlt haben!

dementsprechend wurden auch keine Hermes-Versicherungsverträge für die angeblichen Lieferungen abgeschlossen.

11.1.1974:
Presseerklärung des AGM-Komitees mit eidesstattlicher Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees, er habe Dokumente gesehen, denen zufolge mit bundesdeutscher Beteiligung die Munitionsfabrik Trafaria in Portugal gebaut werde und diese Beteiligung von der Bundesregierung genehmigt werden müsse.

13.1.1974:
Beginn einer Postkartenkampagne mit Anfragen an Bundeskanzler Willy Brandt, ob es stimme, daß unter bundesdeutscher Beteiligung in Portugal Anlagen zur Produktion von Kriegsmunition errichtet werden, und ob er bereit sei, diese Beteiligung am portugiesischen Kolonialkrieg zu beenden.

29.1.1974:
Meldung in der FRANKFURTER RUNDSCHAU:
"Auswärtiges Amt dementiert Meldungen, nach denen im März mit bundesdeutscher Beteiligung der Endausbau der Munitionsfabrik Trafaria in Lissabon beginnen soll, sind am Montag vom AA in Bonn zurückgewiesen worden.
... keine Genehmigung beantragt oder erteilt..."

6.2.1974:
Flugblatt-Aktion des AGM-Komitees vor der Firma Josef Meissner in Köln. Aufforderung an die Mitarbeiter der Firma, dem AGM-Komitee die Beteiligung der Bundesregierung an den Lieferungen für Trafaria mitzuteilen.

14.2.1974:
Schriftliche Anfrage des MdB Dr. Uwe Holtz (s. Presseerklärung), auf die Staatssekretär Grüner am

20.2.1974
die Genehmigung der Lieferungen durch die Bundesregierung eingesteht.

MOZAMBIQUE
ZUM STAND DER KÄMPFE

Portugiesische Quellen bestätigen umfangreiche Kämpfe in Mozambique

Vertrauliche Kommuniques des portugiesischen Oberkommandos in Mozambique, die wöchentlich herausgegeben werden, zeigen, daß der Kampf in dieser portugiesischen Kolonie erfolgreich für die Befreiungsbewegung FRELIMO voranschreitet. Aufgrund dieser Information und vertraulichen Berichten des "Psychological Service" der portugiesischen Armee sowie weiterem Geheimmaterial zeigt Dr. Sietse Bosgra vom Angola Comitee Amsterdam im folgenden Artikel in groben Zügen die wesentliche Entwicklung der letzten Zeit in Mozambique auf. Die Übersetzung wurde von der Redaktion der "blätter des iz3w" angefertigt.

Letztes Jahr nahmen die Kämpfe in der portugiesischen Kolonie Mozambique beträchtlich zu. Die Portugiesen haben in diesem Gebiet ihre Kriegsanstrengungen 1973 nahezu verdoppelt: die Militärausgaben stiegen von 140 Mill. Gulden (130 Mio. DM) im Jahr 1972 auf 250 Mill. Gulden im letzten Jahr. Trotzdem hatte die Befreiungsbewegung FRELIMO mehr Erfolge als je zuvor seit Beginn des bewaffneten Kampfes im Jahr 1964. Das wichtigste Kriegsgebiet ist die an Tansania grenzende Provinz Cabo Delgado. Vertrauliche Berichte der Portugiesen zeigen, daß ein großer Teil der Bevölkerung dieser Provinz unter der Verwaltungshoheit der FRELIMO lebt; es werden hunderte von Ortsnamen genannt, die unter der Kontrolle der Befreiungsbewegungen stehen. Die Dorfbewohner bauen die notwendige Nahrung für die Guerillas an. Nachts gewinnen die Guerillas am Strand Salz aus dem Meer. Außerdem gibt es (Fang)Brigaden, die auf dem Meer fischen.

Der Export aus den befreiten Gebieten wird erweitert

Ein Teil der in den befreiten Gebieten angebauten Nahrung wird von der FRELIMO nach Tansania exportiert. Laut dem portugiesischen Geheimdienst wurden in einem Zeitraum von 3 Monaten 222 Tonnen Cashew-Nüsse und 50 Tonnen Sesamkerne exportiert.
Die Handels- und Produktionsabteilung der FRELIMO versucht, diesen Export möglichst stark auszubauen, da laut portugiesischen Berichten nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die FRELIMO Vorteile davon hat. (1) Die Kolonnen, die diese Güter über die Grenze bringen, bestehen aus hunderten von Leuten. Manchmal sind es mehr als Tausend. (2)

In der Provinz Cabo Delgado kontrollieren die Portugiesen einige größere Dörfer und einige Militärposten. Die Bevölkerung ist zwangsweise in Wehrdörfern (Aldeamentos) angesiedelt, die in der Nähe der Militärposten liegen. Die Berichte zeigen, daß die Menschen die Lager, die von Stacheldraht umgeben sind, nur am Tage zur Feldarbeit verlassen dürfen. Auch dies ist nur "mit militärischer Begleitung" möglich. Jeder, der das Lager betritt oder verläßt, wird registriert.

Diese portugiesischen Posten werden immer häufiger und erfolgreicher von der FRELIMO angegriffen. Die portugiesischen Berichte sagen aus, "der frühere Eindruck wird bestärkt, daß der Feind seine Aktionen effektiver durchführt, da er schwere Waffen benützt."

Die Arbeit der FRELIMO in den nicht befreiten Gebieten

Aber auch in den Aldeamentos und den wenigen Städten, die noch von den Portugiesen kontrolliert werden, erhält die FRELIMO schon wesentliche Unterstützung von der Bevölkerung. Die Portugiesen entdecken laufend organisierte Arbeit der Befreiungsbewegung "unter der Bevölkerung, die wir unter unserer Kontrolle glaubten".

Laut der portugiesischen Geheimpolizei DGS wurde im Gebiet um die Hafenstadt Mocimboa da Praia organisierte Untergrundarbeit entdeckt, bei der "die überwiegende Mehrheit der Offiziere, die Schwarze sind, und die Bevölkerung, die den Feind in großem Umfang unterstützt", beteiligt war.

Die Berichte betonen mit Nachdruck die Situation in den Aldeamentos, "die sich in Zentren der materiellen und ideologischen Unterstützung des Feindes verwandelt haben; diese Entwicklung ermöglicht der FRELIMO augenblicklich die völlige Kontrolle der Situation in diesem Gebiet, in dem die Bevölkerung noch ein Jahr zuvor mit keiner der beiden Seiten sympathisiert hat". (3)

Auch in Mueda, der Hauptstadt von Cabo Delgado im Innern der Provinz, werden laufend Widerstandsorganisationen aufgebaut. Als im August 1973 an anderer Stelle die Untergrundarbeit der Befreiungsbewegung entdeckt wurde, schrieb das portugiesische Oberkommando:

"Die Tatsache, daß wir mit einem weit gespannten Netz von subversiven Gruppierungen zu tun haben, die von allen sozialen Schichten, Männern und Frauen, Mitgliedern der Miliz, Soldaten von den Spezialeinheiten, Regierungsbeamten, Handwerkern usw. unterstützt und getragen werden, zeigen die Bedrohung der subversiven Aktionen in Cabo Delgado und speziell im Gebiet des Makonde-Stammes." In den Berichten wird wiederholt festgestellt, daß viele schwarze Soldaten in der portugiesischen Armee für die FRELIMO arbeiten. Die portugiesischen Berichte reden von verstärkter Unterstützung der FRELIMO durch die Bevölkerung in Cabo Delgado: "Seit Anfang 1973 ist die Zahl der Guerillas und Rekruten, die ihre Ausbildung gerade durchlaufen haben, besonders hoch. Dies wird sicherlich Auswirkungen auf die Handlungen des Feindes haben, da er nun verstärkt Kämpfer in noch umstrittenen Gebieten einsetzen kann."

Die militärische und politische Entwicklung in Mozambique seit 1973

Dieser Erfolg der FRELIMO wurde hauptsächlich im Süden von Cabo Delgado und der Provinz "Mozambique" im Bereich des Macua-Stammes erzielt. Im Gegensatz zu den Makonde im Norden, die traditionsbedingt den römisch-katholischen Glauben annahmen, wurden die Macuas Anhänger des Islams. Die Portugiesen benutzten in der Vergangenheit die Feindschaft zwischen den beiden Stämmen aus, um die Macuas gegen die FRELIMO aufzuhetzen.

Auf diesen Trick der Portugiesen scheint die Bevölkerung nicht länger reinzufallen. Die portugiesischen Berichte drücken aus, daß in der Stadt Porto Amelia (im Süden von Cabo Delgado) "die Mehrheit der mohammedanischen Gemeinde vom Feind infiltriert und unterwandert ist". "Da eine enge religiöse und stammesbedingte Bindung zwischen der Bevölkerung im Süden Cabo Delgados und der Provinz Mozambique besteht, ist die steigende Unterwanderung der islamischen Bevölkerungsteile eine sehr ernste Angelegenheit." Ein Bericht der portugiesischen Geheimpolizei spricht sogar von "einem großen Potential an subversiven Elementen in der Provinz Mozambique". 1973 drang die FRELIMO mit Unterstützung der lokalen Bevölkerung tiefer ins Innere der Provinz Mozambique ein als je zuvor. Dagegen war die Provinz Niassa für die FRELIMO schon immer von geringerem Interesse. Dieser Distrikt liegt westlich von Cabo Delgado und grenzt ebenfalls an Tansania. Die Aktionen der FRELIMO in Niassa waren im Vergleich zu Cabo Delgado weniger als Viertel so umfangreich. Aus portugiesischen Berichten gewinnt man den Eindruck, daß die Situation in Niassa nahezu stabil ist; es wird von keinen Gebietsgewinnen durch die FRELIMO berichtet.

Das Verhältnis der FRELIMO in Malawi

Die FRELIMO erhält im Norden nicht nur Unterstützung durch Tansania, sondern auch durch Malawi. Das Regime von Präsident Banda pflegt seit der Unabhängigkeit Malawis freundschaftliche Beziehungen zu den Portugiesen. Dieses Verhalten ist zum Teil durch die Abhängigkeit Malawis zu erklären. Seine Im- und Exporte können nur über die Eisenbahnlinie durch Mozambique gehen. (4) Aber unter dem Druck des wachsenden Einflusses der FRELIMO, die die Eisenbahnverbindung nun jederzeit unterbrechen kann, war Banda gezwungen,



seine Politik wesentlich zu ändern: Gemäß portugiesischen Quellen aus Malawi darf die FRELIMO inzwischen das Land durchqueren, falls die Angehörigen der FRELIMO weder uniformiert noch bewaffnet sind. Dies bedeutet schon einen Fortschritt, denn die FRELIMO durfte sich bisher nur illegal in Malawi aufhalten. Auch in der weiter südlich gelegenen Provinz Sambesia baut die FRELIMO von Malawi aus eine neue Front auf. (5) Laut den Portugiesen wurde die Realisierung des Planes allerdings aufgeschoben, da ein bedeutender Führer der FRELIMO von den Portugiesen gefangen genommen wurde. (6)

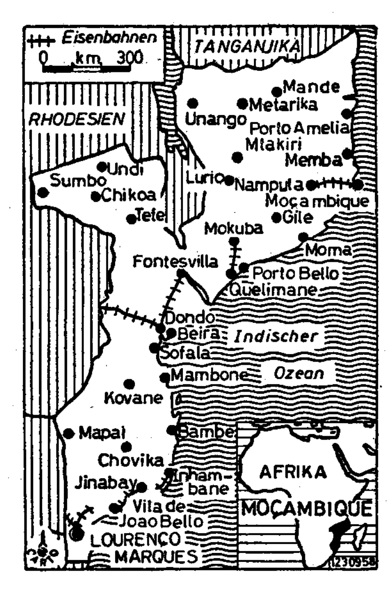
Die FRELIMO und der Cabora Bassa-Staudamm

Die wichtigsten Erfolge erzielte die Befreiungsbewegung in der Provinz Tete im Nordwesten von Mozambique. Der Kampf in dieser Provinz ist am in-

tensivsten: über 50 % der Aktionen durch die FRELIMO finden in dieser Provinz statt. Die Angriffe richten sich vor allem auf Transporte zum Cabora Bassa-Staudamm, den die Portugiesen am Sambesi errichten wollen. Die Portugiesen schreiben in ihrem vertraulichen Wochenbericht über die Ausweitung des Krieges: "Die FRELIMO hat in Mozambique, Tansania und den Ländern, aus denen Material für Cabora Bassa importiert wird, einen relativ gut funktionierenden Geheimdienst aufgebaut..." Dadurch sind die Guerillas in der Lage, Aktionen gegen Transporte zur Baustelle von Cabora Bassa im geeignetsten Augenblick und in großer Entfernung davon zu unternehmen.

Bisher hat die FRELIMO keinen Versuch gestartet, die sorgfältig bewachte Baustelle des Cabora Bassa-Dammes selbst anzugreifen. Aber die Portugiesen sind davon überzeugt, daß die FRELIMO im geeigneten Augenblick die Hochspannungsleitungen von Cabora Bassa nach Südafrika unterbrechen wird. Dies ist viel einfacher und effektiver als ein Angriff auf den Damm. Diese Hochspannungsleitungen sind schon auf einer Strecke von 500 km installiert. Sie durchqueren ein Gebiet, in dem FRELIMO-Einheiten operieren.

Auch in Tansania erhält die FRELIMO immer mehr Einfluß (7), auch hier spricht das portugiesische Oberkommando von "beachtlichen Erfolgen bei der Rekrutierung". Im Juli 1972 hat die FRELIMO eine weitere Front in der südlicher liegenden Provinz Manica und Sofala errichtet. Der Einfluß nahm seither dort sehr rasch zu.



Silvester 1973 griff die FRELIMO einen Zug auf der wichtigen Verbindung Beira-Rhodesien an. Diese Strecke liegt 300 km von der tansanischen Grenze entfernt. Das portugiesische Oberkommando ist überrascht, "mit welcher Leichtigkeit die FRELIMO im Süden des Landes Fuß faßt". Es klagt über "direkte oder indirekte Unterstützung des Feindes durch die Bevölkerung dieser Region" und stellt fest, daß die FRELIMO eine große Menge von Waffen durch Tete nach Manica und Sofala transportiert. Diese Waffen sind für Rekruten bestimmt, die in den befreiten Gebieten selbst ausgebildet werden, "was eine entscheidende Verstärkung der Schlagkraft bedeutet". Daneben gehen viele Rekruten zu einer weiteren politisch-militärischen Ausbildung nach Tansania; nach portugiesischen Schätzungen lag die Zahl allein im Mai 1973 bei etwa 400. Es ist interessant, daß in Manica und Sofala, wie auch in anderen Provinzen, reine Fraueneinheiten am Kampf teilnehmen. In dieser Beziehung arbeitet die FRELIMO an der schnellen Emanzipation der afrikanischen Frau.

Die Offensive der FRELIMO in Manica und Sofala verläuft in drei verschiedene Richtungen. In erster Linie nach Osten, zum Unterlauf des Sambesi. Die Bevölkerung sympathisiert dort den portugiesischen Berichten zufolge "mit den Feinden"; nur ein paar Dörfer unterstützen den "Feind" nicht. In diesem Gebiet war die Missionsstation von Murraca immer "ein Zentrum der Aktivitäten gegen die nationale Oberhoheit". Die FRELIMO arbeitet dort mit "kleinen, aber wirksamen" Einheiten. Außerdem richtet sich die Offensive auf das Bergland von Gorongosa, ein nur spärlich besiedeltes Gebiet, das gute Verstecke für die Widerstandskämpfer bietet. Die FRELIMO hat sich hier festgesetzt und stieß von hier aus in das weiter südlich gelegene, für den Tourismus wichtige, Wildreservat Gorongosa vor.

Schon im Juli 1973 erreichten kleine, bewaffnete Einheiten der FRELIMO den Distrikt Dondo, südlich des Reservats. Das bedeutet, daß die FRELIMO sich der zweiten Stadt von Mozambique, Beira, bis auf 50 km genähert hat. Dies ist von größter Bedeutung für den Befreiungskampf, insbesondere da die Bevölkerung von Beira nach portugiesischen Informationen schon von der FRELIMO beeinflußt war.

Neue Verteidigungslinien der Portugiesen sollen den Befreiungskampf eindämmen

Schließlich geht die Offensive durch bergiges Gebiet entlang der Grenze zu Rhodesien direkt nach Süden. Die Bevölkerung dieses Gebiets flieht vor der portugiesischen Armee über die Grenze, kehrt aber unter Druck der rhodesischen Armee wieder zurück. In diesem Gebiet hat die FRELIMO die wichtige Straßen- und Eisenbahnverbindung von der Hafenstadt Beira nach Rhodesien erreicht. Die Portugiesen gehen davon aus, daß die FRELIMO die Bevölkerung südlich dieser Straße schon seit dem Sommer 1973 organisiert hat. Die Portugiesen sind über-

zeugt, daß die FRELIMO versuchen wird, weiter in den Süden vorzurücken. Sie haben schon Pläne, eine neue Verteidigungslinie aufzubauen, und zwar viele hundert km weiter südlich, entlang des Flusses Save. Aber auch schon hier ist die FRELIMO eingedrungen. Im April 1973 folgerte das Oberkommando der portugiesischen Armee in Mozambique: "Es besteht kaum ein Zweifel, daß der Feind eifrig Erkundungen im Gebiet des Flusses Save ausführt, ein wichtiger Meilenstein im Vormarsch des Feindes in den Süden des Staates."

Die FRELIMO ist Repräsentant des Volkes

Die Portugiesen wissen, daß die FRELIMO auch in diesem Gebiet von der Bevölkerung viel Unterstützung bekommen wird. "Die meisten Stämme in diesem Gebiet unterstützten den bewaffneten Widerstand gegen die portugiesische Oberhoheit schon in der Vergangenheit." Ferner: "Der Fortschritt der FRELIMO in Richtung des Gebiets südlich des Flusses Save wird stark vorangetrieben durch die Hochachtung, die dort den Führern der FRELIMO entgegengebracht wird." Die Portugiesen meinen, dies dadurch erklären zu können, daß die meisten Führer und Kader der FRELIMO im Süden geboren sind.

> **Zwischen den Gesellschaften Radio Marconi (Lissabon) und ITT wurde ein Vertrag zur Errichtung von 3 Stationen für Telekommunikation über Satelliten abgeschlossen. Die Stationen sollen in Lissabon, Luanda und Lourenço Marques errichtet und 1974 in Betrieb genommen werden.**
> pn.
>
> **Blick durch die Wirtschaft 18.7.73**

Nur eine Folgerung kann aus diesen portugiesischen Berichten gezogen werden: Die FRELIMO wird siegen, weil sie die Unterstützung von sehr großen Teilen der Bevölkerung von Mozambique hat.

Anmerkungen

1) Auf dem Rückweg nach Mozambique nehmen die Bauern zum Teil Ausrüstungsgegenstände für die FRELIMO mit.
2) Diese Information wird auch durch einen Bericht in "Daily News", Dar es Salaam bestätigt. Er ist erschienen in: ISSA-Info Nr. 3/74
3) Die Portugiesen siedelten zum Beispiel in der Tete-Provinz 380 000 Menschen zwangsweise in "Wehrdörfern" an, um sie so von einem möglichen Einfluß durch die Befreiungsbewegung "zu schützen". Obwohl nach offiziellen portugiesischen Angaben die Aldeamentos "soziale Einrichtungen für die Bevölkerung" sind (s. zur Frage der Aldeamentos: Initiative der KDSE 1973), verstärkt sich gerade dort der Widerstand gegen die Portugiesen.
4) Dies wird sich nach Fertigstellung der Tanzam-Bahn, die als Entwicklungshilfeprojekt der VR China von Lusaka (Sambia) nach Dar es Salaam (Tansania) gebaut wird, ändern. Siehe dazu "blätter des iz3w" Nr. 32/33
5) Eine Front aufbauen bedeutet für die FRELIMO in erster Linie die Unterstützung des Volkes zu gewinnen. Erst danach werden militärische Aktionen unternommen. Von daher können die Befreiungskämpfer über Malawi in die Distrikte von Sambesia, Tete und Manica und Sofala einfacher gelangen.
6) Dadurch entstand die Gefahr, daß Einzelheiten über Art und Zeitpunkt der Angriffe auf portugiesische Militärposten bekannt wurden.
7) In Tansania leben Flüchtlinge aus Mozambique, die sich hinter der Grenze niedergelassen haben. Die Zahl wird auf 100 000 geschätzt.

SIE wußten doch ...

daß wir in iz 32/33 eine

LESERUMFRAGE

veröffentlicht haben. Bisher zogen sich etwa 8 % Leser der "blätter" ins stille Kämmerlein zurück und sandten uns anschließend aufschlußreiche Werke.

Da die schweigende Mehrheit sich bisher nicht zu artikulieren wagte, fordern wir nochmals auf, außer auf Wahlzetteln auch auf unserem Fragebogen Kreuze zu malen.



Die Redaktion

SÜDAFRIKA
HOCHSCHULEN

von
Hans-Martin Große-Oetringhaus

Mit bürokratischen Regeln wird in der Republik Südafrika ein brutales System der Rassentrennung (Apartheid) aufrechterhalten, das die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung (nämlich Schwarzafrikaner und Inder) in Gettos abschiebt und das niedrige Löhne und hohe Profite (gleich: extreme Ausbeutung) "garantiert". Was Wunder, daß viele Weiße an einer qualifizierenden Ausbildung für die Nichtweißen kaum interessiert sind. Die Zahl der nichtweißen Studenten ist entsprechend gering. Ihnen werden oft genug bürokratische Hemmnisse in den Weg gelegt.

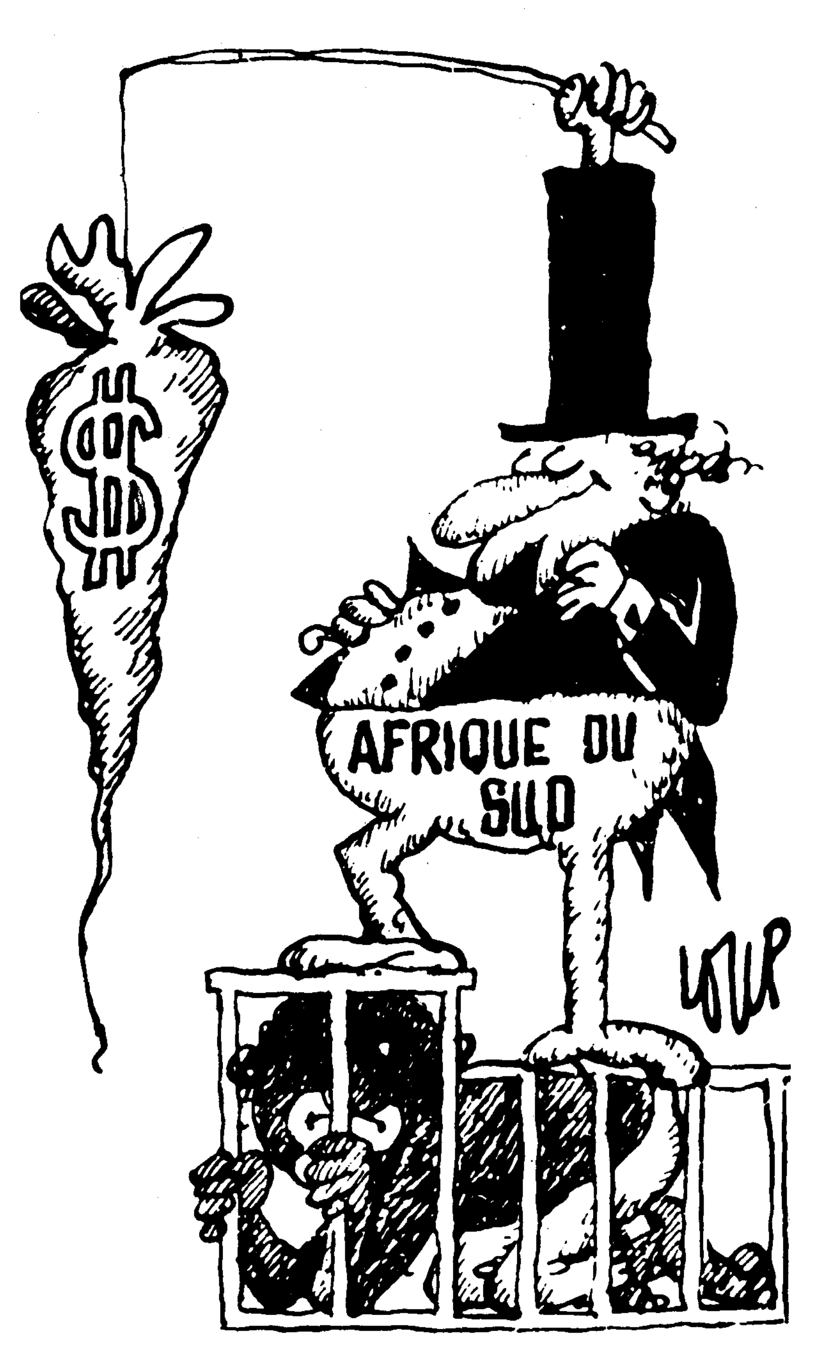
Unter der Überschrift "Südafrikanische Universität für farbige Studenten offen" verbreitete die Nachrichtenagentur Reuter eine Nachricht die besagt, daß die Rand-Afrikaans-Universität in Johannesburg als erste Hochschule Südafrikas mit der Staatssprache Afrikaans (einer dem Holländisch verwandten Sprache) nichtweiße Studenten aufnehmen wird. Ein Rundschreiben der Universität teilte mit, daß die Regierung die Entscheidung der Universität akzeptiert habe, eine ungenannte Zahl von Doktoranden und Lektoren von nichtweißen Institutionen zu übernehmen. In der Reuter-Meldung heißt es indes weiter, daß in jedem 'einzelnen Fall' sowohl die Rand-Universität als auch die Regierung eine spezielle Genehmigung erteilen müssen.

Um den Stellenwert dieser Entscheidung der Universität richtig beurteilen zu können, bedarf es einer kurzen Darstellung der Studienmöglichkeiten für Nichtweiße in Südafrika.

Als 1948 die immer noch regierende Nationalist Party an die Macht gelangte, standen nur zwei der acht südafrikanischen Universitäten (Kapstadt und Johannesburg) für nichtweiße Studenten offen und waren darum als 'Offene Universitäten' bekannt. Der Anteil der nichtweißen Studenten an diesen englisch geprägten Universitäten betrug nie über 5 bis 6 Prozent der Gesamtzahl, da die hohen Studiengebühren vor allem von den Schwarzen kaum erschwinglich waren.

Doch selbst diese wenigen wurden noch durch ihre kulturelle und wirtschaftliche Benachteiligung in ihren Leistungen erheblich behindert. Darauf glaubte man aber an den 'Offenen Universitäten' keine Rücksicht nehmen zu können. So wirkte sich die akademische Gleichberechtigung - verstanden als lokal begrenzte Gleichheit, die nicht die gesamte Schul- und Universitätsausbildung erfaßte - als große Chancenungleichheit aus; denn der offene Wettbewerb bei ungleichen Voraussetzungen führte ohne eine entsprechende kompensatorische Förderung zwangsläufig zu Benachteiligungen der nichtweißen Studenten.

Dem 'differenzierten Plan' an der Universität von Natal, der eine weitere Studienmöglichkeit für Nichtweiße darstellte, lag nicht individuelles Lerntempo oder Motivation, sondern die



Rassenzugehörigkeit als einziges Differenzierungskriterium zugrunde und verkörperte darum weniger eine fortschrittliche Pädagogik als eine partielle Übertragung der Apartheid auf den Universitätssektor.

Die vier afrikaanssprachigen Universitäten Stellenbosch, Pretoria, Potchefstrom und Orange Free State hatten im Gegensatz zu den 'Offenen Universitäten' und der Universität von Natal stets nur weiße Studenten aufgenommen. Die englisch geprägte Rhodes Universität erlaubte Nichtweißen nur für postgraduierte Studien die Immatrikulation. Weitere Studienmöglichkeiten für Nichtweiße boten das Universitätskolleg von Fort Hare und ein Fernstudium an der Universität von Südafrika.

Trotz starker Widerstände wurden 1959 die 'Extension of University Education Act' und die 'University College of Fort Hare Act' verabschiedet und somit getrennte Universitäten und eine direkte Unterstellung des Kollegs unter das Ministerium für Bantuerziehung verwirklicht. Auch für eine getrennte Inder- und Mischlingserziehung wurden später eigene Gesetze und je eine Hochschule geschaffen.

Kapitalismus wahrlich überall: farbige Geschäftsleute sind in Johannesburg vorstellig geworden, um die Gründung einer Aktien-Börse in der Transkei, einem der fünf selbständig verwalteten Bantu-Staaten in der Republik Südafrika anzuregen. Aus der Begründung des Antrags an die zuständige Xhosa (= Bantu-Stamm) Development Corp.: „Der Kauf von lokalen Industriepapieren durch farbige Südafrikaner würde die Investitionstätigkeit sicher stark beleben.“

Die Börsengründung in der Transkei wäre übrigens die dritte in Schwarzafrika: nach Lagos (Nigeria) und Nairobi (Kenia). ■

Die Folge dieser Gesetze war eine Trennung der Studentenschaft nach den Kriterien der Rassen- und Stammeszugehörigkeit. Durch die Neugründung von zwei weiteren 'Bantu-University-Colleges' wurden Ungleichheit und Diskriminierung der Schwarzen nicht verringert. 1969 waren nur 11,45 Prozent aller Studenten Nichtweiße. Von diesen 11,45 Prozent waren wiederum nur die Hälfte Schwarze. 1970 konnte ungefähr jeder 49. Weiße, jeder 155. Inder, jeder 1009. Mischling und nur jeder 3012. Schwarze studieren. (Der überwiegende Teil der südafrikanischen Bevölkerung ist schwarz.)
In Folge der oben genannten Gesetze darf sich kein Student mehr ohne ministerielle Erlaubnis an einer ehemals 'Offenen Universität' immatrikulieren. Der Versuch eines Weißen, sich an einer Ausbildungsstätte für Nichtweiße einzuschreiben, oder die Absicht eines Nichtweißen, ohne ministerielle Erlaubnis eine ehemals 'Offene Universität' zu besuchen, konnte von nun an mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten oder einer Geldbuße von 200 Rand geahndet werden. So sank die Zahl der Schwarzen an diesen Universitäten von 619 im Jahre 1959 auf 182 im Jahre 1969. 1970 wurde sogar nur 28 Schwarzen der Zutritt zu einer weißen Universität erlaubt.

Wegen dieser völlig unbedeutenden Zahl konnte die Regierung sich aber auch weiterhin damit rühmen, daß es Nichtweißen in besonderen Fällen durchaus möglich ist, eine weiße Universität zu besuchen. Da auch die jetzt erfolgte Öffnung der Rand-Universität für Nichtweiße keine prinzipielle Öffnung darstellt und in jedem einzelnen Fall sowohl die Hochschule als auch die Regierung eine besondere Zulassung erteilen müssen, wird eine solche Maßnahme die Rassentrennung und die damit verbundene Diskriminierung kaum abbauen, sondern lediglich (wie bei den beiden ehemals 'Offenen Universitäten') eine Alibifunktion ausüben.

aus:
betrifft: erziehung 3/74

Der Abdruck des folgenden Artikels "Apartheid oder o modele brasileiro" aus "afrika heute" Nr. 8/73 soll eine Einschätzung der Beziehungen Brasiliens zu Afrika, speziell dem unter rassistischer und kolonialistischer Herrschaft gehaltenem Teil ermöglichen.

Die besondere politische Rolle, die der Autor Brasilien zuweist, scheint sich durch aktuelle Meldungen zu bestätigen. Am 5.1.74 schrieb die "Stimme Afrikas": "Die Elfenbeinküste bat Brasilien in Portugal zu intervenieren, um das Problem von Guinea-Bissau friedlich zu lösen." Am 20.1.74 meldete dasselbe Organ: "Brasilien will afrikanischen Kaffee kaufen, um die Überseepreise stabilisieren zu helfen und den Handel mit Afrika steigern. Der Aufkauf von Kaffeeüberschuß kommt also einer Preisstützungsaktion gleich. Bezahlung erfolgt in Rädern, Autos und anderen Waren."

Den militärischen Aspekt der Beziehungen verdeutlicht der Pakt "South Atlantic Treaty Organisation (SATO)", in dem Südafrika, Brasilien und Argentinien zusammengeschlossen sind. In diesem Rahmen werden seit Jahren gemeinsame Marineübungen von Brasilien und Südafrika durchgeführt.

Damit im Zusammenhang muß man auch den gegenseitigen Vertrag Brasilien-Portugal sehen, der die portugiesische mit der brasilianischen Staatsbürgerschaft gleichsetzt (seit Anfang 1973) und eine gute Grundlage für mögliche brasilianische Truppenentsendungen in die afrikanischen Kolonien Portugals bietet.

Peter Lock

aus: Afrika heute
August 73

Apartheid oder o modelo brasileiro

Varianten einer Strategie?

Durch die Reise des brasilianischen Außenministers Mário Gibson Barboza im Herbst des vergangenen Jahres in verschiedene Länder an der atlantischen Küste Afrikas schien sich zu bestätigen, was NATO-Strategen in ihren Sandkästen schon längst durchgespielt hatten [1], die als freiheitlich apostrophierten Anlieger des von den Kommunisten bedrohten südatlantischen Gewässers reichten sich die Hand. Das brasilianische Regime hatte sich auf den Weg gemacht, um Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, die durch das Verbot der Ware Sklave ein jähes Ende gefunden hatten. Der zum Riesen gewordene Sproß der lusitanischen Völkergemeinschaft, war er nicht der ideale Wegbereiter und Vermittler der Interessen des von Johannesburg aus dirigierten ökonomischen Verbundes „Südliches Afrika Inc." in den Ländern Schwarzafrikas?
Andere Beobachter sehen in den Besuchen brasilianischer Delegationen in Afrika eine zwangsläufige Expansion des brasilianischen Subimperialismus, der zur Abwendung einer inneren Krise um jeden Preis Märkte für seine verarbeitende Industrie erschließen muß. Bezeichnenderweise war bei fast den gleichen Ländern einige Zeit zuvor schon Südafrika vorstellig geworden und hatte mit großzügigen Handelskrediten erfolgreich versucht, die Anti-Apartheidkette zu sprengen [2]. Daher ist vor allem zu fragen, verfolgen die herrschenden Klassen in Brasilien und Südafrika miteinander in Konkurrenz stehende Ziele oder aber ist hier eine Allianz zweier subimperialistischer Zentren im Entstehen?
Im folgenden soll versucht werden, einmal das tatsächliche Engagement Brasiliens in Afrika zu dokumentieren und zum anderen soll auf die Rolle der beiden Länder im kapitalistischen Weltsystem eingegangen werden, um daraus einige Bestimmungsgründe der weiteren Perspektive, insbesondere des brasilianischen Kapitalismus in Afrika abzuleiten.

Brasilien und Afrika

Vor 1950 verkehrten zwischen Brasilien und Afrika mehr Schiffe als zwischen Europa und Afrika [3]). Nach Beendigung der Sklavenhandelsphase wurden sehr schnell alle bestehenden Verbindungen zwischen Brasilien und dem inzwischen durchkolonialisierten afrikanischen Kontinent abgebrochen. 1913 soll das letzte Schiff zwischen Lagos und Recife verkehrt sein. Jede spätere Kommunikation konnte nur über den Umweg der jeweiligen Metropolen hergestellt werden. Die von beiden Seiten für den Weltmarkt entwickelte Produktstruktur ist nahezu identisch, so daß man bis heute als konkurrierender Anbieter auf den Märkten für agrarische Produkte auftritt. Während die meisten afrikanischen Länder nach wie vor ausschließlich auf diesen Teilmarkt angewiesen sind, ist es Brasilien gelungen, eine vergleichsweise komplexe Industriestruktur zu entwickeln und beginnt nunmehr verstärkt, Produkte der verarbeitenden Industrie zu exportieren.
Erste Berührungspunkte zwischen Brasilien und einigen, inzwischen formal unabhängigen Ländern ergaben sich in Zusammenhang mit der weltweiten Festlegung von Exportquoten für Kaffee, sowie ähnlichen Abkommen. Unter den Präsidenten Quadros und Goulart (1962–64) versuchte Brasilien sich zum Wortführer der unterentwickelten Länder zu machen. Bereits 1962 tauschten Ghana und Brasilien Botschafter aus, diese Beziehungen kamen als Folge der jeweiligen konterrevolutionären Umstürze weitgehend zum Erliegen und wurden erst 1969 wieder aufgenommen.

Ab 1965 findet man zunächst noch sehr geringe Ziffern über den Handelsaustausch zwischen Brasilien und einzelnen Ländern Schwarzafrikas. Eine Chronologie brasilianischer Handelsmissionen [4]) macht deutlich, daß die Reise Gibson Barbozas nur bislang letzter Höhepunkt einer kontinuierlichen Markterschließungsstrategie des brasilianischen Regimes ist.

Der Erfolg dieser Strategie ist bislang zumindest noch recht bescheiden. Der Anteil Afrikas am Gesamtexport Brasiliens liegt bei etwa 2% und zeigt eine stagnierende, wenn nicht sogar rückläufige Tendenz.

Die Produktstruktur des Handelsaustausches ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sonderlich interessant. Man kann wohl annehmen, daß die nach Afrika exportierten Güter in der Mehrzahl nicht aus den in Brasilien errichteten Produktionsstätten der multinationalen Konzerne stammen. Es scheint sich vielmehr um einen Exportmarkt für kleinere brasilianische Unternehmungen zu handeln, die sich von den Konzernen des Auslandskapitals in ihrer Existenz bedroht fühlen. Man wird diesen Sachverhalt in Beziehung setzen müssen zu den latenten und manifesten Konflikten innerhalb der brasilianischen Bourgeoisie – zwischen den traditionell oligarchischen und den mit der Importsubstitutionsphase verbundenen Sektoren der Bourgeoisie einerseits und den mit der internationalen Bourgeoisie verbundenen Sektoren des zunehmend an Bedeutung gewinnenden nationalen Finanzkapitals und der technokratischen Bürokratie andererseits.
Die ungewöhnlich große Publizität, die die brasilianische Regierung dem Besuch Gibsons gegeben hat, steht in keinem Verhältnis zu der faktischen Bedeutung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Afrika und Brasilien. Man wird daher zum einen die langfristigen Perspektiven des Engagements zu untersuchen haben, zum anderen aber auch die innenpolitische Funktion dieses zumindest publizistischen „Afrikabooms" [5]).

Krise 1960 – Boom 1970

Südafrika und Brasilien sind nie, bzw. schon seit langem nicht mehr einem formalen Kolonialstatus ausgesetzt gewesen. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Herausbildung der heute vorhandenen Klassenstrukturen sind jedoch Produkt einer an den sich verändernden Interessen der jeweiligen Metropolen orientierten Einbeziehung in den kapitalistischen Welt-

markt. Besonders bedeutsam für das Verständnis der gegenwärtigen Lage ist die der Weltwirtschaftskrise in diesen Ländern unmittelbar folgende Phase der sog. importsubstituierenden Industrialisierung. Brasilien hat bis zum Ende der fünfziger Jahre von allen unterentwickelten Ländern der kapitalistischen Peripherie die komplexeste Industriestruktur mit Hilfe der Politik der Importsubstituierung aufbauen können. Die südafrikanische Entwicklung trug ähnliche Züge, hatte jedoch längst nicht die hohe Stufe Brasiliens erreicht, was nicht zuletzt mit den vergleichsweise geringen Zahlungsbilanzproblemen (Gold) zusammenhängen dürfte. Im Gegensatz zu den Voraussagen der verschiedenen Varianten bürgerlicher Ökonomie der damaligen Zeit hatte sich weder in Südafrika noch in Brasilien jenes mysteriöse, sich selbst tragende wirtschaftliche Wachstum eingestellt. Vielmehr zeigten beide Volkswirtschaften starke Krisenerscheinungen, das internationale Kapital mied diese Länder und versuchte die Investitionen abzuziehen.
Die folgenden Auszüge aus einem Kommentar des Handelsblattes vom 15. 5. 1961 illustrieren das Ausmaß der Krise: „..., gilt es weithin im Ausland als geradezu sicher, daß sie (die südafrikanische Regierung, P. L.) im Begriffe ist, in völlige Isolation zu geraten und ihrer Wirtschaft nachhaltigen Schaden zuzufügen. War es um den Status der Kapitalanlagen in Südafrika schlecht bestellt gewesen, bevor Dr. Verwoerd im März die Mitgliedschaft im Commenwealth kündigte, so hat sich der Vertrauensschwund seither noch beschleunigt. ... Europäische und amerikanische Unternehmungen brechen ihre Johannesburger Zelte wieder ab." Heute wissen wir, daß sie es nicht getan haben, sondern vielmehr in einer konzertierten Aktion das Apartheid-Regime gestützt haben. Sie haben den institutionellen Rahmen des Regimes, der ihnen billigste Arbeitskräfte zur Verfügung stellte, genutzt. Die Ausbeutung insbesondere der schwarzen Bevölkerung produziert heute für das US-Kapital in Südafrika 19,3 % Rendite pro Jahr [6]). Das Finanzkapital hatte schon früh auf diese Rendite gesetzt. Eine Aktienmission der Anglo-American Corporation wurde Ende 1963 gleich 22fach überzeichnet [7]). Die Euphorie steigert sich in den Wirtschaftsblättern mit bislang nur kleinen und kurzfristigen Einbrüchen. Während sich das Auslandskapital der südafrikanischen Volkswirtschaft bemächtigt, unter zunehmender Beteiligung der BRD vornehmlich in technologischen Leitsektoren, mehren sich in Südafrika Stimmen, die eine staatliche Kontrolle des Auslandkapitals fordern, insbesondere die verarbeitende Industrie ist mit 80 % des Kapitals in ausländischen Händen [8]) nahezu vollständig internationalisiert.
In seinen institutionellen Begleiterscheinungen wesentlich dramatischer und mit einer zeitlichen Verschiebung beginnt Brasilien die multinationalen Konzerne mit allen Mitteln zu hofieren, man setzt die Senkung der Reallöhne durch und finanziert auf der Basis nach dem Umsturz 1964 leicht erhältlicher Kredite (die von den durch westliche Industrienationen kontrollierten internationalen Kreditinstitutionen im Gegensatz zu früher prompt bei gleichzeitiger Gewährung eines Moratoriums gegeben wurden) eine großzügige Infrastruktur für die ausländische Industrieansiedlung. Schon in der Septemberausgabe des Jahres 1964 jubiliert die US-amerikanische „business"-Zeitschrift „Fortune" unter der Überschrift: „When Executives Turned Revolutionaries", „Der Tag an dem die (demokratisch gewählte, P. L.) Regierung stürzte, fiel die Copacabana (der schönste Strand im reichsten Viertel Rio de Janeiros, P.L.) in einen Freudentaumel, wie er sonst nur an Karneval erreicht wird [9])." Im Detail wird in diesem Artikel erläutert, wie brasilianische und ausländische Unternehmer und Manager gemeinsam die Aufstellung und Organisation faschistischer Schlägerbanden organisiert haben. Nach diesem Umsturz wurden US-Firmen gegen großzügige Entschädigung in defizitären Sektoren wie dem der Elektrizitätsversorgung „enteignet". ITT, mittlerweile auch in anderen Ländern bekannt geworden, wurde von unrentablen Elektrizitätswerken, die sich über Jahrzehnte bestens verzinst hatten, durch eine großzügige Entschädigung des Staates befreit, mit der Maßgabe, die Entschädigungssumme in produktiveren Sektoren zu investieren [10]). Mit dieser Transaktion hatte das neue brasilianische Regime dem internationalen Kapital deutlich signalisiert, auf wessen Seite es steht. Wenn auch mit einiger Verzögerung kam alles, was bei den multinationalen Konzernen Rang und Namen hat nach Brasilien, um dort zu investieren. An hervorragender Stelle die deutsche Industrie, wiederum wie in Südafrika in technologischen Leitsektoren. „Legt man die offiziellen Bonner Zahlen zugrunde, so hat das Land zwischen Amazonas und Pampas mit 1,7 Milliarden über ein Drittel aller privaten deutschen Investitionen in Entwicklungsländern auf sich gezogen. Deutsche Bankfachleute in Sao Paulo schätzen, daß der gleiche Betrag noch einmal über Drittländer nach Brasilien geflossen ist [11])." Auch in Brasilien steht trotz aller Widersprüche der konjunkturellen Entwicklung der Zeiger auf Expansion.

Brasilien: Akteur oder Darsteller

Zunächst muß man sich verdeutlichen, in welchem Maße die Volkswirtschaften Südafrikas und Brasiliens von multinationalen Konzernen und anderem Auslandskapital beherrscht werden, sowie daß in beiden Ländern nicht etwa ein privater Unternehmenssektor dem ausländischen Kapital gegenübersteht, sondern ein Block großer staatskapitalistischer Unternehmungen hauptsächlich im Grundstoff- und Infrastruktursektor [12]). Hieraus ergibt sich, wie gering der Handlungsspielraum der jeweiligen nationalen Bourgeoisie gegenüber einem Weltmarkt ist, auf dem Kapital und Arbeit weltweit internationalisiert sind [13]), und deren optimale Kombination über Staatsgrenzen hinweg von wenigen Konzernleitungen manipuliert werden.
Erst eine solche Perspektive ermöglicht eine realistische Einschätzung des brasilianischen Expansionsdranges sowohl auf dem lateinamerikanischen Kontinent als auch anderswo. Die brasilianische Außenpolitik ist ständig von einem beängstigenden Wortgeklingel aus der Mottenkiste geopolitischer Vorstellungen begleitet. Dennoch muß man nüchtern danach fragen, inwieweit weltweite Konzernstrategien nachwievor außen- und handelspolitische Eskapaden von Ländern wie Brasilien oder Südafrika zulassen, wenn diese sich nicht ausdrücklich in jene Strategien einordnen.
Akzeptiert man einmal die Prämisse, daß wesentliche Entscheidungsträger des internationalen Systems außerhalb und über dem Nationalstaat stehen, dann bestimmt sich auch der Handlungsspielraum einer technokratischen Bürokratie, der — wie im Falle Brasiliens — die von einem bestimmten Sektor der Bourgeoisie mit Hilfe der Militärs angeeignete, demokratisch nicht legitimierte Macht weitgehend übertragen wurde, vollständig neu.
Die unmittelbare Verfügungsmacht der brasilianischen Bourgeoisie ist in den letzten Jahren im industriellen Sektor auf ein Minimum geschrumpft, aber auch in anderen Sektoren ist die Zahl einflußreicher Unternehmer stark zurückgegangen.
Die Ursachen für die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsmacht im Wirtschaftsprozeß Brasiliens in das Ausland liegen einmal bei dem beschleunigten Eindringen und den größeren Wachstumsraten des Auslandskapitals in der gegenwärtigen Phase und zum anderen bei der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der nationalen Kapitale und der damit verbundenen Herausbildung eines spekulativen Finanzkapitalmarktes [15]). Eine große Zahl kleiner Unternehmer verkauft den Betrieb oder tritt das Management ab, um sich in der Finanzspekulation zu engagieren. Die Möglichkeit der verbleibenden Unternehmer auf dem Gebiet der Technologie und des Marketing dem dominierenden Auslandskapital gegenüber selbständig zu bleiben, schwindet. Zurück bleiben der ausländische Sektor und der staatskapitalistische Sektor, die, so will es bislang scheinen, in ein immer festeres Bündnis gegenüber den Forderungen des Proletariats und der verelendenen Massen in den zerstörten vorkapitalistischen Sektoren nach einer Umverteilung des Volkseinkommens und einer den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung dienenden Entwicklung der Produktivkräfte gedrängt werden. Außerdem ist das relativ hohe Einkommen eines bedeutenden Teils der technokratischen Bürokratie im Staatsapparat und in den staatskapitalistischen Betrieben an das Fortbestehen des gegenwärtigen Regimes gebunden. An dieser Stelle kann nicht untersucht werden, unter welchen Voraussetzungen das gegenwärtige Bündnis zwischen der technokratischen Büro-

kratie und dem internationalen Kapital aufgebrochen werden könnte.
Wir können aber sagen, daß beide in einem gegenseitigen, wenn auch ungleichen Abhängigkeitsverhältnis miteinander in Brasilien agieren. Dem weltweiten Bezugssystem des internationalen Kapitals steht der nationale Bezugsrahmen der brasilianischen Bürokratie gegenüber. D.h. für brasilianische Handelsinteressen in Afrika, daß sie nur dann von den in Brasilien operierenden multinationalen Konzernen geduldet bzw. gefördert werden, wenn sie entweder die weltweite Konzernstrategie nicht berühren oder aber als Teil dieser Strategie übernommen werden. Aus der Güterstruktur des bisherigen Exportes nach Afrika läßt sich deutlich entnehmen, daß multinationale Konzerne mit ihren brasilianischen Niederlassungen nicht unter den Exporteuren zu finden sind.

Zwei sich einander nicht ausschließende Gründe lassen sich als mögliche Bestimmungsgründe für den „Afrikaboom" nennen.

1. Die in ihrer Existenz bedrohten Unternehmer im Konsumgütersektor sowie im landwirtschaftlichen Bereich suchen dringend Märkte für ihre Produkte. Einzig in Afrika ist die Importsubstitution noch so wenig fortgeschritten, daß auch die einfachen Industrieprodukte des privaten inländischen Sektors einen Markt finden. Die technokratische Bürokratie unterstützt diese Exportkampagne, um Ressentiments dieses hart bedrängten Sektors der Bourgeoisie gegen das Auslandskapital zu vermeiden, obgleich man von der geringen Ausbaufähigkeit der Handelsbeziehungen mit Afrika überzeugt ist und viel lieber auf dem Wege zur Hegemonie in der künftigen lateinamerikanischen Freihandelszone weiterkommen möchte.

2. Die multinationalen Konzerne versuchen, Brasilien als unverdächtigen Agenten ihrer langfristigen Interessen in Afrika einzuführen. Denn im Zusammenhang mit dem Befreiungskampf der Völker im Südlichen Afrika können sich möglicherweise Ressentiments gegen die Metropolen ergeben, die die Kapitalverwertungsbedingungen in diesem Raum beeinträchtigen oder wenigstens ihre beständige Expansion verhindern. Die Rolle, die Brasilien in der gegenwärtigen Phase zukommt, liegt nicht so sehr auf dem Gebiet des Waren- oder Kapitalexportes, denn beides kann derzeit von anderen Standorten (Free Production Zones einerseits, von den Stammhäusern andererseits) besser durchgeführt werden. Die kapitalistische Durchdringung und Entwicklung der portugiesischen Kolonien, Zaires, Nigerias, der Elfenbeinküste etc. erfordern auch den systematischen Aufbau eines kompetenten Staatsapparates. Es ist denkbar, daß die weltweite Arbeitsteilung im kapitalistischen System Brasilien mittelfristig zum Berater und Planer der sich entwickelnden Staatsapparate macht.

Die offiziöse Wirtschaftszeitschrift ‚Conjuntura Económica [16])' sieht drei wichtige Funktionen des brasilianischen Engagements in Afrika:
1. Brasilien kann sich als alternativer Lieferant industrieller Güter denjenigen Ländern Afrikas anbieten, die sich aus der ökonomischen Abhängigkeit der früheren Metropole lösen wollen.
2. Der einmalige Multirassismus Brasiliens kann Vorbild für eine künftige Einigung Afrikas sein.
3. Brasilien kann sein „erfolgreiches" Entwicklungsmodell anderen Ländern vermitteln.
Es gibt bislang nur erste Hinweise darauf, daß Brasilien tatsächlich systematisch den Transfer von Know-How und Experten nach Afrika fördert [17]), aber die Vermittlung des eigenen Entwicklungsmodelles kann ja wohl nichts anderes heißen.
Gelegentlich ist von einer Achse zwischen Rio und Pretoria [18]) als unmittelbar bevorstehende Tatsache berichtet worden. Tatsächlich bestehen bislang keine diplomatischen Beziehungen. Theoretisch wäre eine enge Kooperation zwischen Brasilien und Südafrika auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung für Bergbau, Rüstungsgüter und Energiegewinnung (Uran) möglich. Daß in dieser Richtung noch nichts bekannt wurde, macht nur wieder deutlich, daß die Entscheidungen über die Entwicklung der Produktivkräfte in beiden Fällen ausgelagert sind und keine Optimierung der Entscheidung im nationalen Bezugssystem ermöglichen. In Washington, London oder Paris ist darüber entschieden worden, daß Südafrika in zehn Jahren die Ausgaben für Rüstungsgüter verzehnfacht hat, auch dann, wenn die Rüstungsgüter bereits auf südafrikanischen Boden hergestellt werden.
Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß sich zum Beispiel die institutionelle Absicherung der Ausbeutungsbedingungen, die Apartheid verselbständigen kann und sich zeitweise als hinderlich für die Expansion des Kapitals erweisen kann, aber generell scheint es nur schwer vorstellbar, daß abhängige Länder miteinander koalieren, wenn dies den Interessen des internationalen Kapitals und/oder der Metropolen zuwiderläuft. Daher müssen Annahmen über die Achse Pretoria — Rio oder die „penetracao" Brasiliens in Afrika aus den Strategien der multinationalen Konzerne abgeleitet werden.

Anmerkungen:

1) Siehe u.a.: BRD und Afrika, Rissener Protokoll, Hamburg 1971; Minter, William: Portuguese Africa and the West, Penguin African Library 1972 S. 139–43.
2) Hierzu: Eduardo de Sousa Ferreira, Bernd Kalkum: Der Dialog oder: Südafrika als Nebenmetropole, in: ders. Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, Freiburg und Bonn 1972
3) As historicas raizes africanes, in: Visao, 27.2.1973 S. 115
4) Im Mai 1965 besucht eine große brasilianische Handelsmission die Elfenbeinküste und Togo, Quelle: Marchés tropicaux et mediterranéens (Paris) 8.5.1965
Ende 1966: Außenhandelsminister Südafrikas Dr. Müller besucht Brasilien, brasilianische Handelsdelegation in Südafrika, Quelle: Jornal do Comercio (Lissabon) 3.1.1967
1967: Teilnahme an einer Mustermesse in Südafrika, Quelle: Marchés tropicaux et méditerranéens 16.8.1973
Beteiligung Brasiliens an der jährlichen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsausstellung ab 1969 in Mosambik, Quelle: Marchés tropicaux et méditerranéens 17.8.1968 u.a.
1971: 70 brasilianische Aussteller in Mosambik, Quelle: O Estado de Sao Paulo 13.7.71
1971: Gründung einer südafrikanisch-brasilianischen Kammer für Handel und Tourismus, Quelle: 0 Estado de Sao Paulo 5.2.1972
Weitere kleinere Handelsmissionen, die von der französischen Zeitschrift Marchés tropicaux et méditerranéens mit offensichtlicher Akribie registriert wurden, sind hier ausgelassen.
5) Hier sei eine der vielen Publikationen genannt: Angola & Mocambique, Duas Portas Abertas A Penetracao Comercial Do Brasil Na Africa Porto Alegre, 20.11.1971
dt. Angola und Mozambique, Zwei offene Türen für die handelspolitische Durchdringung Afrikas durch Brasilien, herausgegeben: Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), Vargas Stiftung (FGV), Katholische Universität Rio Grande do Sul (PUC/RS), Vereinigung der Verkaufsleiter Brasiliens
6) Blick durch die Wirtschaft (FAZ), Nr. 126 1.6.1973
7) African World (London), Jan. 1964
8) Nachrichten für den Außenhandel, 29.5.1973
9) Fortune, September 1964 S. 146 ff
10) Foreign Commerce Weekly (Washington), 11.2.1963 Nr. 6 und später über die endgültige Enteignung unter dem Militärregime, Comercio Exterior (Mexico), No. 9 Sept. 1964
11) FAZ Nr. 134, 12.6.73, S. 14
12) Prinzipiell hierzu:
Anibal Quijano: Imperialismo y Capitalismo de Estado, in: Sociedad y Politica Vol. 1 Nr. 1 Lima aktuell zu Brasilien: Julio Chacel: A estatizacao ou o modelo capitalista de grandes unidades, in: Visao Feb. 26, 1973 S. 63–68; aktuell zu Südafrika: Gerald Machanik: State usurping role of private enterprise, in: Commercial Opinion July 1972 S. 6f Protest der Kleinbourgeoisie (Handelssektor) gegen diese Tendenzen
13) Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, Osvaldo Sunkel: Internationalisierung von Kapital und Arbeitskraft, in: Leviathan 3/73 (im Erscheinen)
14) José Serra: El Milagro Económico Brasileno Realidad o mito?, in: Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales Nr. 3, Junio 1973, S. 171–216, Tab. S. 200
15) Maria da Conceicao Tavares: Naturaleza y contradicciones de la evolución financiera reciente del Brasil, in: Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales, Nr. 4, Diciembre 1972, S. 55–96
16) Conjuntura Economica Vol. 27 (4) April 19, 73, S. 89
17) Hierzu meldet „O Estado de Sao Paulo" am 18.10.72 den Abschluß eines Consultingvertrages zwischen einem brasilianischen Unternehmen und der Planungsbehörde in Angola. Weitere Hinweise werden bezüglich ähnlicher Perspektiven in Senegal und Elfenbeinküste gegeben.
18) Die südafrikanische Unternehmung Louis Luyt kündigt den Bau eines Düngemittelwerkes in Brasilien mit einem Investitionswert von 80 Mill. DM an. Quelle: Blick durch die Wirtschaft (FAZ), 7.8.1973

LATEINAMERIKA HEUTE

Lateinamerika Heute ist eine unregelmäßig erscheinende Zeitschrift der F.O.L.A. (Föderation Lateinamerikanischer Organisationen), ein Zusammenschluß der AELA Berlin, Frankfurt, Hamburg, München und Freiburg. Jede Nummer behandelt ein bestimmtes südamerikanisches Land. Bis jetzt erschienen:

Argentinien:

1) Lateinamerika Heute - Argentinien 1973
   Sonderbericht zur Wahl Camporas
2) Lateinamerika Heute - Argentinien - Politische Dokumente, Juni 1973
   Enthält Briefe, Dokumente und Resolutionen von revolutionären Untergrundorganisationen in Argentinien
3) Lateinamerika Heute - Argentinien, Dezember 1973
   Diese Nummer beschäftigt sich ausschließlich mit dem Peronismus. Im ersten Teil wird eine Interpretation des historischen Peronismus gegeben. Der zweite Teil gibt eine Einschätzung der verschiedenen Kräfte innerhalb der peronistischen Bewegung im Jahre 1973

Chile:

1) Chile Heute erschien unmittelbar nach dem Putsch
2) Lateinamerika Heute - Chile, Oktober 1973
   Liefert u.a. eine Einschätzung der Unidad Popular und Interview mit Miguel Enriques, Generalsekretär der Mir, nach dem Putsch
3) Lateinamerika Heute - Sonderbericht Chile, Februar 1974
   Hier sind vor allem Dokumente der Mir und der Mapu, teilweise zum ersten Mal, veröffentlicht; unter anderem enthält dies Heft:
   Das Programm des Volkes beinhaltet die programmatischen Forderungen der Mir
   Die Politik der Mir auf dem Lande
   Interview mit E. Queredo, Mitglied der politischen Kommission der Mapu
   Interview mit Raphael Kries, Sozialistische Partei, Ex-Führer eines Cordon
   Interview mit Hugo Blanco über die Cordonnes Industriales
   Eine Einschätzung der Politik der Unidad Popular von Arno Münster
   Ein kurzer Kommentar zur Außenpolitik der VR-China gegenüber Chile nach dem Putsch

Bolivien:

1) Informationsblätter Bolivien Nr.2

Cuba:

1) Lateinamerika Heute Nr. 8

Bestellungen an:
AELA München
c/o Asta Uni
8 München 40
Leopoldstraße

EPK

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift zu theorie und praxis der entwicklungspolitik

THEMEN:

2+3/73	EG und DRITTE WELT
1 /74	AKTION und UNTERRICHT zur DRITTEN WELT

Abonnement, 6 Hefte i.Jahr, davon ein Doppelheft, 11,-DM, Einzelheft 2,-DM Doppelheft 3,-DM.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
c/o Erfried Adam, 2 HH 19, Postfach 2846
Bankverb: E.Adam, Postscheckkto., Hmb. 378 309 - 203

Neu im Versand des iz3w

Phil Schönbäck

URSACHEN SOZIO-ÖKONOMISCHER STAGNATION UNTERENTWICKELTER LÄNDER AM BEISPIEL INDIENS.

Inhalt: Militärische Unterwerfung als Basis der englischen Kolonialpolitik - Internes Unterdrückungssystem als Mittel der Fremdherrschaft - Sinken der Profitrate und Kapitalexport des "Mutterlandes" - Klassenstruktur und nationale Befreiungsbewegung - Das Wesen der Landreform - Konsumkredit als Herrschaftsinstrument in der Subsistenzwirtschaft - Die Fünfjahrespläne und die Organisierung der Reaktion - Hunger als Instrument der Preispolitik - Internationale Kapitalhilfe als Systemstabilisator - Radikalisierung - Dokumentarischer Anhang.

Preis: DM 1,50 + Versandkosten

Auszug aus der zur Zeit gültigen Materialliste der Aktion Dritte Welt

Nr.	Autor, Titel	Preis DM
A 2	F. Hemmerich, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	-,80
A 4	Konzerne der BRD in Brasilien	-,50
A 6	Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der BRD	-,30
A 13	Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 1, Horst Dumke, Bilaterale Kapitalhilfe der BRD	-,60
A 14	Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 2, Auszug aus "The Concept of Economic Cooperation in Southern Africa" (deutsch)	-,30
A 17	Gerhard Kade, Planung der Zukunft - Technokratie im Spätkapitalismus	-,70
A 18	Gerhard Kade, Politische Ökonomie heute	-,60
A 20	Eduardo Ferreira, Der "Dialog" oder Südafrika als Nebenmetropole	-,50
A 21	Wer führt den Kampf in Angola an ?	
A 26	Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens	1,50
C 7	SietseBosgra, Cabora Bassa - ein Damm gegen die Afrikaner	1,50
C 11	Initiative, Uno-Woche; Gegen Kolonialismus und Apartheid	2,00
E 1	Plakat "Ordnung muß sein"	-,50
E 5	Plakat "Portugal mordet mit Nato-Waffen (1)"	-,50
E 6	Plakat "Portugal mordet mit Nato-Waffen (2)"	-,60
E 9	Plakat "Waffenlieferungen der BRD an Portugal"	-,50
F 2	Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika	4,00
F 3	Eduardo Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa (liegt in deutsch und englisch vor)	6,00
F 4	Bosgra/van Krimpen, Portugal und die Nato	4,00

Zu den aufgeführten Preisen kommt noch ein Zuschlag für Versandkosten (mindestens DM 1,-) hinzu. Gruppenrabatte auf Anfrage.

Konten: Postscheckamt Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755 / Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047 / Postscheckamt Basel Nr. 40-35899

Nur gegen Erstattung der Versandkosten:

v. Lehn, Indien-China. Zwei Entwicklungswege

basis 1/72 (Freiburger Studentenzeitung), Dritte Welt Ausgabe in Zusammenarbeit mit dem iz3w

epd Dokumentationen: Zweite Sonderausgabe 1972 (Schwerpunkt: Südafrika)

Dritte Sonderausgabe 1972 (Schwerpunkte: Internationale Währungsfragen, Landreformen, Menschenrechte

Sonderausgabe zur UNCTAD III (Schwerpunkte: Rohstoffhandel, Technologietransfer, Tourismus, OPEC)